



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

64. Sitzung

3. Wahlperiode

Freitag, 29. Juni 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

| | | |
|--|---|------------|
| Inhalt | Herbert Helmrich, CDU..... | 4199 |
| | Barbara Borchardt, PDS..... | 4199 |
| | Beschluss..... | 4201 |
| | | |
| Mitteilungen des Präsidenten..... | | 4185 |
| | | |
| | Antrag der Fraktion der CDU: Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock – Drucksache 3/2126 –..... | 4201 |
| Einspruch des Abgeordneten Wolfgang Riemann (Fraktion der CDU) gemäß § 53 Abs. 2 GO LT gegen den während der Beratungen zum Tagesordnungspunkt 26 erteilten Ordnungsruf ... | Eckhardt Rehberg, CDU..... | 4201 |
| Beschluss..... | Minister Dr. Peter Kauffold..... | 4203 |
| | Dr. Gerhard Bartels, PDS..... | 4204 |
| | Steffie Schnoor, CDU..... | 4205, 4208 |
| | Dr. Manfred Reißmann, SPD..... | 4208 |
| | Beschluss..... | 4210 |
| | | |
| Antrag der Fraktion der CDU: Bündnis für Arbeit und Wettbewerbs- fähigkeit in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/2124 –..... | Antrag der Fraktion der CDU: Deutsch-Polnisches Haus der Wirtschaft – Drucksache 3/2129 –..... | 4185 |
| Eckhardt Rehberg, CDU..... | Eckhardt Rehberg, CDU..... | 4185, 4200 |
| Minister Dr. Otto Ebnet..... | Minister Dr. Otto Ebnet..... | 4189, 4190 |
| Karsten Neumann, PDS..... | Karsten Neumann, PDS..... | 4192 |
| Jürgen Seidel, CDU..... | Erhard Bräunig, SPD..... | 4195 |
| Heidemarie Beyer, SPD..... | Beschluss..... | 4198 |
| | | 4210, 4213 |
| | | 4211 |
| | | 4212 |
| | | 4214 |
| | | 4215 |

Antrag der Fraktion der CDU:

**Maßnahmen zur Bekämpfung der
Wirtschaftskriminalität und zum Schutz
vor zunehmend schlechterer Zahlungsmoral**

| | |
|--------------------------------|------------|
| – Drucksache 3/2130 – | 4215 |
| Reinhardt Thomas, CDU..... | 4215 |
| Minister Erwin Sellering | 4217, 4219 |
| Dr. Armin Jäger, CDU | 4219 |
| Siegfried Friese, SPD..... | 4219 |
| Götz Kreuzer, PDS..... | 4220 |
| Dr. Ulrich Born, CDU | 4223 |
| Beschluss | 4226 |

Nächste Sitzung

| | |
|------------------------------------|------|
| Mittwoch, 19. September 2001 | 4226 |
|------------------------------------|------|

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 64. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Nach Paragraph 5 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung die Abgeordnete Frau Koburger zur Schriftführerin.

Gemäß Paragraph 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages habe ich dem Abgeordneten Wolfgang Riemann im Rahmen der Beratungen zum Tagesordnungspunkt 26 einen Ordnungsruf erteilt. Der Abgeordnete Wolfgang Riemann hat mit Schreiben vom 28. Juni fristgerecht gemäß Paragraph 53 Absatz 2 Geschäftsordnung Einspruch gegen den Ordnungsruf eingelegt. Gemäß Paragraph 53 Absatz 3 der Geschäftsordnung ist der Einspruch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und der Landtag hat ohne Beratung darüber zu entscheiden, ob der Ordnungsruf gerechtfertigt war. Wer den Ordnungsruf für gerechtfertigt hält, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenprobe. –

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sehen Sie, Herr Riemann!)

Enthaltungen? – Damit hat der Landtag gemäß Paragraph 53 Absatz 3 der Geschäftsordnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion entschieden, dass der Ordnungsruf gerechtfertigt war.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/2124.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2124 –**

Das Wort zur Begründung hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die CDU-Fraktion hatte bereits im Januar 1999 einen substantiellen 15-Punkte-Katalog zur erfolgreichen Ausgestaltung des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit vorgelegt, der von den rot-roten Koalitionsfraktionen und der SPD/PDS-Landesregierung im Wesentlichen als überflüssig angesehen wurde. Die damalige Antragsinitiative mit den 15 Kernbereichen wurde in makabren Ausschusssitzungen auf die Überschriften reduziert und ad acta gelegt. Heute zeigt sich, dass die Arroganz der SPD und PDS

(Sylvia Bretschneider, SPD: Oh!)

zu unserem Antrag alles andere als angebracht war. Das Bündnis für Arbeit und – meine Damen und Herren, hören Sie genau zu – Wettbewerbsfähigkeit wird nur noch als Alibiveranstaltung mühsam am Leben gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bis heute hat die rot-rote Landesregierung versäumt, klare Zielsetzungen und Handlungsrichtlinien im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit vorzugeben und mit den Beteiligten abzustimmen. Die Landesregierung hat

sich darauf beschränkt, immer neue Unter- und Arbeitsgruppen zu bilden, und ist selbst überfordert, das undurchsichtige Bündnisgestrüpp zu moderieren,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aha!)

denn der letzte Beschluss war, dass eine weitere Arbeitsgruppe untersucht, ob folgende Arbeitsgruppen – nämlich sechs Arbeitsgruppen mit unterschiedlicher Federführung (Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, Staatskanzlei), fünf Unterarbeitsgruppen zur Arbeitsgruppe 1 a, sieben Projektgruppen zur Arbeitsgruppe 2 – auch effizient sind.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will diese Ausführungen gar nicht fortführen. Es lohnt sich, glaube ich, mal eine Kleine Anfrage zu stellen, wie viele Mitarbeiter der Landesregierung wie viele Stunden zusammensaßen und wie teuer das gewesen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und was rausgekommen ist. – Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Und das sagen Sie ja selber im Bündnis für Arbeit, Sie müssen jetzt kontrollieren, was Sie in den letzten zweieinhalb Jahren getan haben und was Sie nicht getan haben.

(Harry Glawe, CDU: Nette Gespräche haben sie geführt.)

Meine Damen und Herren, das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit ist mit eigenem Eingeständnis nicht handlungsfähig und hat offenkundig bisher an keiner Stelle gehandelt. Es gibt vor jedem Treffen immer den gleichen Ablauf: Unternehmerverbände wie Gewerkschaften kritisieren das Verfahren, erwarten neue Schübe und sind enttäuscht über das Geleistete. Im darauf folgenden Gespräch werden diese Kritikpunkte behandelt und danach wird der Öffentlichkeit Besserung versprochen. Im Übrigen sei die Stimmung wieder bombig gewesen.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Doch, meine Damen und Herren, das ist schlichtweg zu wenig. Kaffeetrinken kann man auch beim Neujahrsempfang!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Christian Beckmann, CDU: Ja.)

Beim Bündnis sollte es um Fakten gehen und nicht um gute Laune.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wie lange darf der denn jetzt hier rummachen?)

Wir wollen mit dem erneuten Antrag einen weiteren Versuch starten, dass mit dem Bündnis für Arbeit und – Herr Dankert, hören Sie zu – Wettbewerbsfähigkeit die drängenden Probleme in unserem Land endlich inhaltlich angegangen werden.

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Rehberg,
ich höre Ihnen immer sehr gerne zu. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, Wettbewerbsfähigkeit, darum geht's.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Es geht nicht nur um Arbeit, es geht auch um Wettbewerbsfähigkeit. Ich glaube, das ist dem einen oder anderen noch gar nicht klar geworden, wie sich dieses Bündnis so betitelt.

Zur Bekämpfung der immer noch weiter steigenden Arbeitslosigkeit muss endlich ein Konzept auf den Tisch. Und es reicht nicht aus, meine Damen und Herren, es reicht absolut nicht aus, dass man jedes Mal sagt, unser Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit zu senken, und die Lage wird weiter schöneredet. Hat es denn wirklich zur Wettbewerbsfähigkeit beigetragen, zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Neuansiedlungen und Investoren? Ich nenne nur Verhinderung des Transrapid, restriktive Auslegung der FFH-Richtlinie, dilettantisches Vorgehen bei der Airbus-Bewerbung und die stetige Absenkung der Investitionsquote und der Bauförderung.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, ich könnte das noch weiterführen. Ich zitiere meinen Kollegen Jürgen Seidel aus seiner Rede zur Einführung der Verbandsklage im Naturschutzrecht: Haben Sie wirklich bedacht, was Sie damit machen? Haben Sie wirklich bedacht, was Sie mit dem Bildungsfreistellungsgesetz für eine Außenwirkung erreicht haben?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, ich will Ihnen – was die Außenwirkung betrifft – eine ganz kurze Begebenheit erzählen. Mich sprach im Januar 1999 der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Erwin Teufel an: Herr Rehberg, Sie wollen in Mecklenburg-Vorpommern 5.000 neue Stellen schaffen? Ich sage: Herr Teufel, wie kommen Sie darauf? Ja, natürlich, die PDS hat sich doch zum Ziel gesetzt und ist jetzt in der Landesregierung, 5.000 neue Stellen im öffentlichen Beschäftigungssektor zu schaffen. Das sind die Botschaften, meine Damen und Herren, die Sie nach draußen transportieren. Das heißt wieder Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Regen Sie sich mal nicht so auf,
Herr Rehberg! Sie platzen ja noch.)

Über Wettbewerbsfähigkeit ...

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Wissen Sie, Herr Kollege Schoenenburg,

(Dr. Berndt Seite, CDU: Länder-
finanzausgleich, sage ich nur.)

worüber Sie sich wirklich ernsthaft aufregen sollten, aber ganz ernsthaft?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Also worüber ich mich ernsthaft auf-
regen soll, das überlassen Sie mir mal!)

Insgesamt standen im Zeitraum vom 1. Januar 2000 bis zum 30. September 2000 22.543 Zuzügen in das Land 29.149 Fortzüge gegenüber. Und, Herr Schoenenburg, von den knapp 30.000 sind zwei Drittel unter 30 Jahren. Das ist die Realität!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Was für 30.000 denn?)

Und Ihnen sind in den letzten Jahren scharenweise die jungen Leute weggelaufen. Das sollte Sie in Ihrer Politik umtreiben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und nicht, dass Sie hier so sagen, uns treibt überhaupt nichts um. Ihre Aufgabe ist es, diesem Land eine Zukunft zu geben!

(Beifall bei der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Mein Gott! – Barbara Borchardt, PDS:
Jeu, jeu, jeu! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Haben Sie das vorher geübt, oder was? – Unruhe
bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Wissen Sie, Herr Kollege Schoenenburg,

(Peter Ritter, PDS: Jetzt wollen sie zeigen,
dass alle da sind von der CDU, weil
sonst bloß drei Leute rumsitzen.)

uns geht das nicht so wie der PDS-Fraktion im Jahre 1991, als Sie sogar noch so dumm waren und die Rede von Herrn Scheringer an die Presse verteilt haben mit den Zwischenrufen auf ein Zitat von Konrad Adenauer.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na hören Sie mal! 1991!)

Und darin stand: PDS-Fraktion: Hört, hört!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
'91! Wir haben da doch noch geübt.)

Also so dilettantisch wie Sie sind wir nicht. Sie üben heute noch! Das ist ja das Schlimme für dieses Land,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Barbara Borchardt, PDS: Sie üben noch! –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die üben noch!)

dass Sie bis heute aus dem Übungsstadium nicht hinausgekommen sind.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: '91!)

Meine Damen und Herren, und es trägt doch auch nicht zur Wettbewerbsfähigkeit für dieses Land bei, dass die PDS, zumindest der stellvertretende Bundesvorsitzende, Großbetriebe und Banken verstaatlichen will.

(Angelika Gramkow, PDS: Verge-
sellschaften! Das ist ein Unterschied! –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, was ist nun der Unterschied zwischen Verstaatlichen und Vergesellschaften?

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist ein Unter-
schied, ja. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Also ich sage mal, ich hoffe nicht,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das müssten Sie eigentlich wissen als
DDR-Bürger, was der Unterschied ist.)

dass wir jetzt eine Geschichtsstunde in Marxismus-Leninismus kriegen oder in politischer Ökonomie des Sozialismus.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das behalten Sie mal bei sich in Ihrer Fraktionssitzung.

(Angelika Gramkow, PDS: Und wir beziehen uns immer nur auf das Grundgesetz.)

Das wollen wir im Landtag nicht mehr betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Holter hat ja zumindest erkannt, dass uns Selbständige fehlen. Aber meinen wir denn wirklich alle, Herr Holter, dass es richtig ist, dass die Finanzministerin in diesem Land zum wiederholten Mal jungen Leuten, den besten jungen Leuten in diesem Land rät, wir haben nichts für euch, geht nach draußen?

(Angelika Peters, SPD: Ach, Ihnen fällt auch nichts Besseres ein. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach du meine Güte!)

Ist der Ratschlag nicht angemessen: Macht Abitur, studiert und sucht eure Chance in diesem Land, in Mecklenburg-Vorpommern, für dieses Land?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist das.)

Das ist doch Aufgabe von Politik!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich erinnere mich an die Ratschläge von Herrn Seite ganz gut. – Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Und, Herr Holter, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, Ihre Politik der Existenzgründungen ...

(Barbara Borchardt, PDS: Ach, Ihre waren richtig und unsere falsch, oder was?! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ja!)

Also dass Ihre Politik besonders falsch ist, das will ich Ihnen an nur ganz wenigen Zahlen deutlich machen. Die erste Zahl ist die Zahl der Arbeitslosen. Sie ist deutlich gestiegen in den letzten drei Jahren,

(Harry Glawe, CDU: So hoch wie noch nie.)

sowohl vom Oktober '98 zu heute

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie haben andere Zahlen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

als auch vom Mai '98 zu heute.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach! Sie haben wirklich andere Zahlen. – Heiterkeit und Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die nächste Zahl, für die Sie sich wirklich schämen müssten, ist die Zahl Wachstum Bruttoinlandsprodukt. Fakt ist, im Jahr 2000 deutschlandweit 3 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern 0,6 Prozent – mit Sachsen-Anhalt die rote Laterne.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Das ist Erfolg Ihrer Politik!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Unter Ihnen lag Mecklenburg-Vorpommern an letzter Stelle. An letzter Stelle!)

Das Nächste, meine sehr verehrten Damen und Herren: Während in Thüringen und Sachsen auch im Jahr 2000 die Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen im Saldo

gewachsen sind, also ein Plus letztendlich dahintersteht, hat Mecklenburg-Vorpommern ein dickes Minus.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jaja. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Gewerbeanmeldungen minus 7,6 Prozent, Gewerbeabmeldungen plus 8,1 Prozent – ein dickes Minus von 400 Unternehmen, von Selbständigen, die in diesem Land sich abmelden mussten. Und die CDU-geführten neuen Bundesländer, die gar keine anderen Rahmenbedingungen vom Bund gesetzt bekommen haben, von Rot-Grün, die haben einen Zuwachs an Selbständigen. Und das ist auch Ergebnis Ihrer verfehlten Politik!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Und wann benennen Sie die Ursachen?!)

Die Ursachen kann ich Ihnen sagen. Sie haben die Ursache dadurch gesetzt, dass Sie allein die Investitionsquote von 27 Prozent auf 20 Prozent heruntergefahren haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie haben die Ursache dadurch gesetzt, dass Sie massiv die Bauförderung heruntergefahren haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und eine Mark am Bau macht fünf bis sechs Mark zusätzlich. Und das ist ein Volumen, was über 1 Milliarde Mark geht, wofür auch Herr Holter verantwortlich ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Dann haben Sie ideologisch geprägt ein Plattenbauprivatisierungsprogramm aufgelegt, das überhaupt nicht funktioniert. Das ist Ihre Politik!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und jetzt ist Herr Holter auf einen ganz neuen Trichter gekommen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

auf einen ganz neuen Trichter.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Jetzt will er nämlich ab dem Jahr 2002 beleuchtete Schafweiden haben.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Jetzt hat er sich nämlich überlegt, wir müssen Vorratsflächen schaffen für Gewerbeansiedlungen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Für die verstaatlichten Betriebe, die dann kommen.)

Herr Holter, haben Sie sich wirklich mal überlegt, was Sie sich da ausgedacht haben?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja gut, Herr Holter, wissen Sie, mit dem Begreifen ist das so ein Problem. Also, ich kenne den Werdegang zur Erschließung von Gewerbegebieten so: Klug beraten ist die Kommune, die erst die Flächen kauft,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

denn dann sind sie preiswert,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Harry Glawe, CDU: So ist es.)

und dass man dann Planungsrecht schafft. Wer es nämlich umgekehrt macht

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann wird's
teuer. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und sagt, dort will ich ein Gewerbegebiet planen, der sorgt eher dafür, dass die Grundstücke teurer werden.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Und was Sie überhaupt noch nicht verraten haben, wenn Sie so eine Vorratshaltung machen wollen: Wer bezahlt das? Die Kommunen,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Die haben doch kein Geld.)

die Sie eh finanziell am Gängelband führen? Oder haben Sie sich schon wieder irgendeinen Topf in Ihrem Ministerium geschaffen, dass Sie das bezahlen?

(Harry Glawe, CDU: Der Zukunftsfonds kommt dann wieder.)

Herr Holter, solch ein Unfug! Das ist ein ähnlicher Unfug wie beim Plattenbauprivatisierungsprogramm.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und ich sage Ihnen eins: Sie werden auch hiermit scheitern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie werden schlichtweg scheitern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber er holt doch verstaatlichte Betriebe da hinein. Dann ist es ja nicht so schlimm. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Dann ist es ja nicht so schlimm. Dann zahlt es ja wieder der Staat.)

Meine Damen und Herren, was sind denn wirklich die harten Fakten, über die man sich im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit unterhalten sollte? Haben Sie sich schon mal, Herr Holter, über die Ver- und Entsorgungskosten bei Strom, Wasser und Abwasser unterhalten? Haben Sie sich schon mal darüber unterhalten, wie massiv die einheimischen Unternehmen Wettbewerbsnachteile durch die Ökosteuern bekommen haben, weil die Ballungszentren ziemlich weit weg liegen – Hamburg und Berlin, aber auch das Ruhrgebiet –,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

dass man, wenn man hier in Mecklenburg-Vorpommern Produkte schafft, die ja nach draußen abgesetzt werden müssen, allein hier eine Kostenfaktorbelastung hat, wie sie in Baden-Württemberg, in Sachsen und in Thüringen nicht gegeben ist? Sie unterhalten sich über ABM und Sie tun so, als ob Sie von nichts nichts gewusst haben.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Herr Holter, Sie haben Bescheid gewusst. Und Sie haben einfach auch dieses Thema schleifen lassen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und tun jetzt auf einmal so, als ob Sie nichts gewusst hätten. Haben Sie sich wirklich schon mal darum gekümmert, wie denn bedarfsgerecht und praxisnah Arbeitslose qualifiziert werden, und nicht am Bedarf und an den Anforderungen der Wirtschaft vorbei?

(Barbara Borchardt, PDS: Aber da kann ich Ihnen was erzählen, was Sie früher gemacht haben.)

Haben Sie sich darum wirklich schon einmal gekümmert?

(Barbara Borchardt, PDS: Masse statt Klasse, und das jahrelang.)

Nein, Sie haben 1999 arrogant einen Antrag von uns abgelehnt, wo wir Ihnen gesagt haben: Überprüfen Sie die Existenzgründerzuschüsse in bestimmten Segmenten der Wirtschaft.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Sie haben noch im Jahr 2000, im Frühjahr, stolz verkündet, den 2.000. Fördermittelbescheid an einen Dachdeckermeister in Wismar übergeben zu haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Herr Holter, das zeugt nicht von großer Sachkunde in Ihrem Ressort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Na ja, aber mit Dachdeckern kennt er sich aus.)

Im Jahr 2000 braucht man Dachdeckerbetriebe nicht mehr zu fördern, zumindest nicht in Segmenten, wo Überkapazität vorhanden ist.

Und haben Sie sich wirklich mal darüber mit den Gewerkschaften unterhalten, wie man größere Flexibilität am Arbeitsmarkt ermöglichen kann? Haben Sie sich einmal darüber ernsthaft mit den Arbeitgebern unterhalten, ob es nicht einen Zusammenhang gibt zwischen unökonomischem Handeln der Arbeitgeber bei echten Dumpinglöhnen und dem Weggang von jungen Fachkräften aus Mecklenburg-Vorpommern?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr wahr. –
Dr. Berndt Seite, CDU: Richtig.)

Ich rede nicht von Tarifen, das ist nicht mein Thema. Aber haben Sie sich schon mal mit den Unternehmern unterhalten? Ich sage das immer häufiger.

(Barbara Borchardt, PDS: Ja, jetzt!)

Und ich sage eins, Herr Holter: Sicher kann hier Politik nichts tun, aber reden müssen wir doch darüber, dass die Unternehmen für die Zukunft unökonomisch handeln, die ihre Leute heute so bezahlen, dass sie eben für 1.000, 1.500 DM mehr im Monat nach Hamburg oder nach Schleswig-Holstein gehen.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Was haben Sie denn gemacht? Das Bündnis ist erkennbar darauf angelegt, als Basis für Pressekonferenzen zu dienen. Auf Seite 1 gibt es ja in der Regel immer eine medienträchtige Schlagzeile.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Seien Sie mal nicht so neidisch! –
Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Es werden frohe Botschaften verkündet, aber den Mut, tatsächlich Prioritäten zu setzen, haben Sie nicht. Und einen Mut sollten Sie auch haben, zumindest im abgeschlossenen Kämmerlein, den Mut zur Wahrheit. Glauben Sie, dass man in den Niederlanden erfolgreich ein Bündnis für Arbeit hätte schmieden können, wenn man nicht offen und ehrlich miteinander umgegangen wäre, dass man auf den Kern der Probleme gekommen wäre, wenn man um den heißen Brei herumgeredet hätte?

Und ich sage Ihnen weiter: Befassen Sie sich mit der Deregulierung! Fragen Sie, wie wir Standortnachteile, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, dadurch ausgleichen können, dass wir unsere Erlasse, Verordnungen, Gesetze einer Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen, dass wir uns wirklich fragen, muss das sein, Doppelzuständigkeiten, muss ich immer eine Fachbehörde dabei haben oder reicht die kommunale Selbstverantwortung aus! Das sind doch Dinge, die Sie angehen könnten. Und, meine Damen und Herren, gucken Sie sich an, was Sie gemacht haben! Verbandsklage eingeführt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

restriktiv FFH – ich kann es immer weiter fortführen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Auch das Konnexitätsprinzip treten Sie mit Füßen. Das ist Ihre Politik!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und haben Sie sich mal ernsthaft mit den Problemen der EU-Osterweiterung befasst? Oder vertrauen Sie auf des Kanzlers Wort der Übergangsfristen? Haben Sie sich schon einmal ernsthaft damit befasst, was es bedeutet, wenn Polen und Tschechien der Europäischen Union beitreten? Haben Sie sich schon einmal damit befasst, dass jedem Land dann in der Europäischen Union unbegrenzt Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit zusteht? Unbegrenzt!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ist der noch nicht fertig?)

Ich sage Ihnen eins: Mir ist es lieber, meine Damen und Herren von SPD und PDS und von der Landesregierung, eine Zeitarbeitsfirma in Neubrandenburg – deutsch-polnisch, polnisch-deutsch, rein polnisch, rein deutsch, das ist mir ganz egal – angesiedelt zu haben, die Spargelstecher und Erdbeerpflücker weiter vermittelt, als dass ich mit Übergangsfristen, wie immer sie definiert sind, dafür Sorge, dass polnische Arbeitnehmer halblegal oder illegal in Deutschland arbeiten. Sagen wir ehrlich den Menschen, wo die Probleme liegen! Oder meinen Sie, dass die Polen nicht erschrocken waren durch die Debatte über die Übergangsfristen? Nützen eher uns die Übergangsfristen oder dem polnischen Nachbarn? Ich will Ihnen eins sagen: Wenn Polen die Eigentumsfrage so klärt, dass nicht in Polen investiert werden kann, dann haben den Schaden die deutschen Unternehmen, wir alle miteinander. Wenn ich allein sehe, welcher Bauboom in Stettin ausgelöst werden könnte, wo fast der ganze Immobilienbereich noch in gesellschaftlicher, staatlicher Hand ist – ob kommunal oder beim polnischen Staat, das ist in dem Fall egal –, nur, wenn die Eigentumsfrage dort im Sinne von Freizügigkeit gelöst wird, dann wird der Bauboom noch ausbrechen, dann werden Firmen aus Ueckermünde, Torgelow, Eggesin und Pasewalk die Chance haben, dort zu bauen mit ihrem Know-how. Und so viele gute polnische

Baufachleute finden Sie nach meiner festen Überzeugung gar nicht, als dass wir Deutschen dort nicht auch eine Chance hätten.

(Erhard Bräunig, SPD: Na, na, na, na!)

Aber dann müssen wir offen und ehrlich über diese Probleme reden und nicht die Übergangsfristen als Überschrift nehmen. Denn mehr als eine Überschrift ist es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Die machen
das da umgekehrt. Die verstaatlichen ...)

Und wir kommen heute noch zu einem Thema, meine Damen und Herren, „Deutsch-Polnisches Haus der Wirtschaft“. Da muss ich Ihnen eins sagen, meine Damen und Herren der Landesregierung: Allein dieses Haus, dieses Thema zeigt, dass das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr ist als eine Showveranstaltung.

Lassen Sie mich zum Schluss eine Zeitung zitieren: Erstens, so schreibt sie in ihrem Kommentar, bemühen sich beim Bündnis für Arbeit krampfhaft die Akteure, den internen Streit nach außen zu verbergen. Zweitens, zum ersten Mal fiel ihnen auf, dass es zu viele Arbeitsgruppen gibt. Allerdings soll eine weitere Arbeitsgruppe erst einmal prüfen. Und drittens, Schwarzarbeit ist die neue Hauptursache der Misere. Meine Damen und Herren, weiter schreibt dieser Kommentator: Und selbst wenn Ministerpräsident Ringstorff alle seine Faulenzer mit der Peitsche zur Arbeit triebe, bliebe die Quote fast konstant.

Ich glaube, meine Damen und Herren von SPD und PDS und von der Landesregierung, Sie haben die verdammte Pflicht aufgrund der wirtschaftlichen Wachstumssituation in Mecklenburg-Vorpommern, der daraus resultierenden sehr hohen Arbeitslosigkeit und vor allem der zunehmenden Abwanderung insbesondere junger Leute – gucken Sie sich die Zahlen an, und, Frau Keler, hören Sie endlich auf, Herrn Ringstorff die Zahlen schönzureden, sie sind so, wie sie sind –, packen Sie endlich dieses Zukunftsproblem des Landes an! Die CDU ist bereit, hier aktiv mitzuwirken. Wir haben im Januar 1999 einen substantiellen Antrag eingebracht. Wir bringen heute wieder einen substantiellen Antrag ein.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ach Gott! Ach Gott! Ach Gott!)

Ich erwarte, dass Sie sich endlich damit befassen, mit politischen Vorschlägen auch der Opposition und dass Sie nicht immer arrogant und politisch ignorant in diesem Landtag agieren! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Dazu gibt es offensichtlich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren. Ich eröffne die Aussprache.

Zuerst hat das Wort der Wirtschaftsminister Herr Ebnet. Bitte sehr.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So, jetzt freue ich mich, Herr Rehberg, dass Sie heute wieder da sind und sich vom Fußball, dem Sie sich gestern gewidmet haben, lösen konnten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie sind völlig falsch informiert, Herr Ebnet. Verbreiten Sie hier nicht solche Lügen! Verbreiten Sie nicht solche Lügen! – Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Lieber ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Lieber Herr Rehberg, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie sollen aufhören, Unwahrheiten hier im Parlament zu verbreiten! –

Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben hier nicht über Abgeordnete zu befinden. – Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Meine Damen und Herren! Einen kleinen Moment, Herr Dr. Ebnet, ich bitte Sie um Unterbrechung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben hier nicht über Abgeordnete zu befinden. Sie gehören der Regierung an und haben sich nicht über Abgeordnete auszulassen!)

Herr Rehberg, Sie wissen genau, dass Sie ein Wort gebraucht haben, das nicht den Gepflogenheiten entspricht. Sie erhalten dafür einen Ordnungsruf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Da können Sie mir einen Ordnungsruf geben. Das ist mir ganz egal. – Zurufe von Rainer Prachtl, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Minister Dr. Otto Ebnet: Lieber Herr Rehberg,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Die Regierung hat hier nicht das Parlament zu zensieren.)

darf ich mich über Ihre Anwesenheit trotzdem freuen?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das interessiert uns überhaupt nicht. – Eckhardt Rehberg, CDU: Ich fordere den Minister auf, bei der Wahrheit zu bleiben. – Glocke der Vizepräsidentin – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist unverschämte und arrogant, was Sie hier machen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Wo sind wir denn hier? Das ist doch kein Landtag so was! – Eckhardt Rehberg, CDU: Er beginnt seine Rede mit einer Unwahrheit!)

Lieber Herr Rehberg, ich freue mich über Ihre Anwesenheit.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Meine Damen und Herren, wir unterbrechen die Sitzung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch wohl eine Unverschämtheit! – Eckhardt Rehberg, CDU: Eine Unverschämtheit ohne Ende! Arrogant ohne Ende!)

Der Ältestenrat versammelt sich.

Unterbrechung: 9.24 Uhr

Wiederbeginn: 9.36 Uhr

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Herr Abgeordneter Rehberg, ich erteile Ihnen einen weiteren Ordnungsruf dafür, dass Sie an meiner Amtsführung Kritik geäußert haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Alles klar.)

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, nach Ihrer Eingangsrede habe ich den Eindruck, diese Rede hätten Sie sich eigentlich sparen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, das ist recht.)

Ich habe hier eine Presseerklärung der CDU-Landtagsfraktion vom 19. Juni 2001. Da steht im Wesentlichen alles drin.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir könnten uns diesen Wirtschaftsminister im Land sparen, das wäre auch kein Schaden.)

Da steht im Wesentlichen alles drin, was Sie hier vorgelesen haben. Dieses war nichts Neues.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na das ist doch wahr!)

Und wir können sagen, Polemik ersetzt noch keine Politik, Herr Rehberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das, was Sie hier gemacht haben, war Polemik.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie sich Ihre Rede an, die strotzt von Polemik! Hier, das ist sie. – Heidemarie Beyer, SPD: Er hat doch noch gar nicht viel gesagt, Herr Riemann! – Heike Polzin, SPD: Das ist ja schlimm!)

Herr Riemann, und wenn man Kopf und Kehlkopf verwechselt, ist das auch noch keine Politik.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie verwechseln Wirtschaftsministerium mit Parteizentrale. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Lieber Herr Rehberg, auf Ihre Reden kann man sich ja gut vorbereiten. Sie erzählen immer das Gleiche in Ihrer politischen Schlichtheit und es lässt sich schon vorweg ahnen, was kommt.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Sehr sachlich! Sehr sachlich! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Deshalb ist es auch ein Leichtes, hier die richtigen Zahlen mitzunehmen, um Ihnen zu beweisen, wo Sie richtig und wo Sie falsch liegen.

Herr Rehberg, Sie liegen richtig, wenn Sie sagen, die Arbeitslosigkeit war seit drei Jahren noch nie so hoch wie heute. Vor drei Jahren, das war 1998.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

1998 – das war das letzte Jahr, in dem Sie an der Regierung waren – war die Arbeitslosigkeit höher als heute. So,

das ist ein Faktum. Nennen Sie es mal beim Namen! Seitdem ist die Arbeitslosigkeit in diesem Land zurückgegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Das sehen die
Arbeitslosen in diesem Land aber anders. –
Zurufe von Dr. Christian Beckmann, CDU,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Lieber Herr Riemann, Sie sind doch 1998 abgewählt worden, weil Sie es nicht gebracht haben. Und es wäre ganz gut, wenn Sie jetzt mal etwas dazulernen würden. Vielleicht würde es sich dann auch mal wieder ändern. Aber auf absehbare Zeit ist das nicht zu sehen.

Meine Damen und Herren! Jetzt nehme ich auch mal ein paar Zahlen. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern habe ich mir herausgesucht. 1998 war Mecklenburg-Vorpommern bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland Schlusslicht. 1999 und im Jahr 2000 war Mecklenburg-Vorpommern vom letzten Platz auf den zweiten Platz nach vorne gerückt. Herr Rehberg, warum verschweigen Sie das? Nennen Sie doch einmal solche Zahlen!

Schauen Sie sich die Zuwachsraten beim Bruttoinlandsprodukt, also die Wachstumsraten hier im Land an: 1995 – damals hieß der Wirtschaftsminister Ringstorff – war Mecklenburg-Vorpommern unter den ostdeutschen Ländern an erster Stelle.

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Bis 1998 ist Mecklenburg-Vorpommern auf den letzten Platz zurückgefallen. Und jetzt arbeiten wir uns wieder langsam nach oben – vom letzten auf den vorletzten, und jetzt haben wir den Mittelplatz erreicht. Das sind die Tatsachen, das sind die Fakten, das sind die Realitäten, Herr Rehberg, aber Sie müssen die auch mal zur Kenntnis nehmen und nicht nur immer das, was Ihnen gerade beliebt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Harry Glawe, CDU: Die Menschen im
Land merken davon aber wenig.)

Meine Damen und Herren! Seit Gründung des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommern besteht Einigkeit zwischen den Bündnispartnern, dass das Bündnis ein auf Dauer angelegter Prozess ist. Im Laufe dieses Prozesses sind viele verschiedene Schritte nötig, um uns unseren Zielen näher zu bringen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Arbeitsgruppen!)

Wir wollen die wirtschaftliche Basis des Landes erweitern, Beschäftigung sichern und neue zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und Sie machen's nicht.)

Das Bündnis hat uns auf diesem Weg durchaus weitergebracht. Es dient auch der Politikberatung, der Vernetzung der Akteure im Land und es hat viele Aktivitäten in den Regionen hervorgebracht

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Das verstehe ich aber anders, Vernetzung. – Dr. Ulrich Born, CDU: Ist das ein gruppendynamischer Prozess?)

und unterstützt sie.

(Harry Glawe, CDU: Da kommt doch nichts, da kommt doch nichts!)

Meine Damen und Herren! Die Opposition will das einfach nicht sehen. Ihr Antrag, den Sie dazu gemacht haben, ist dünn, dünner geht es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Haben Sie zur Sache
eigentlich auch noch was zu sagen?)

Und wie soll man sich mit einem solch dünnen Antrag ernsthaft auseinandersetzen, frage ich mich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie sich mal Ihre dünne Rede an! – Beifall und Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Der Antrag der CDU-Fraktion zeigt uns keine neuen sinnvollen Ansätze, die wir nicht schon selbst im Bündnis berücksichtigt hätten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist ja ...! –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Nur ein einziges Beispiel: Ihre Ziffer 6 greife ich jetzt einmal heraus. An der Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung wurde und wird im Bündnis gearbeitet. Die Landesregierung hat den Bündnispartnern hierzu umfangreiche Bestandsaufnahmen vorgelegt. Inzwischen liegt ein Gutachten zu den arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen des Beitritts der MOE-Staaten vor und das Thema EU-Osterweiterung ist auch zukünftig ein wichtiges Thema im Bündnis.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das haben die Bündnispartner erst Ende Mai dieses Jahres beschlossen.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Und was haben Sie getan?)

Ich will es jetzt Ihnen und mir ersparen, auf alle Einzelheiten des Antrages einzugehen und dann den jeweiligen Stand der Dinge im Bündnis für Arbeit hier darzulegen. Das wäre ein Tag füllendes Programm.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Nein, das wäre vertane Zeit.)

Ich werde es auch nicht tun, weil anhand des einen Beispiels EU-Osterweiterung klar wird, das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit arbeitet, das Bündnis geht die Themen an, eine Aufforderung durch die Opposition, das zu tun,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist nicht zu fassen!)

was wir gerade ohnehin tun oder bereits getan haben, ist weder nötig noch sinnvoll.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Der Einzige, der nicht arbeitet, ist die Regierung, vielleicht die anderen, ja.)

Ich weiß, ich weiß, Herr Dr. Born, dass Ihnen das Bündnis für Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern nicht passt.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Ich weiß auch, dass es Ihnen vor allem wegen Vorpommern nicht passt, denn diese Landesregierung ist die erste und einzige Landesregierung,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

die gezeigt hat, dass sie sich um Vorpommern wirklich kümmert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren, ich vermisse bei Ihnen konkrete Aussagen. Es kommt immer nur Fundamentalkritik.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah, ja.)

Sie sagen, das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit habe keinerlei positive Resultate hervorgebracht.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Das ist keine Volksbelustigung.)

Ja, wenn Sie nicht immer nur so viel Schaum vor dem Mund produzieren würden, dass das ganze Gesicht schon voll ist, dann wäre Ihnen auch nicht der Blick verstellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Reinhardt Thomas, CDU: Das kann doch nicht wahr sein!)

Nun ist Fundamentalkritik der CDU ja nichts Neues.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist eine sehr sachliche Rede, Herr Minister!)

Noch deutlicher – Herr Rehberg, Sie haben es ja heute wiederholt –

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wo sind eigentlich die Inhalte?)

ist das in Ihrer Presseerklärung geworden und in Ihrer heutigen Rede. Auf den kurzen Nenner gebracht sagen Sie, das Bündnis für Arbeit sei in jeder Hinsicht gescheitert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Arbeitsminister hört Ihnen schon gar nicht mehr zu, Herr Minister!)

Außer Ihnen sieht das keiner,

(Zurufe von Dr. Christian Beckmann, CDU, und Harry Glawe, CDU)

eine Alibiveranstaltung sieht außer Ihnen auch keiner. Es sei nicht handlungsfähig und überflüssig. Herr Rehberg, wenn Sie beim Kaffeetrinken nicht dabei sein dürfen, dann müssen Sie nicht gleich beleidigt sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Arbeitsminister kann das nicht ertragen, der ist davongelaufen.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Helmrich?

Minister Dr. Otto Ebnet: Entschuldigung, ich würde ganz gerne meine Rede fortsetzen. Die CDU hat anschließend noch Redezeit.

Dies macht deutlich, dass das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommern der CDU als Bühne für haltlose maßlose Kritik dienen soll.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Selbst Ihr Arbeitsminister hört Ihnen nicht mehr zu.)

Ihnen geht es hier nicht um Anregungen und konstruktive Kritik. Ihnen geht es nicht darum, das Land weiter vor-

anzubringen. Ihnen geht es nicht darum, einen Beitrag zu leisten, die wirtschaftliche Basis des Landes zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht Ihnen um Polemik und destruktive Rundumschläge.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach ja?)

Statt selbst etwas Konstruktives beizutragen – Wo bleibt denn irgendetwas Konstruktives? –,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

beschränken Sie sich in der Opposition darauf, gute Ansätze und Erfolge schlecht zu reden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Junge, Junge!)

Meine Damen und Herren, Sie fordern ein Konzept ein. Wo bleibt denn Ihr Konzept?

(Harry Glawe, CDU: Wo bleibt Ihr Erfolg?)

Weit und breit überhaupt nichts zu sehen.

Und es ist noch schlimmer. Die Opposition mit ihrer destruktiven Polemik ist hierzulande zu einem negativen Standortfaktor für unser Land geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Andreas Bluhm, PDS – Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:
Der negative Standortfaktor steht vor uns, Herr Minister, der steht vor uns. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren! Ich frage mich: Ist denn für Sie das Bündnis für Arbeit nur eine weitere Bühne für Ihre Polemik? Das darf es doch nicht sein. Ich denke, das Stück, das da gegeben werden soll, auf dieses Stück können wir verzichten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So eine beschämend schwache Rede hat selbst dieses Haus noch nicht erlebt.)

Wir brauchen diese Inszenierung nicht und deshalb meine ich, dieser Antrag kann abgelehnt werden. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der PDS-Fraktion.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie aber bitten, der weiteren Diskussion sachlich zu folgen, damit wir dem Thema entsprechend auch die Sachlichkeit hier in die Diskussion bringen.

(Barbara Borchardt, PDS: Das wollen Sie doch gar nicht. – Eckhardt Rehberg, CDU:
Das darf wirklich nicht wahr sein, was hier läuft!
Der darf hier alles sagen. Es ist nicht zu fassen!)

Karsten Neumann, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 30. Mai dieses Jahres hat die siebte Hauptrunde des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit getagt und Schwerpunkte für die weitere Arbeit festgelegt. Dabei haben die einzelnen Partner eine Einschätzung der bisherigen Arbeit vorgenommen und Vorstellungen für die weitere Entwicklung vorgetragen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jetzt kommt der Arbeitsminister wieder.)

Herr Rehberg, die Landesregierung ist einer der gleichberechtigten Partner in diesem Bündnis neben den Interessenvertretern der Wirtschaft und der Arbeitnehmer. Ich habe noch nicht beobachtet, dass die letzteren beiden mit Handschellen hingeführt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Diesen freiwilligen und gemeinsamen Charakter des Bündnisses dürfen wir nicht vergessen bei aller gebotenen politischen Diskussion. An einen Tisch gesetzt haben sich die Partner aus einem gemeinsamen Interesse der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern. Und dies sollte auch unser Interesse hier und heute sein und nicht die Show und der Spaß.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Reinhard Dankert, SPD)

Es geht um meine Generation und die, die jünger sind als ich, die einen Arbeitsplatz suchen in diesem Land, und es geht um meine Kommilitoninnen und Kommilitonen, von denen ich der Einzige bin, der in Mecklenburg-Vorpommern eine Arbeit hat. Und ich will zumindest, dass sich das ändert.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Landesregierung kommt in diesem Bündnis eine doppelte Rolle zu. Zum einen ist sie als politischer Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet Moderator des Prozesses zu sein, zum anderen jedoch auch als Motor verpflichtet. Und als Motor wird sie zu Recht durch den Landtag in die Pflicht genommen, dem Landtag hilfreiche Gesetzgebungsinitiativen vorzulegen und mit den durch uns zur Verfügung gestellten finanziellen und personellen Ressourcen wachstumsorientierte, beschäftigungspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Bündnis will sich künftig auf folgende Schwerpunkte konzentrieren: erstens Qualifizierungsoffensive, zweitens Standortoffensive, drittens EU-Osterweiterung. Auch die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung sowie die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Jugendliche werden weiter im Mittelpunkt des Bündnisses stehen.

Es mehren sich inzwischen auch in Mecklenburg-Vorpommern die Branchen, die Facharbeitermangel beklagen. Nicht nur in der IT-Technik oder im Tourismus werden kaum ausreichend Nachwuchskräfte gefunden, auch die Biotechnologie meldet sich nun zu Wort. Und zunehmend mehr Berufszweige des verarbeitenden Gewerbes suchen dringend Facharbeiter. Die Ausbildungsoffensive ist daher eine richtige und notwendige Maßnahme, aber sie ist eben nur eine Seite der Medaille. Herr Rehberg sprach die andere Seite schon an. Das sind die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen, kurz gesagt, auch die Wirtschaftskraft unserer Unternehmen. Wenn trotzdem Fachkräftemangel herrscht bei der hohen Jugendarbeitslosigkeit in diesem Land, dann ist dies doch ein Indiz dafür, dass es in den Arbeits- und noch mehr in den Entlohnungsbedingungen in den Unternehmen nicht stimmt.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS)

Diese Unternehmen betreiben – auch das sprach Herr Rehberg an – einen selbst ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie müssen mich nicht immer als Kronzeugen nehmen, Herr Neumann!)

Entschuldigung, ich sage nur, was mir an Ihrer sachlichen Kritik gefallen hat, weil sie stimmt. Wenn Ihnen auch das nicht passt, Herr Rehberg,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Mir passen Ihre Schönredereien nicht.)

dass sie kritisiert wird, und es Ihnen auch nicht passt, wenn man mal sagt, dass das stimmt, was Sie sagen, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch doppelzünftig, was Sie hier machen.)

Warum ist das doppelzünftig?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Gucken Sie sich den ersten Teil Ihrer Rede an, wo Sie alles schön reden!)

Sie fordern eine sachliche Diskussion und wenn man sachlich diskutieren will, machen Sie Polemik, rufen dazwischen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Reinhard Dankert, SPD)

Damit zeigen Sie eigentlich, dass Sie eine sachliche Diskussion überhaupt nicht wollen.

(Barbara Borchardt, PDS: Richtig! Sie wollen nur die Bühne. – Angelika Gramkow, PDS: Das wollen sie ja auch nicht.)

Es geht den Unternehmen im Wettbewerb inzwischen so, dass sie ihre gut ausgebildeten Fachkräfte verlieren. Deshalb haben sie schon Angst, ihre eigenen Kräfte vorzubilden, weil sie dann so gut ausgebildet sind, dass sie schneller und leichter auf die Arbeitsplätze in Westdeutschland abwandern. Diesen Prozess müssen wir stoppen und deshalb müssen wir uns ganz intensiv darum kümmern, die Wirtschaftskraft unserer Unternehmen zu stärken und die Rahmenbedingungen so zu schaffen, dass der ruinöse Wettbewerb, der stattfindet, eingeschränkt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Denn es stellt sich die Frage: Welche Aufgabe kommt denn der Politik, dem Staat bei der Schaffung von Arbeitsplätzen zu und wo kommen sie her? Es geht also um die Instrumente und Verfahren. Im Ziel sind wir uns einig. Auch die CDU diskutiert ja inzwischen das Ziel der Vollbeschäftigung, wie wir der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27. Juni dieses Jahres entnehmen konnten. Nur nebenbei bemerkt: Wenn die PDS vor wenigen Jahren dieses Ziel auch nur in den Mund genommen hat, wurde gleich nach dem Verfassungsschutz gerufen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso das? – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Vielleicht treten wir, die politisch Verantwortlichen, auch mal in ein Bündnis für Arbeit ein, und das zuvörderst in der Art und Weise unserer Diskussion zu dem Thema.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Ziel ist also klar definiert. Der Streit beginnt aber schon bei der Bewertung der Lage und deren Ursachen.

Wie immer: Für die Regierung ist das Glas halb voll, für die Opposition halb leer – die übliche Rollenverteilung, in der auch Mecklenburg-Vorpommern bisher keine Ausnahme macht. Ich trete für einen ehrlichen Politikstil ein. Die Lage ist schlimm in diesem Land. Das Wirtschaftswachstum ist nicht ausreichend. Die Arbeits- und Hoffnungslosigkeit haben wir noch nicht beseitigt in diesem Land. Und ja, Herr Seidel, ich bin über das Verhalten der Deutschen Bahn AG genauso wütend wie Sie. Ich bin genauso wütend über die Verschwendung von Wirtschaftsfördermitteln. Wir sprachen gerade am Mittwochabend über den Bericht des Untersuchungsausschusses. Wir befinden uns in Mecklenburg-Vorpommern nun mal in der Situation eines Ertrinkenden. Unser Strampeln hält uns gerade so über Wasser,

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

wir greifen nach jedem Strohalm

(Beifall Rainer Prachtl, CDU –

Ministerin Sigrid Keler: Das kann doch nicht wahr sein! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und hoffen auf jedes Schiff in der Ferne, ob es Airbus heißt oder BMW, und wir geben uns ernsthaft Mühe, diese zu erreichen, und wir rufen nach Hilfe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr gut!
Das war mal ein Ergebnis.)

Leider – und auch das möchte ich hier sagen – scheint mir Berlin manchmal weiter weg als Bonn.

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Beyer würde gerade sagen, Rot-Rot ist gut und Rot-Grün.)

Aber wir müssen auch in dieser schlimmen Situation versuchen, aus den unterschiedlichen Strohhalmen ein Floß zu flechten. Und wir müssen damit leben, dass jedes Niesen auf den Börsenparketten oder OPEC-Banketten uns weiter zurückwirft, als uns ein Jahreshaushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern überhaupt voranbringen kann. Wir müssen den Mangel verwalten und zugleich die Zukunft gestalten.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dieser Spagat tut weh und droht auch manchmal, das Land zu zerreißen. Und er tut dieser Landesregierung genauso weh wie allen anderen. Aber hier ist niemand im Parlament, der sich selber aus der Verantwortung für die Situation in Mecklenburg-Vorpommern nehmen kann. Das gilt für alle Seiten des Hauses. Wirtschaftspolitisch sitzen wir alle im Glashaus und sollten aufhören, mit Steinen um uns zu werfen.

Welche Instrumente stehen uns denn real zur Verfügung? Da ist zuerst der – entschuldigen Sie, Frau Finanzministerin – kümmerliche Landeshaushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Ministerin Sigrid Keler: Der ist nicht kümmerlich! – Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Im Verhältnis zu den Problemen, die vor uns stehen,

(Sigrid Keler, SPD: Nein, auch das ist falsch.
Dann haben Sie das noch nicht begriffen.)

werden wir mit den freiwilligen Aufgaben und dem Geld,

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Sigrid Keler, SPD:
Herr Neumann, dann haben Sie es nicht begriffen, das System.)

das uns zur Verfügung steht, nicht als Staat in der Lage sein, die Arbeitslosigkeit in diesem Land zu beseitigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Sigrid Keler, SPD)

Genau deshalb habe ich das auch hier gesagt, Frau Keler.

(Sigrid Keler, SPD: Nein, wir ertrinken auch nicht, Herr Neumann!
Herr Neumann, wir ertrinken auch nicht.)

Es wäre vielleicht gut, erst mal den Satz zu Ende zu hören.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber mit dem ÖBS kriegen wir es auch nicht, Herr Neumann!)

Genau um diese Diskussion geht es ja.

(Sigrid Keler, SPD: Herr Neumann, was Sie sagen, ist falsch.)

Wir müssen mal darüber diskutieren, welche Instrumente uns denn zur Verfügung stehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Beifall Rainer Prachtl, CDU –
Jürgen Seidel, CDU: Das wollen wir doch! –
Sigrid Keler, SPD: Das kann doch nicht wahr sein, was Sie hier von sich geben!)

Die CDU fordert höhere Investitionsquoten zu Lasten der Konsumausgaben. Sie fordern, Mittel der Arbeitsmarktpolitik in Investitionszuschüsse umzuwandeln. Wir werden die Mittel für Arbeitsmarktpolitik stabilisieren, solange Mecklenburg-Vorpommern solche hohen Arbeitslosenzahlen hat und dringend Maßnahmen eingeleitet werden müssen, diese abzubauen.

(Beifall Lutz Brauer, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Die Verteilung der Mittel des Haushaltes ist aber immer noch Gegenstand der Diskussion in diesem Parlament. Wir werden darüber entscheiden, wie viel öffentliches Geld – öffentliches Geld – für investive Aufgaben einzusetzen ist unter dem Aspekt der Notwendigkeit der Finanzierung auch der Bildungs-, der Sozial- und der Arbeitsmarktpolitik. Auch die Aufgaben der anderen Politikfelder lassen sich nicht dauernd reduzieren, denn die Bürgerinnen und Bürger

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir reduzieren doch jedes Jahr, Herr Neumann, das wissen Sie genau!)

haben auch ein Recht und sie fordern eine leistungsfähige Gerichtsbarkeit, Polizei, vor allem ein leistungsfähiges Bildungssystem.

(Harry Glawe, CDU: Sie beschließen den Haushalt doch mit! Sie beschließen den Haushalt doch mit!)

Wo wollen Sie denn das Geld herhaben? Wo wollen Sie es denn hernehmen?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Was bleibt denn? Kreditaufnahme? Wenn das Modell Verschuldung für Investitionen aufgehen würde, dann

wäre die CDU jetzt an der Regierung und nicht in der Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Die PDS-Fraktion erkennt, dass auf lange Sicht noch sehr hohe Investitionen notwendig sind, um den Anschluss an das Niveau der alten Bundesländer zu finden.

(Harry Glawe, CDU: Sie fahren
die Investitionen doch zurück!)

Dies gilt aber nicht, wie landläufig verstanden, für Autobahnkilometer, sondern auch für Schienenverbindungen, Strom- und Wasser- sowie Abwasserpreise und Telekommunikationsverbindungen. Wir werden dies aber nicht zu Lasten der Bildungs-, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik finanzieren, denn die soziale und kulturelle Infrastruktur dieses Landes ist kein Luxus, sondern Standortvorteil.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Diesen Standortvorteil werden wir auch nicht aufgeben.

Für mich war es an den Zahlen der Regionalergebnisse zur Erwerbstätigkeit erschreckend, dass der Bereich Handel, Gaststätten und Verkehr seine Arbeitsplätze um 2,4 Prozent abgebaut hat. Dieser Bereich ist auch ein wesentlicher Teil des Wirtschaftsbereiches Tourismus und dieser hat im vergangenen Jahr bekanntlich ein gutes Ergebnis vorgelegt. Vielleicht muss man ernüchternd zur Kenntnis nehmen, dass der Bereich öffentliche und private Dienstleister nur einen Zuwachs von 0,3 Prozent erreichen konnte. Gerade Dienstleistungen sollten doch nach allgemeiner Einschätzung der Bereich sein, der zunehmend Arbeitsplätze schafft. Es wäre also zu analysieren, ob diese Branche ihre Möglichkeiten schon ausgeschöpft hat beziehungsweise was sie konkret daran hindert. Auch dies ist eine Aufgabe des Bündnisses für Arbeit.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Lassen Sie mich zum Schluss etwas zu dem meines Erachtens wichtigsten Standortvorteil des Landes sagen, die räumliche und kulturelle Nähe zu Polen und Osteuropa, die Osterweiterung der EU. Ihre Forderung diesbezüglich in Punkt 6 des Antrages wird von mir voll unterstützt, wenn ich das hier sagen darf.

(Jürgen Seidel, CDU: Eh!)

Alle Chancen, die sich für unsere Unternehmen aus der EU-Osterweiterung ergeben, müssen von diesen endlich aufgegriffen werden. Auch hier gehört es meines Erachtens zur Ehrlichkeit der politisch Verantwortlichen, den Unternehmerinnen und Unternehmen in Vorpommern und Mecklenburg deutlich zu sagen, es gibt keinen wirksamen und erst recht keinen nachhaltigeren Schutz vor der Konkurrenz durch polnische Unternehmen als die eigene Leistungsfähigkeit, genau wie es 1991 keinen Schutz vor westdeutschen Handelsketten, Großlieferanten und Versicherungsmaklern für uns gab. Die importierten blühenden Landschaften haben das einheimische Gemüse beinahe zunichte gemacht und sterben jetzt mangels Nahversorgung vielleicht auch noch aus.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wissen Sie überhaupt,
wie einheimisches Gemüse produziert wurde?)

Ja, das weiß ich und ich weiß, welche Schwierigkeiten wir haben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vielleicht sollten wir uns auch in der Beziehung daran erinnern.

(Unruhe bei Wolfgang Riemann, CDU)

Sie können gerne hier vorne sprechen. Ich höre Sie von hier aus nicht und ich weiß, dass der Rest des Saales Schwierigkeiten hat, den Redner zu hören, wenn Sie dazwischenrufen.

Die sechste und siebte Hauptrunde des Bündnisses hat sich mit dem Problem beschäftigt und festgelegt, dass die Arbeitsgruppen des Bündnisses ihre Arbeitspläne auf diese Herausforderung abstimmen. Im November 2001 zur achten Hauptrunde erwarte ich dann die ersten Ergebnisse.

Sicher, Prognosen sind schwierig. Völlig klar ist aber eines: Das Unternehmen, das sich in seiner Produktpalette, seinen Dienstleistungen und seinen Absatzmärkten nicht schon heute auf den Wegfall der Grenzen vorbereitet, wird keine Übergangsfrist retten, wird keine staatlicher Zuschuss retten und wird keine politische Hilfe retten. Über die Förderung des grenzüberschreitenden Handelns und der Kooperation von Verbänden und Unternehmen werden wir beim übernächsten Tagesordnungspunkt ja noch reden, deshalb will ich hier auch nicht darauf eingehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, schade ist, dass das parlamentarische Prozedere eine im Ergebnis offene Debatte nicht zulässt.

(Harry Glawe, CDU: Natürlich.)

Seien Sie versichert, dass diese Landesregierung mit allen guten Vorschlägen im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit sehr sorgfältig umgeht. Leider rechtfertigt die geringe Anzahl solcher Vorschläge in Ihrem Antrag eine Zustimmung zu diesem nicht. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Das ist ein Satz, den ich in den letzten elf Jahren sehr verinnerlicht habe

(Sigrid Keler, SPD: Das ist seine letzte Rede.)

und der meines Erachtens auch fundamentale Bedeutung für dieses Land hat. Es ist mit Sicherheit so.

Ich wage mal die Behauptung, dass viele Schwierigkeiten, über die wir zu Recht, wie ich finde, klagen, sich von selbst mehr oder weniger auflösen würden, wenn es uns gelänge, die durchaus komplizierte Situation in der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen elf Jahren – fast elf Jahren – hier in Mecklenburg-Vorpommern in eine erfolgreiche Richtung zu bringen. Nun stellen wir uns doch nur mal einen Moment vor, dies gelänge uns! Wir würden es also wirklich schaffen, in der wirtschaftlichen Entwicklung in positive Bereiche hineinzukommen. So wäre mit Sicherheit das Problem der Abwanderung junger talentierter Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern relativ schnell gelöst.

Leider ist von einem solchen Trend in den letzten Jahren – ich mache da jetzt überhaupt keinen Schnitt – eben nichts zu spüren, sondern ganz im Gegenteil. Und, Herr Dr. Ebnet, das ist ja für mich das Problem. Wir brauchen doch hier nicht zu streiten, ob Mecklenburg-Vorpommern jetzt vor Sachsen-Anhalt oder hinter Sachsen-Anhalt liegt – wir beide wissen genau, wie das ist. Da wird ein Schiff mehr abgeliefert und plötzlich kommen wir wieder ein bisschen hoch. Also das ist es doch nicht. Aber die spannende Frage ist doch die, dass wir in den letzten Jahren hinter die Entwicklung der alten Bundesländer, leider Gottes auch ein wenig der neuen Bundesländer zurückfallen. Das ist doch unser Problem.

(Siegfried Friese, SPD:
So pauschal stimmt das nicht.)

Herr Friese, lesen Sie sich bitte mal die letzte Veröffentlichung, die letzte Analyse der Norddeutschen Landesbank durch, die weiß Gott nicht kritisch mit dem Land – schon kritisch, aber nicht überkritisch – umgeht, so will ich es mal sagen. Lesen Sie sich das bitte durch und dann werden Sie erkennen, dass wir leider Gottes – ich habe die Zahlen hier, mit 0,6 Prozent Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr liegen wir unter dem Durchschnitt der neuen Länder, das ist das Problem, mit 1,1, was auch niedrig war, keine Frage, und auch bei der Bruttowertschöpfung haben wir nur 1,2 Prozent erreicht – unter dem Durchschnitt der neuen Länder liegen. Von den alten Bundesländern will ich ja gar nicht reden. Der neuen Länder! Das müssen wir uns vor Augen führen. Und da nützt es uns leider Gottes nichts – ich bedauere das ja auch –, wenn wir sagen können, dass das verarbeitende Gewerbe gut ist in der Entwicklung, 6,9 Prozent, aber leider eben auf niedrigem Niveau. Und dagegen steht die Bauwirtschaft mit einem um 13 Prozent gesunkenen Umsatz im letzten Jahr. Wir wissen, dass das in diesem Jahr weitergeht. Und auch die Zahl war für mich jetzt noch mal neu. Wir haben nicht einmal mehr 30.000 – ich glaube, es sind wohl 27.000 – Beschäftigte im Baubereich.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Das ist natürlich dramatisch für dieses Land. Und das muss man auch so benennen dürfen. Das hat nichts mit Schlechtreden zu tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, ich will das jetzt gar nicht fortführen, aber wenn man auch die Entwicklung bei den Insolvenzen sieht, deren Zahl in den letzten Jahren immer angestiegen ist – das ist übrigens auch gar nicht unnormale, dass wir eine hohe Insolvenzrate haben, weil wir uns nach wie vor im Strukturwandel befinden –, aber wenn die eben ansteigt, wie sie ansteigt, und es ist noch lange kein Ende von dem Anstieg abzusehen, dann muss man sich Sorgen machen. Und hier, wie gesagt, geht es einfach um das Zur-Kennntnis-Nehmen von entsprechenden Zahlen.

Und, Herr Dr. Ebnet, ich bin nicht bekannt als ein so messerscharfer Kritiker. Ich hoffe, dass ich das auch zukünftig gar nicht werde, aber nun muss ich mal wirklich sagen, ich habe mir jetzt auch mal die Rede geholt, die Sie zu einem großen Teil auch gehalten haben, also eine Seite zum Bündnis für Arbeit – eine gute Seite, ich will nicht schwindeln, eine gute Seite, denn da stehen auf der zweiten Seite auch noch drei Zeilen – ohne eine einzige Zahl,

ohne eine einzige Wertung, nur Angriff auf die Opposition. Ich glaube, das wird dem Thema nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Dr. Berndt Seite, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir legen heute einen erneuten Antrag zum Bündnis für Arbeit vor, der – und, Herr Neumann, das ist absolut richtig – im wahrsten Sinne des Wortes ein Diskussionsangebot ist. Ich gehe überhaupt nicht davon aus und erhebe überhaupt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, weil es ein sehr kompliziertes Thema ist.

Man musste ja auch wechselseitig die Kritik an dem Bündnis für Arbeit zur Kenntnis nehmen. Und das ist ja nun keine Erfindung von uns, das muss man ja auch mal deutlich hier erwähnen dürfen, es hat ja Kritiken gegeben. Es hat Kritiken gegeben von der Gewerkschaftsseite, es hat Kritiken gegeben von der Arbeitgeberseite. Nun wollen wir mal nicht so tun, als ob das alles Friede, Freude, Eierkuchen wäre. Ich meine, von daher gesehen kann man ja nicht einfach sagen, wir machen so weiter, egal, was in den Medien von sich gegeben wird.

Und, meine Damen und Herren, wie es gehen kann – Herr Neumann, Sie waren dabei –, das konnten wir ja ein bisschen studieren bei einer einwöchigen Reise in Irland.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Ich muss hier mal sagen, das ist hochspannend, sich dieses Land anzuschauen, ein Land, das ja relativ klein ist, noch nicht mal 4 Millionen Einwohner hat und eben zeigt, wie man im Bündnis für Arbeit zu konkreten Ergebnissen kommt. Nun muss man fairerweise sagen, föderativer Staatsaufbau Deutschland, über 80 Millionen – das ist ein Unterschied, das weiß ich wohl. Aber es ist höchst interessant, wie zum Beispiel die Iren – die haben eine Arbeitslosigkeit von 3,8 Prozent, eine Bombenentwicklung in den letzten zehn Jahren, Wachstumsraten zwischen 5 und 10 Prozent – es eben verstehen, auch Probleme, die wir in Deutschland immer ausklammern, weil die Lobbygruppen sagen, das wollen wir nicht, auch tarifliche Fragen im Bündnis für Arbeit besprechen. Das halte ich für höchst interessant. Ich meine, das wäre nicht so in erster Linie das Thema hier in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in Berlin. Aber da spart man eben keine Themen aus. Da spricht man sowohl über Lohnzuwächse, die niedrig gehalten werden, aber genauso über Mindestlöhne, gesetzliche Mindestlöhne.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Das halte ich für höchst interessant. Ich bin nicht immer mit allen einer Meinung, keine Frage, aber wie das gehandelt wird, das, meine ich, kann man sich ruhig mal ansehen. Ich würde anregen,

(Rainer Prachtl, CDU: Der Minister
müsste mal ein Guinness trinken
gehen. Das wäre eine Anregung.)

lasst mal eine kleine Delegation von zwei Vertretern des Wirtschaftsministeriums, vielleicht zwei Vertretern des Finanzministeriums und des Ministeriums für Arbeit dort einfahren und sich das eine Woche angucken.

(Unruhe bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Dr. Berndt Seite, CDU)

Das kann bestimmt nicht schaden. Ich glaube, die Kosten für eine kleine Dienstreise wären gut angelegt.

Meine Damen und Herren, was wir unbedingt anmahnen, ist im Punkt 1 unseres Antrages ein nachhaltiges Konzept. Herr Dr. Ebnet, und da kann man auch nicht so einfach die Replik ansetzen, dass man sagt, nun gebt ihr doch erst einmal ein Konzept hier ab. Das ist ja alles ein schönes Spiel, aber ich denke mal, Sie haben jetzt den Apparat hinter sich und Sie müssten sich auch die Frage gefallen lassen, wie können wir Maßnahmen auf den Tisch legen, die zumindest erst mal konzeptionell andeuten, wohin wir wollen. Also ich glaube, das ist ein bisschen einfach, jetzt der Opposition vorzuwerfen, nun macht ihr erst mal ein Konzept, bevor wir uns bewegen. Das, glaube ich, geht so nicht.

Wir wollen erneut über die Investitionsquote im Lande reden. In diesem Zusammenhang will ich deutlich sagen, ich begrüße außerordentlich, dass sich die Bundesregierung jetzt ganz offensichtlich – 1 Milliarde ist ja wohl im Gespräch – bewegt in der Frage zusätzlicher Investitionsmittel für die neuen Länder. Das war ja jetzt in den Zeitungen nachzulesen. Ich halte es für wichtig. Sie alle wissen, wie das draußen aussieht. Die Kommunen sind einfach überfordert. Sie können die Mittel nicht abgreifen, die in den Förderprogrammen stecken,

(Angelika Gramkow, PDS:
Welche Wandlung durch den Landrat! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Sylvia Bretschneider, SPD)

weil die Komplementärmittel nicht in dem Maße ...

Ja, man muss ja auch mal ein bisschen für die Kommunen hier sprechen.

... abgegriffen werden können.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich aber auch noch mal äußern zu einem Artikel in der „Schweriner Volkszeitung“ vom 09.06. Der hat mich doch ein bisschen erschreckt. Wissen Sie, und da kommen immer die Gegensätze zum Ausdruck und die wollen wir auch nicht verwischen, wie ich finde, das sollte man auch ganz klar benennen. Oder andersrum: Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich seit Jahren die Verschlechterung der Eigentumsförderung – Herr Rehberg hat es auch gemacht – hier in Mecklenburg-Vorpommern kritisiere. Das tue ich auch heute. Und ich verweise hier auf die Einkommensgrenze. Ich habe sie mir gerade noch mal angeguckt. Also wenn Sie mal reinschauen, diese Einkommensgrenzen führen einfach dazu, dass kaum jemand die Eigentumsförderung des Landes in Anspruch nehmen kann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau!)

Das ist einfach so. Das braucht er auch nicht. Das hört bei zwei Personen irgendwo bei 46.000, glaube ich, auf. Also das bringt nichts. Und hierzu führt nun ein Mitarbeiter des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung in dem genannten Artikel aus: „Bei jeder Eigentumsförderung steht am Ende der Kette eine weitere leere Mietwohnung“, ... Mit Blick auf die Marktsättigung und den akuten Wohnungsleerstand wäre eine stärkere Eigentumsförderung in den nächsten vier bis fünf Jahren unverantwortlich.“

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, das hat mich auch gestört.)

Ja, nun mal langsam! Nun mal langsam! Auf den ersten Blick könnte das ja durchaus logisch erscheinen. Aber auf den zweiten Blick, schauen wir mal ein bisschen näher

hin, sieht die Lage ja so aus: Das Saarland hat zum Beispiel eine Eigentumsquote von 58 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern hat eine Eigentumsquote von 32 Prozent. Mir redet doch kein Mensch ein, dass es hier keinen Markt mehr gebe.

(Sigrid Keler, SPD: Den gibt's hier auch nicht.)

Das lasse ich mir nicht einreden. Ich kenne jede Menge Menschen, die möchten gerne ein Eigenheim bauen.

(Sigrid Keler, SPD: Die bauen doch.)

Was sie nicht hinkriegen, ist die Finanzierung.

(Sigrid Keler, SPD: Eigenheimzulage.)

So, und genau da setzt ja eigentlich Förderung an,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass man hilft, die Finanzierung hinzukriegen, wenn denn der Wunsch besteht.

(Sigrid Keler, SPD: Die Eigenheimzulage. –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine Damen und Herren, die Philosophie, die halte ich nun wirklich für falsch – und ich bitte Sie herzlich, überdenken Sie das noch mal –, die Philosophie, zu glauben, man könnte die Plattenbaugebiete dadurch erhalten, dass man die Eigentumsförderung verschlechtert. Also, Kinder, das ist nun wirklich eine Ideologie. Der sollte man ganz schnell abschwören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich würde genau andersrum vorschlagen. Es ist doch so, wenn man sich mal ganz nüchtern die Dinge anschaut, es ist doch so, wenn man mal die Städte vergleicht, in der Größenordnung – nee, meine Heimatstadt nehme ich jetzt nicht, nehmen wir Teterow – von, ich weiß nicht, 15.000 oder so ungefähr,

(Angelika Peters, SPD: 10.000.)

na ja gut, also eine mittlere Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern mit entsprechenden, ich sage immer noch, Neubaugebieten, wir können auch sagen, Plattenbaugebieten, so etwas gibt es in den alten Bundesländern überhaupt nicht. Das gibt es nicht.

(Torsten Koplín, PDS:
Die haben doch auch Plattenbau.)

Ja, das ist doch in Ordnung. Also, lassen Sie uns doch diesen Strukturwandel dazu nutzen, dass Arbeit entsteht!

(Sigrid Keler, SPD: Der
muss aber allmählich sein.)

Da habe ich überhaupt nichts dagegen, Frau Keler.

(Sigrid Keler, SPD: Na bitte!)

Aber indem man so vorgeht, wie es jetzt gemacht wird, ist es falsch.

(Sigrid Keler, SPD: Herr Seidel!)

Die Eigentumsförderung abzusenken und zu glauben, ich kann die Leute in den Bauten sozusagen dazu zwingen, in den Bauten zu bleiben,

(Sigrid Keler, SPD: Nein!)

das ist Unsinn.

(Sigrid Keler, SPD: Herr Seidel, wir fördern doch aber über die Eigenheimzulage kräftig weiter. –

Lutz Brauer, CDU: Auf Rügen reißen wir sie ab. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Frau Keler, dazu können wir jetzt gleich weiterreden. Die Eigenheimzulage ist ja eine Bundesgeschichte. Aber auch dort sägt man kräftig daran, diese zu verschlechtern.

(Sigrid Keler, SPD: Nein!)

Doch, doch!

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir darüber im Klaren, dass die im Antrag formulierten sieben Punkte relativ allgemein gehalten sind. Das ist jedoch auch in solchen Anträgen kaum anders möglich. Aber, Herr Neumann, Sie haben es gesagt, wer hindert uns denn jetzt daran? Und insofern verstehe ich Ihre Schlussfolgerung nicht. Sie haben gesagt, Sie möchten mit uns diskutieren. Wir legen Ihnen sieben Punkte vor und wir wollen darüber diskutieren.

(Andreas Bluhm, PDS:

Die Punkte können Sie vergessen.)

Und dann sagen Sie, Sie lehnen unseren Antrag ab. Das kann ich nicht verstehen. Es ist bestimmt nicht alles richtig, was wir sagen, überhaupt nicht! Aber dass man darüber diskutieren kann, das haben Sie auch erkannt. Und deswegen, finde ich, muss man dann wenigstens einmal einen solchen Antrag auch überweisen dürfen und vielleicht im Wirtschaftsausschuss und in den anderen Ausschüssen besprechen.

Meine Damen und Herren, wenn es in diesem Land gelänge, eine Trendumkehr zu erreichen, das hatte ich gesagt, würden sich viele andere Fragen lösen. Ich will außer dem Thema der Abwanderung die Arbeitsmarktproblematik nennen. Ich will die Ausbildungsproblematik nennen. Die finanzielle Situation würde sich natürlich verbessern. Also haben wir es hier mit einem zentralen Thema zu tun. Und wir sollten uns nicht, lassen Sie mich das abschließend sagen, damit abfinden, vielleicht zu warten, bis die demographische Entwicklung die Lage in diesem Bereich hier in Mecklenburg-Vorpommern entspannt. Dies hielte ich nun wirklich für den falschen Weg.

Ich möchte Sie noch einmal bitten, überweisen Sie diesen Antrag in die vorgeschlagenen Ausschüsse, damit wir dann über die Dinge diskutieren können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Sigrid Keler, SPD: War das Ihre letzte Rede?)

Und jetzt gestatten Sie mir vielleicht noch ein Wort in eigener Sache. Richtig, Frau Keler, das war jetzt meine letzte Rede hier. Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit der letzten Jahre. Es war nicht immer schön, das habe ich auch in meiner Fraktion gesagt,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

aber meistens war es schön und es hat mir Spaß gemacht. Ich habe viel gelernt. Ich wünsche mir, dass man sich auch an anderer Stelle irgendwo mal wieder sieht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Seidel. Sie haben den Beifall des ganzen Hauses bekommen

und das ist auch gut so. Ich sage am Schluss der heutigen Sitzung noch mal etwas dazu.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Beyer von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Beyer.

Heidemarie Beyer, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer glaubt, dem Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit in unserem Land das Totenglöckchen läuten zu können, ist im Irrtum. Die bisherige Bündnisarbeit ist nicht Geschichte einer Alibiveranstaltung oder einer Show. Nur wer unrealistische Erwartungen hatte, kann von der bisherigen Arbeit enttäuscht sein.

Wir haben uns mit dem Bündnis für Arbeit auf einen langen Weg gemacht, an dessen Ende ein modernes und wettbewerbsfähiges Land stehen wird, ein Land, in dem Menschen, die arbeiten wollen, auch eine Beschäftigung finden, in der sie ihre Talente und Fähigkeiten erproben und weiterentwickeln können.

Die Opposition offenbart mit ihrem Antrag ein völlig falsches Verständnis von der sicher nicht immer einfachen Arbeit der Bündnispartner. Wie kann das im Bündnis nicht vertretene Parlament einen Bündnisbeteiligten auffordern, die anderen Partner zu einem bestimmten Verhalten zu verpflichten? Es ist auch davon auszugehen, dass die Vertreter im Bündnis die CDU-Forderungen bereits thematisiert haben. Die Argumente und Forderungen der Opposition wiederholen sich und sind den Bündnispartnern hinlänglich bekannt. Und mit Blick auf polemische und unanständige Angriffe auf den neuen Wirtschaftsminister unseres Landes möchte ich feststellen, dass gerade für uns Dr. Otto Ebnet ein persönlicher Garant für eine zielorientierte Ausrichtung der Bündnisarbeit ist.

Meine Damen und Herren, im Bündnis darf keine Seite kurzfristig politische Prestigeerfolge erzielen wollen. Es ist vielmehr der gemeinsame Wille, problemorientiert zu diskutieren und gemeinsame Ansatzpunkte für mehr Arbeit und einen erfolgreichen Strukturwandel weiterzuentwickeln, um diese dann auch gemeinsam und damit wirksamer umzusetzen. Dabei sind die parlamentarischen Schaufensteranträge der CDU, wie der jetzt hier vorgelegte Antrag, nicht nur wenig hilfreich, sondern auch schädlich.

Die schnelle Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt, die Erschließung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und die Flankierung des demokratischen Wandels sind zentrale Ziele der Koalitionsfraktionen. Deswegen möchte ich jetzt gerne noch mal besonders auf die Punkte 4 und 5 des CDU-Antrages eingehen.

Die eben genannten Ziele der Koalitionsfraktionen entsprechen auch den Zielen der beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU, die eine Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit fordern und die Notwendigkeit einer aktiv gestaltenden und zielorientierten Arbeitsförderung unterstreichen. Das von der CDU und FDP im Jahre 1997 verabschiedete und bis heute gültige Arbeitsförderungs-gesetz, das damals vor dem Hintergrund der höchsten Arbeitslosigkeit von 4.384.000 Arbeitslosen mit dem Ziel, Kosten zu sparen, verabschiedet wurde, wird diesen Zielen offensichtlich nicht gerecht. Es bietet wenig präventive Ansätze, sondern macht im Gegenteil den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente vielfach erst von langer Arbeitslosigkeit abhängig und lässt die Förderung innerbetrieblicher Maßnahmen erst dann zu, wenn Perso-

nalabbau nicht mehr zu verhindern ist. Das alte CDU/FDP-Gesetz erschwert den zielgerichteten effektiven Einsatz der Mittel der Arbeitsverwaltung und widerspricht den Richtlinien der EU in vielen Punkten.

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Jahren im Land zahlreiche Projekte initiiert, um zielgerichtet Lösungen für unser Land zu erproben, vor allem auch im Hinblick auf besondere Zielgruppen. Dabei hat sich das restriktive Arbeitsförderungsrecht von 1997 vielfach als hinderlich erwiesen. Deshalb hat die SPD-Fraktion die spezifischen Erfahrungen und Gegebenheiten in Mecklenburg-Vorpommern aktiv in die Diskussion auf Bundesebene mit eingebracht.

Viele unserer Anregungen und Forderungen finde ich nun in den vorgelegten Eckpunkten für ein Job-Aktiv-Gesetz wieder. Schwerpunkt dieses vorgelegten Entwurfes ist eine aktive zukunftsorientierte Arbeitsförderung, die bereits die Entstehung von Arbeitslosigkeit verhindert, die Anstrengungen der Wirtschafts-, Finanz- und Tarifpolitik flankiert, die Arbeitslose so schnell wie möglich wieder in das Arbeitsleben integriert und die den gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Wandel sozialpolitisch begleitet. Tragende Elemente der Reform sind die Steigerung der Effektivität des Vermittlungsprozesses, die Neuausrichtung und Verstärkung der beruflichen Qualifizierung, eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine stärkere Verankerung des Prinzips Fördern und Fordern.

Dazu einige der wichtigsten Ansatzpunkte:

- Die Pläne zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Beruf setzen nicht erst nach frühestens sechs, spätestens zwölf Monaten, sondern bereits mit Beginn der Arbeitslosigkeit an.
- Arbeitslose schließen mit dem Arbeitsamt einen für beide Seiten verbindlichen Eingliederungsvertrag ab. Bei Verstößen wird für zwölf Wochen das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe gesperrt.
- Unternehmern, die ungelernete Beschäftigte bei Lohnfortzahlung für eine Qualifikation freistellen, wird der Lohn ganz oder teilweise erstattet.
- Die Dauer der Zeitarbeit soll verlängert werden.
- Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes sollen künftig Zeiten der Kindererziehung und Betreuung Pflegebedürftiger anerkannt werden. Außerbetriebliche Bildungsträger bekommen einen finanziellen Anreiz für die Vermittlung von Teilnehmern in den ersten Arbeitsmarkt schon während der Maßnahme.
- Jobrotation wird als Regelinstrument eingeführt. Dazu wird die betriebliche Freistellung eines Arbeitnehmers zum Zweck der Weiterbildung unterstützt, indem der Arbeitgeber einen Lohnkostenzuschuss von bis zu 100 Prozent der Lohnkosten erhält.
- Der Erwerb des Hauptschulabschlusses während der Berufsvorbereitungsmaßnahme soll künftig wieder möglich sein.
- Weiterbildungen, Praktika sowie Berufsausbildung im Ausland sollen gefördert werden.
- Bei Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur soll neben wirtschaftsnaher Infrastruktur auch die Sanierung von Schulen und Kindergärten möglich sein.

Meine Damen und Herren von der CDU, das alles sind Änderungen und Verbesserungen, die weit über Ihre Forderungen hinausgehen. Ich bin mir sicher, dass dadurch Mittel der Arbeitsverwaltung, Bundes-, Landes- und EU-Mittel zielgerichteter und effektiver eingesetzt werden können und dass damit Brücken in den Job gebaut werden können. Wenn durch zahlreiche präventive Maßnahmen Arbeitslosigkeit verhindert werden kann, dann ist das noch sehr viel wirksamer.

Meine Damen und Herren, zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ist bereits ein Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministers in der Kabinettsabstimmung der Bundesregierung, weil es sich gezeigt hat, dass Länderregelungen nicht ausreichen. Der Gesetzentwurf soll im September in den Bundestag eingebracht werden.

Ihr Versuch, uns Beine zu machen, ist völlig überflüssig, denn Rot-Rot und Rot-Grün bewegen etwas und mit Rot-Rot und Rot-Grün bewegt sich etwas. Und das ist gut so.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich denke, es erübrigt sich, Ihren Antrag in die Ausschüsse zu überweisen. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Barbara Borchardt, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Helmrich von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Helmrich.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte vorhin eine Anfrage stellen. Da ist mir gesagt worden, wir könnten ja dazu reden. Ich habe von meiner Fraktion drei Minuten bekommen.

Also ganz kurz: Uns wird hier vorgeworfen, Herr Wirtschaftsminister, wir betrieben mit der Arbeitsplatzproblematik Spaßmache, Polemik und es ginge uns nicht um die Sache. Ich weise das aufs schärfste zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Vorpommern ist hier zur Sprache gekommen. Mein Wahlkreis liegt im Uecker-Randow-Kreis. Im Süden meines Kreises im Amt Penkun mit 5.000 Einwohnern haben wir zeitweilig in den letzten Jahren eine Situation gehabt, wo von drei Arbeitnehmern zwei keine Arbeit hatten. Wir, ich mit meinen Freunden, kämpfen dort unten um jede Firma, um jeden Arbeitsplatz. Hier und da haben wir auch mal einen kleinen Erfolg. Wir haben dort zum Beispiel inzwischen eine Firma mit entwickelt, die Marktführer im gesamten Bundesgebiet im Bau von Containern und Containergefängnissen ist. Wir haben also auch kleine Lichtblicke. Und ich bin in der politischen Auseinandersetzung nicht zimperlich, aber das, was mir hier gesagt worden ist pauschal zur CDU, weise ich nicht nur auf das schärfste zurück, sondern ich habe es als beleidigend empfunden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

Barbara Borchardt, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Seidel, wir bleiben bei unserer Auffassung, Ihren Antrag abzulehnen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wundert uns nicht.)

auch wenn Sie – aus meiner Sicht sehr sachlich – noch einmal dargestellt haben, worum es Ihnen geht. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, im Bündnis für Arbeit sitzen unterschiedliche Partner und sie lassen sich von diesem Parlament nicht aufdiktieren, worüber sie reden.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Lutz Brauer, CDU: Sie sprechen aber an dem Problem vorbei.)

Das müssen wir einfach auch zur Kenntnis nehmen und akzeptieren. Und ich glaube, Herr Neumann hat deutlich dargestellt, was in der letzten Hauptarbeitsgruppe verabredet wurde, nämlich dass man selbst noch mal gucken will, inwieweit welche Aufgaben in Zukunft gelöst werden sollen.

(Lutz Brauer, CDU: Na das ist ja!)

Auf der anderen Seite sage ich auch, ich möchte kein Nebenparlament. Das heißt, wir werden uns doch als Parlament auch nicht aufdiktieren lassen wollen, worüber wir hier in Zukunft entscheiden. Und ich denke, das ist auch richtig so.

Ich möchte noch etwas sagen zu der hohen Insolvenzrate. Seien wir doch mal ganz ehrlich, das hat doch seine Ursachen. Die Kaufkraft in diesem Land ist leider nicht so hoch, dass die Dienstleistungen und die Leistungen von Betrieben hier in Anspruch genommen werden können. Auch das ist doch eine Ursache. Und wenn Sie heute sagen, dass Lohndumping oder die anhaltenden Niedriglöhne auch teilweise eine Ursache dafür sind, ist es sicherlich richtig, aber in Ihrer Regierungszeit habe ich nur immer gehört, dass die Gewerkschaften Lohnzurückhaltung an den Tag legen sollen,

(Beifall Ute Schildt, SPD)

und zwar in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit. Und heute zeigt sich, dass diese Lohnzurückhaltung überhaupt nicht dazu beigetragen hat, die Wirtschaft hier in diesem Land zu stärken. Im Gegenteil!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Ute Schildt, SPD – Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Sie haben auf Irland hingewiesen. Ja, Irland hat etwas vorzuweisen. Nicht gesagt haben Sie, dass Irland eine sehr hohe Inflationsrate hat, wo die Irländer selber heute schon sagen, dass sie sehr große Angst haben, dass dieses Wirtschaftswachstum nicht anhalten wird, und auf der anderen Seite sie auch Probleme haben, damit umzugehen, dass es nicht ganz und gar runterkippt, sondern ein leiser Abgang ist, und zwar wegen der Inflationsrate. Und auch das hat sicherlich Ursachen.

Und man muss sicherlich auch noch mal gucken, was man insgesamt aus Irland hier im Land Mecklenburg-Vorpommern übernehmen kann. Und da sage ich eins und auch daran arbeitet das Bündnis für Arbeit und, ich weiß, auch das Arbeitsministerium, das ist die Frage der Regionalisierung. Und das haben wir als PDS auch immer ganz deutlich gesagt, dass wir darüber nachdenken müssen, in den Regionen die Kompetenzen zu erhöhen in Bezug auf die Ausrichtung der Mittel, die zur Verfügung stehen können.

Zur Arbeitsmarktpolitik und insgesamt auch zu dem Fachkräftebedarf: Machen wir uns doch mal ganz deutlich, wenn es heute Fachkräftebedarf gibt, dann hat das auch seine Ursachen. Und da denke ich zum Beispiel

darin, dass wir im Land Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen Jahren eben nicht bedarfsgerecht ausgebildet haben und auch die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit vielleicht nicht bedarfsgerecht ausgereicht haben. Nun komme ich ja aus diesem Bereich und ich weiß, dass wir zu Scharen Leute umgeschult haben, Steuerfachgehilfen, Floristen und was weiß ich nicht alles. Heute müssen wir mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln im Bereich der betriebsnahen Beschäftigungspolitik, im Bereich Qualifizierung dafür streiten und kämpfen, damit entsprechend des Bedarfes die Leute umgeschult und ausgebildet werden. Und dass wir heute noch nicht diesen Nachholbedarf, wenn er denn vorhanden ist, abdecken können, das ist doch ganz natürlich. Ich denke auch, das Bündnis für Arbeit hat gerade in der Arbeitsgruppe Ausbildung die Probleme angesprochen und deutlich gesagt hat, wo es hingehen soll.

Lassen Sie mich noch eins sagen: Herr Seidel, ich nehme Ihnen ab, dass Sie ernsthaft um die Probleme hier im Land streiten wollen, aber die Situation heute Morgen im Landtag, die hat diese Ernsthaftigkeit leider nicht an den Tag gelegt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Der Wirtschaftsminister, der hat sich danebenbenommen.)

Ich glaube, gerade in Bezug auf den Arbeitsmarkt, auf die Leute, die es betrifft, ist es eine ganz, ganz schwache Leistung gewesen.

Lassen Sie mich ein Wort noch sagen zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und zur Arbeitsmarktpolitik. Wenn ich Pressemitteilungen aus den Regionen, aus den Wahlkreisen der CDU-Abgeordneten sehe, wird heute darum gekämpft, dass die Strukturen im Land aufgrund der Kürzungen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erhalten bleiben sollen. Da sagen Sie, wir müssen das Geld einsetzen, auch in Bezug auf die Schulsozialarbeiter. Sagen Sie deutlich, was Sie wollen, und machen Sie nicht nur Populismus! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Ute Schildt, SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Barbara Borchardt, PDS: Ja, was ist denn da? Da wollen wir, dass das fest finanziert wird. Und was wollen Sie? Das ist ÖBS. – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Barbara Borchardt, PDS: Ja, Sie, Sie wollen es nicht verstehen!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Wirtschaftsminister, dass Sie sich besonders getroffen fühlen, nachdem Sie natürlich zweieinhalb Jahre als Chef der Staatskanzlei direkte Verantwortung für die Koordinierung des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit normalerweise gehabt haben sollten, das verstehe ich ja sehr gut, wenn Sie denn dort Ihre Aufgabe richtig wahrgenommen hätten.

Und, Frau Borchardt, hier will niemand Niemandem etwas diktieren. Aber es ist doch wirklich hohnsprechend, wenn nach der letzten Sitzung dieses Bündnis vereinbart,

dass die Effizienz der Arbeit überprüft werden muss. Wer sitzt denn da zusammen?

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist doch gut so. Das ist doch gut.)

Wer hat denn da zigfach zusammengessen, wirklich gearbeitet,

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist doch gut. Machen Sie das in Ihrer Fraktion nicht, einfach mal zu gucken, ob die Arbeit effizient ist?)

wirklich ziel- und erfolgsorientiert gearbeitet? Ich meine: Nein.

Und, Herr Ebnet, noch etwas zur politischen Schlichtheit: Ich will mich gar nicht über die Schlichtheit Ihrer Rede auslassen. Die hat mich eher an den bayerischen „Komödienstadl“ erinnert.

(Jürgen Seidel, CDU: Es findet nur keiner mehr lustig.)

Ich will nur eine Zahl nennen: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern war im Juli 1998 613.100, im Juli 2000 – weitere Zahlen liegen leider aufgrund der Erhebungen durch die Bundesanstalt nicht vor – 586.600, minus 26.500, trotz der Statistikkosmetik durch das 630-Mark-Gesetz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es richtig. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hier sagen seriöse Institute noch mal minus 20.000 bis minus 25.000 dazu, weil der Maurer, der abends als Übungsleiter beim Fußballverein tätig wird, zweimal gezählt wird. Das ist die Wahrheit, die wir haben!

(Harry Glawe, CDU: Das ist Ihre Bilanz, Herr Wirtschaftsminister! – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das heißt minus 45.000 bis minus 50.000. Herr Minister Ebnet, so viel zur politischen Schlichtheit von Zahlen. Das heißt, vom Sommer 1998 bis zum Sommer 2000 – und die Tendenz hat sich fortgesetzt – haben wir zwischen 45.000 und 50.000 weniger Beschäftigte in diesem Land.

(Harry Glawe, CDU: So ist das. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und, Frau Borchardt, jetzt denken Sie mal bitte darüber nach, was das mit Kaufkraft zu tun hat neben der Ökosteuer, neben der Rentenanpassung nur auf Basisinflationrate, neben der Inflationsrate,

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

die heute bei über drei Prozent liegt, und so weiter und so fort.

Also, Herr Minister Ebnet, ich denke, Sie sollten wirklich ein Stück weit die Arroganz und Ignoranz hier beiseite lassen. Und dann mache ich Ihnen zum Schluss noch einen Vorschlag: Herr Minister Ebnet, besorgen Sie sich besser informierte Informanten. Den Vorschlag mache ich Ihnen. Oder wir machen das so, dass ich auch eine Liste herausgebe –

(Harry Glawe, CDU: Aktivitäten.)

Sie machen ja auch eine, Aktivitäten der Landesregierung, das ist immer ein sehr spaßiges Studium am Freitagnachmittag oder am Montagmorgen – mit Aktivitäten des CDU-Fraktionsvorsitzenden.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Wahr ist, ich war gestern beim 60. Geburtstag eines ehemaligen Kollegen von uns, Udo Timm. Das halte ich für geboten und für angemessen. Und richtig ist, ich war am Mittwochabend in Ribnitz, da hat der FC Hansa gespielt. Und ich war deswegen da, weil ich gemeinsam mit anderen, Unternehmern, Sparkasse, Raiffeisenbank, 600, 700 Karten für Kinder gesponsert habe, damit sie das Spiel sehen konnten. Eine Karte 10 DM, jeder hat einen 1.000-Mark-Schein reingeschmissen.

(Peter Ritter, PDS: Was hätte ich die drei Tage machen können!)

Deswegen bin ich da hingefahren.

Und, Herr Ebnet, da muss ich Ihnen eins sagen, ich habe Sie als Lügner bezeichnet. Ich sage jetzt: Herr Ebnet, suchen Sie sich seriösere Informanten, die Ihnen die Wahrheit über mein Alltagsleben erzählen, und suchen Sie sich nicht solche Leute, die die Unwahrheit über mich verbreiten! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler – Eckhardt Rehberg, CDU: Ne, Frau Keler, ist doch so?! – Ministerin Sigrid Keler: Sechs Leute waren gestern noch da.)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2124 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung in der Sache. Wer stimmt für den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2124, den bitte ich ums Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock, auf Drucksache 3/2126.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Wiedereinrichtung des Studienganges
Zahnmedizin an der Universität Rostock
– Drucksache 3/2126 –**

Das Wort zur Begründung hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Dieser Landtag befindet sich am vorerst letzten Sitzungstag vor der Sommerpause in einer beschämenden Situation. Lassen Sie es mich so sagen, wie es ist. Mit dem Antrag der CDU-Fraktion wird deutlich, dass wir einiges von unserer Glaubwürdigkeit eingebüßt haben. Es ist umso mehr beschämend, dass die Opposition in diesem Hause die Regierungsfaktionen an ihre eigenen Beschlüsse erinnern muss.

Die Zahnmedizin in Rostock ist ein Beispiel dafür, wie ernst die Regierungsfaktionen ihre Arbeit nehmen, wie

erst Beschlüsse in diesem Hohen Hause gemeint sein können, welches Selbstverständnis dieses Parlament bei einer SPD/PDS-Landesregierung erreicht hat. Die Opposition will sich nicht aus der Verantwortung stehlen, darum hat sie den vorliegenden Antrag eingebracht und versucht damit, eine für die Betroffenen unsägliche Situation zu heilen.

Der Landtag verabschiedete am 19. Mai 1999 eine Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses, Drucksache 3/383. Diese Beschlussempfehlung kam aufgrund eines Antrages der Volksinitiative „Für die Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin und den Erhalt der Klinik und Polikliniken für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an der Universität Rostock“ zustande, einer Volksinitiative, die mit mehr als 100.000 Unterschriften die bislang umfassendste Willensbekundung von Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land war. Diesen gewichtigen Umstand sollten wir bei der heutigen Diskussion immer im Hinterkopf haben.

Meine Damen und Herren, ich will ja kein Prophet sein, aber wenn ich mir die Reden vom Mai 1999 anschau, dann werden Sie, sehr geehrte Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, und vor allem die damaligen Zwischenrufer wie Herr Bluhm und Frau Bretschneider eingestehen müssen, dass die CDU-Fraktion, leider, muss ich sagen, Recht behalten hat.

Ich will Ihrem Erinnerungsvermögen noch ein wenig nachhelfen. Mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf Drucksache 3/391 haben wir Sie aufgefordert, dem Landtag bis zum 7. Juni 1999 ein Konzept vorzulegen, das sicherstellen sollte, dass die Entscheidung zur Wiedereinrichtung tatsächlich autonom erfolgen kann. Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Heute zeigt sich, dass der Änderungsantrag der CDU zu Recht gemacht wurde, dass unsere Befürchtungen eingetreten sind.

Die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses selbst sah vor, dass im ersten Quartal geklärt wird, inwieweit im Rahmen der Novelle des Landeshochschulgesetzes die Wiedereinrichtung des Studienganges erfolgen kann. Übrigens, falls Sie etwas Schwierigkeiten haben, ein Quartal abzugrenzen: Das zweite Quartal 2001 läuft am Samstag aus und bisher wurde nichts geklärt. Das ist der Skandal, meine Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ein solches Vorgehen beschädigt die Glaubwürdigkeit des ganzen Parlamentes so stark, dass Sie mit weiterer Taktiererei noch mehr Schaden anrichten würden.

Ich kann einige Kollegen unter Ihnen nicht verstehen. Was haben Sie denn in den vergangenen zwei Jahren getan, damit der Landtagsbeschluss aus dem Jahre 1999 auch rechtzeitig erfüllt werden kann? Es ist weder ein neues Hochschulgesetz da, noch haben Sie sich um die Zahnmedizin gekümmert. 1999 versprachen Sie, Herr Reißmann, dagegen in der damaligen Debatte: „Die Äußerungen, die im Ausschuß von unserer Fraktion und von der CDU getätigt worden sind, nämlich dergestalt, daß der Ausschuß selber die weitere Entwicklung für die Rostocker Zahnmedizin im Auge behalten muß, daß“ – man höre! – „die Landesregierung gebeten wird, die Möglichkeit, die Rostocker bei diesem Anliegen zu unterstützen, noch weiter zu prüfen, veranlassen mich zu der zumindest leicht optimistischen Variante, daß am Ende dieser Prüfung die Chance nicht verspielt wird.“

Heute müssen wir die Landesregierung fragen, was sie seitdem getan hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Schließlich hat sie durch den Landtag einen konkreten Auftrag erhalten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Ich darf an dieser Stelle auch den Herrn Bildungsminister zitieren, der am 19. Mai vor zwei Jahren blumenreich ausführte: „Für mich“, so Herr Minister Kauffold, „sind Volksinitiativen eine hochwillkommene Ergänzung direkter Demokratie in unserer repräsentativen Parlamentsarbeit. ... Mit dem Ihnen heute vorliegenden Beschlussskizzenentwurf treten wir also gemeinsam noch einmal in eine grundlegende Überprüfung der Beschlüsse der letzten Landesregierung und meiner Vorgänger und Vorgängerinnen in Sachen Zahnmedizin in Rostock ein. Das wird ein schweres Stück Arbeit werden, das ist schon jetzt sicher, aber wir werden uns dieser Aufgabe mit dem gebotenen Ernst stellen.“

Ihre Worte, sehr geehrter Herr Bildungsminister, und Ihr Versprechen an 100.000 Bürgerinnen und Bürger der Region Rostock und darüber hinaus, Ihr Versprechen an die Initiatoren der Volksinitiative, Ihr Versprechen an die Studenten und Mitarbeiter der Klinik und Polikliniken der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, was sind diese Worte und dieses Versprechen wert? Wo ist der gebotene Ernst geblieben? Sagen Sie uns bitte heute, am 29. Juni 2001 – übrigens ist heute Peter und Paul –, was Sie in den vergangenen zwei Jahren unternommen haben, um den Landtagsbeschluss umzusetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Dass Sie das nicht wissen können, ist klar.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wieso? Ich habe gerade zitiert, was Sache ist. – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Dabei interessiert uns nicht, was Sie nach der ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber Sie mit Ihren Vorbehalten wissen natürlich überhaupt nicht, was wir wissen und was wir nicht wissen.)

Entschuldigung. Wissen Sie, Herr Schoenenburg, in der Frage der Zahnmedizin hätte ich gehofft, dass Sie mehr getan hätten. Das hätte ich gehofft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und da ich Sie ja zumindest in einem schätze, und zwar was Ernsthaftigkeit von Parlamentsarbeit betrifft, glaube ich, auch Sie haben diesem Beschluss zugestimmt. Das haben Sie ganz persönlich getan, damit dieser Parlamentsbeschluss umgesetzt wird. Sie sind mit in der Verantwortung, Sie tragen diese Landesregierung.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Dabei interessiert uns nicht, was Sie nach der Landtagssitzung im Mai unternommen haben, denn Termin war der 31. März 2001. Ich denke, nicht nur dem Landtag, dem Sie Rechenschaft schuldig sind, sondern auch den Betroffenen sind Sie bis heute eine Antwort schuldig geblieben.

Meine Damen und Herren, ich habe immer noch die Hoffnung, dass wir heute über diesen Antrag abstimmen

können. Sollten Sie sich dazu nicht entschließen können, dann müssen Sie eine Antwort geben können, wie rechtzeitig zum Wintersemester 2001/02 eine Immatrikulation von Studenten erfolgen kann oder soll. Ich will eine Befürchtung nicht unterschlagen: Wie man aus Äußerungen aus dem Bildungsministerium entnehmen konnte, soll mit den endlosen Fragenkatalogen an die Medizinische Fakultät Zeit geschunden werden, sollen Fakten geschaffen werden, um den Landtagsbeschluss vom 19. Mai 1999, der die Weiterführung der Zahnmedizin beinhaltet, nicht umsetzen zu müssen.

Ich will hier nicht weiter auf Details des Antrages, auf das Konzept der Zahnmedizin eingehen, der Antrag ist klar. Die Betroffenen in Rostock sind sich über die Konsequenzen der Wiedereinrichtung im Klaren, das geht aus dem Konzept hervor. Ich will mit dem schließen, was ich am Beginn meiner Ausführungen anmahnte. Meine Damen und Herren, es geht um die Glaubwürdigkeit und das Selbstverständnis dieses Parlamentes.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Wir haben heute die Chance, den durch die Landesregierung und die Regierungskoalition angerichteten Schaden gutzumachen. Meine Damen und Herren, ergreifen wir alle diese Chance! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und auf der Zuschauertribüne)

Präsident Hinrich Kuessner: In diesem Landtag ist es nicht üblich, dass das Publikum Beifall gibt, sondern das ist der Ort des Parlamentes. Ich bitte, das zu respektieren.

Wir haben zwischen den Fraktionen einvernehmlich eine Dauer von 45 Minuten für die Aussprache vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat der Bildungsminister Herr Kauffold das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat aus meiner Landtagsrede zitiert, die den Respekt vor Volksinitiativen wiedergibt. Ich brauche das deswegen nicht erneut zu zitieren und zu wiederholen. Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Herr Rehberg hat sich bezogen auf den Landtagsbeschluss von 1999, der den Studiengang Zahnmedizin betrifft. Bei allem Respekt vor dem Hohen Hause erlaube ich mir den Hinweis, dass sich dieser Beschluss ein bisschen wie ein Delphisches Orakel liest, das gewissermaßen der Handlungsauftrag für den Bildungsminister war. Auf jeden Fall, würde ich sagen, weist dieser Beschluss nicht aus, dass im Rahmen der Hochschulautonomie der Studiengang wieder zuzulassen ist, sondern dass das Problem der Zulassung des Studienganges und das die Klinik betreffende Problem zu klären sind im Rahmen der Hochschulautonomie.

Nun bezieht sich der Antrag der CDU auf diesen Beschluss des Landtages von 1999. Ich möchte mich zu diesem Beschluss und zu dem Antrag der CDU in einigen Punkten äußern. Das Erste betrifft das neue Hochschulgesetz. In der Begründung des Antrages der CDU heißt es: „Ein neues Hochschulgesetz liegt bis heute nicht vor.“ Das ist richtig. Und es liegt uns nicht vor in einer Frist und es lag uns nicht vor in einer Frist, die in diesem Antrag genannt ist, nämlich zum Ende des ersten Quartals 2001.

Es ist auch richtig, dass der Antrag des Landtages zur Zahnmedizin gewissermaßen den Termin des Abschlusses des Gesetzgebungsverfahrens präjudiziert. Das ist eine Tatsache. Aber es wird gleichzeitig deutlich, wie problematisch ein solches Präjudiz ist gewissermaßen in einer Sache, die unterhalb des Gesetzes anzusiedeln ist, den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zu präjudizieren, weil bei einem komplizierten Gesetzgebungsverfahren, um das es sich ja nun mal handelt, das ist unstrittig, und das wissen Sie ja auch, die Realitäten anders sind und terminliche Risiken bestehen, die ein solches Präjudiz sehr problematisch machen, umso mehr, wenn bereits bei der Erarbeitung des Entwurfes weitestmögliche Übereinstimmung mit allen Beteiligten gesucht wird. Der Stand ist so, dass bis Mitte Juli dieses Jahres die Verbandsanhörung abgeschlossen sein soll. So viel zu dem Gesetz. Bis 2001 im Rahmen der Hochschulautonomie, also im Rahmen des zu erarbeitenden Gesetzentwurfes, war das nicht zu machen. Wenn Sie das kritisieren, muss ich das auf mich nehmen.

Zweitens wird im Antrag der CDU gesagt, dass hier „vollendete Tatsachen geschaffen“ werden dadurch, dass dieses Gesetzgebungsverfahren nicht bis zum Ende des ersten Quartals 2001 abgeschlossen wurde. Das sehe ich nicht so, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil alle zum Betrieb der Einrichtungen der Zahnmedizin erforderlichen personellen und sächlichen Voraussetzungen weiterhin vorgehalten werden. Das sind vier C-4-Professuren, das ist das wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Personal – von dem ich im Gästebereich ja einen erheblichen Teil sehe und begrüßen könnte, wenn ich das dürfte, von hier aus –, es sind auch freie Stellen zur Aufrechterhaltung der Lehre befristet weiter besetzt worden, darunter auch zwei C-3-Professuren. Kürzungen des Landeszuschusses im Zusammenhang mit der Zahnmedizin sind nicht vorgenommen worden. Derzeit studieren 58 Zahnmedizinstudenten in Rostock. Davon wird etwa die Hälfte in 2002 abschließen. Es werden also in 2003, soweit unserem Hause die Daten vorliegen und wenn sie richtig sind, noch Studenten da sein. Es entsteht danach bisher weder eine Haushalts- noch eine Ausbildungslücke, es sei denn, es ist die Kontinuität der Studiengänge gemeint vom ersten bis zum letzten Semester.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja natürlich, wenn Sie die Voraussetzungen dafür nicht schaffen.)

Und drittens ...

Nein, nein, Herr Born, nein, nein. Ich komme dazu noch.

Und drittens nun, was das Anliegen betrifft, die Wiedereinrichtung des Studienganges im Rahmen der Hochschulautonomie. Der Entwurf des Landeshochschulgesetzes sieht vor, auch im Ergebnis einer endgültigen Abstimmung zwischen den Koalitionsfraktionen, dass die Hochschulen im Rahmen von Zielvereinbarungen selbst Studiengänge errichten, ändern, aufheben können.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Die Zielvereinbarungen ergeben sich aus Abgleichungen der Vorstellungen des Landes zur Hochschulentwicklung, denen auch der Landtag zustimmen soll, und den Vorstellungen der Hochschulen. Falls Sie diesen Regelungen dann zustimmen werden, wird die Universität im Rahmen der Zielvereinbarungen auch über diesen Studiengang entscheiden können. Aber natürlich wird im Rahmen

von Zielvereinbarungen gewissermaßen auch zu klären sein, ob die Voraussetzungen zutreffen, und das sind im Wesentlichen auch die Kosten. Das ist also ganz wichtig.

Die Zahnmedizin ist keine Insel in der Medizinischen Fakultät. Sie steht in der Medizinischen Fakultät und im Klinikum. Es kann also nicht unberücksichtigt bleiben, dass insbesondere das Rostocker Klinikum große wirtschaftliche Probleme hat, die im nächsten Jahr mit der Einführung des neuen Finanzierungssystems nicht geringer werden. Daran ändert auch nichts, dass die zahnmedizinischen Kliniken einen positiven Saldo in diesem Bereich haben, positiver als andere. Aber hoch sind im gesamten Klinikbereich die investiven Erfordernisse und das wird auch für die Zahnmedizin zutreffen. Tarifanpassungen ist zu entsprechen. Das sind erhebliche Kostenpositionen und Kostenprobleme, die zu erwägen sind. Das muss geklärt sein, auch wenn in Nachbesserung von Unterlassungen durch den Landtag, die die Landesregierung hat oder nicht hat, eine vertragliche Regelung mit der Hochschule oder eine autonome Entscheidung im Rahmen von Zielvereinbarungen getroffen wird. Die Voraussetzungen müssen belastbar sein, sonst kann man so einen Vertrag nicht schließen und sonst kann auch nicht über die Zahnmedizin im Rahmen des Klinikums eine autonome Entscheidung getroffen werden.

Zudem ist nun auch Mecklenburg-Vorpommern keine Insel in Deutschland. Ich habe erlebt, meine Damen und Herren, wie der Wissenschaftsrat reagiert hat, nachdem hier zum ersten Mal debattiert worden ist über diesen Studiengang. Auch hier müssen unsere Erklärungen, ebenso administrative Akte der Landesregierung, die ja jetzt hier angemahnt sind in diesem Antrag der CDU, belastbar sein. Das gilt vor allem für die Studienplatzdichte. Mecklenburg-Vorpommern steht im Bundesvergleich bei der Zahnmedizin hinter Hamburg an zweiter Stelle, was die Studienplatzdichte anbelangt. Und bei der derzeitigen Überversorgung liegt der Absolventenbedarf im Lande bei 40 Absolventen. Das sind jedenfalls die Informationen, über die ich verfüge. Das muss also in einer Weise erklärt werden, die in Deutschland positiv aufgenommen wird. Daran ändert sich auch nichts, wenn zahnmedizinische Verbände und Autoritäten uns ihre Solidarität mit der Zahnmedizin in Rostock bekunden, die ich persönlich noch aus meiner Studienzeit als eine traditionsreiche Einrichtung schätze.

Das Land ist nicht untätig. Ich hatte Anfang des Jahres ein Gespräch mit dem Dekan, das bezog sich auch auf das Hochschulgesetz, das noch nicht da ist. Und wir hatten einen Schriftwechsel, der sich darauf bezog, dass wir jetzt zunächst nach dem alten Hochschulgesetz verfahren müssten. Und Herr Professor Guthoff hat mir in einem sehr freundlichen Schreiben angekündigt, dass seine Konzeption, die aktuelle Konzeption, dem Ministerium übergeben wird. Das ist auch geschehen im April. Und zu dieser Konzeption hat das Haus Stellung genommen derart, dass Nachbesserungen beziehungsweise Aussagen hinterfragt werden und noch geliefert werden, die eben gerade jenen Punkt der Kostenneutralität betreffen. Ich halte das nicht für kleinteilig, ich halte das für verantwortungsbewusst, denn ich selber muss pflichtgemäß entscheiden. Diese Ergänzungen sind vor kurzem eingetroffen. Damit befasst sich das Haus erneut. In einer Beratung, die der Bildungsausschuss in der Universität Rostock geführt hat und bei der der Staatssekretär zugegen war, hat er, also die politische Ebene des Hauses, zu

dem Gesamtkomplex eine gemeinsame Beratung zwischen der Universität Rostock und der Universität vereinbart. So viel also zu dem, was bisher an Aktivitäten gelaufen ist.

Und noch ein letzter Punkt. Er betrifft die Wiederanmeldung bei der Zentralen Vergabestelle, die jederzeit erfolgen kann. Und wenn ich die Kontinuität der Ausbildung sehe beziehungsweise die Risiken, die entstehen, wenn eine Lücke da ist, wenn also keine Studenten da sind, dann ist man auf der sicheren Seite, wenn die Anmeldung bei der Zentralen Vergabestelle im Mai des kommenden Jahres erfolgt. Bis dahin ist nach der Einschätzung des Hauses ein Risiko nicht gegeben. Aber bis dahin, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss uns auch im Rahmen der Hochschulautonomie beziehungsweise auch im Rahmen von Zielvereinbarungen deutlich werden, dass dieser Studiengang im Rahmen der Medizinischen Fakultät beziehungsweise kostenneutral zu betreiben ist beziehungsweise dass sich die Parameter für die Medizinische Fakultät nicht verbessern, sondern verschlechtern. Und das muss uns gemeinsam gelingen, auch im hohen Respekt vor der Volksinitiative, aber auch im Rahmen einer Verantwortung des Ministers für pflichtgemäße Entscheidungen, die den Möglichkeiten des Landes entsprechen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bartels von der Fraktion der PDS.

(Angelika Gramkow, PDS:
Klare Worte, Gerhard!)

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin kein Masochist. Ich lasse mich nicht sehr gerne vorführen, und schon gar nicht von Herrn Rehberg. Aber wenn ich zu denen gehöre, die Verzögerungen verursacht haben, dann werde ich es wohl aushalten müssen.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben 1999 nach intensiven Diskussionen die Formulierungen eingebracht, die in dem heute schon zitierten Beschluss des Landtages vom Mai 1999 stehen. Und wir müssen konstatieren, dass Koalitionsfraktionen und Regierung die Aufgaben, die wir selbst in diesem Beschluss formuliert haben, nicht erfüllt haben. Und ich muss in dem Zusammenhang dann auch konstatieren, dass die Opposition in diesem Fall entsprechend ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe reagiert und einen sach- und fachgerechten Antrag vorgelegt hat. Und wir stehen nun alle, ganz besonders, denke ich, auch die Koalitionsfraktionen, vor der Aufgabe, nachzuarbeiten und schnell nach Lösungen zu suchen.

Gestatten Sie mir, ganz kurz nachzuzeichnen, wie sich die Meinungsbildung der PDS-Fraktion vor dem Hintergrund der auch schon erwähnten 100.000 Unterschriften im Laufe der letzten fünf Jahre vollzogen hat, denn so lange diskutieren wir ja um dieses Problem.

Von Anfang an, seit dem Beschluss der damaligen Regierung, haben wir damals als Opposition ohne Erfolgsaussicht gegen die Schließung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock eindeutig Stel-

lung bezogen. Wir haben uns dann sowohl vor Ort durch unsere Rostocker Abgeordneten, durch mich als fachpolitischen Sprecher der Fraktion als auch in den Anhörungen des damaligen Kultusausschusses und dann des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur die inhaltlichen Argumente angehört, die die notwendige Erhaltung des Studienganges begründen sollten, wir haben sie bewertet und die PDS-Fraktion hat sie nach gründlicher Prüfung immer als überzeugend angesehen.

Anfang Mai 2001 war ich als hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion im Auftrag der Fraktion in Rostock, habe mich mit der vorliegenden Konzeption, mit dem vorliegenden Beschluss der Medizinischen Fakultät, der, wie Sie alle wissen, einstimmig gefasst wurde, beschäftigt und das Ergebnis der Fraktion vorgestellt. Die Fraktion hat daraufhin, das will ich hier eindeutig sagen, am 15.05.2001 entschieden, sich nach wie vor für die Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock einzusetzen.

Gestatten Sie mir, einen inhaltlichen Aspekt zu benennen, weil er auch in der Diskussion immer wieder eine Rolle spielt. In den Anhörungen der Ausschüsse, von denen ich schon gesprochen habe, haben die zuständigen Kassen beziehungsweise die zahnärztlichen Vereinigungen eins immer wieder eindeutig und nachdrücklich erklärt: Wenn es in Rostock keine Studentenausbildung mehr gibt, werden die Verträge mit den Zahnkliniken gekündigt. Und wir haben jetzt den Fall, dass wir ab September 2001, wenn es bei all dem bleibt, wie es im Moment ist, nur noch das 5. Studienjahr an der Universität Rostock haben und damit die Tatsache, dass keine Studenten vorhanden sind, dass die Verträge gekündigt werden, unmittelbar bevorsteht. Wir haben also dringendsten Handlungsbedarf. Und ich weise darauf hin, es geht immerhin um Einnahmen der Universität Rostock durch die Zahnmedizin von mindestens 2,5 Millionen DM im Jahr.

Und einen weiteren Aspekt will ich nennen. Wir haben die Situation, auch das ist schon gesagt worden, dass der Rat der Medizinischen Fakultät und der Akademische Senat der Universität Rostock dem vorliegenden Konzept einstimmig zugestimmt haben unter der Maßgabe, und das ist in den Protokollen eindeutig nachzulesen, der Haushaltsneutralität für den Landeshaushalt. Und für uns als PDS-Fraktion war es dabei ganz besonders wichtig, dass in den Protokollen nachzulesen ist, dass der in einem Vertrag mit der Firma Sana eingesetzte Verwaltungsdirektor des Klinikums der Universität Rostock eindeutig erklärt hat, dass das so geplant und so durchgeführt werden wird. Und ich will auch deutlich sagen, genau so stellt sich die PDS-Fraktion das vor, was wir immer alle mit dem Schlagwort der Hochschulautonomie bezeichnen. Die Universität oder eine Hochschule entscheidet im Rahmen ihres Budgets über einen Studiengang, seine Veränderung, seine Errichtung oder seine Schließung.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Für die PDS-Fraktion war und ist die Haushaltsneutralität für den Landeshaushalt Grundvoraussetzung für die schon genannte Positionierung. Für unsere Meinungsbildung in der Fraktion war die Aussage eines ausgewiesenen Fachmanns, auf die ich eben schon hingewiesen habe, ausschlaggebend.

Ein Beschluss des Landtages setzt nun allerdings voraus, dass der Landtag selbst, und das steht in unseren

Gesetzen, die etwaige Haushaltsrelevanz eines Beschlusses zu prüfen hat. Da immer wieder auch Argumente gegen die Haushaltsneutralität vorgebracht werden und der Landtag bei einem so wichtigen und weitreichenden Beschluss sich nicht auf eine in einem Protokoll vermerkte Aussage eines Verwaltungsfachmanns verlassen kann, wird sich der Landtag entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen in seinen Ausschüssen mit dieser Frage beschäftigen müssen. Deshalb beantragt die PDS-Fraktion die Überweisung des Antrages in den federführenden Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und in den Finanzausschuss.

Ich will aber eins auch deutlich sagen: Aus Sicht der PDS-Fraktion geht es dabei nicht um inhaltliche Fragen über die Ausgestaltung der Zahnmedizin in Rostock, ja oder nein oder wie auch immer. Das ist alles in den Stapeln von Papieren, die als Ergebnis der genannten Anhörungen vorliegen, vorhanden. Dort kann jeder, der es wissen möchte, sich die entsprechenden Informationen holen. Für uns geht es ausschließlich um die Frage, ist das, was die Universität Rostock als Haushaltsneutralität für den Landeshaushalt kennzeichnet, sachlich richtig oder nicht. Dass ich dann nebenbei noch eine Frage haben werde an die Antragsteller, wie die doch zumindest ungewöhnliche Variante eines Vertrages zwischen der Universität und der Landesregierung aussehen könnte, will ich nur am Rande erwähnen, ist für die PDS aber nicht wesentlich.

Und ich will es auch deutlich sagen, wir haben keine Zeit und wir werden deshalb in der nächsten Woche, die Genehmigung des Präsidenten vorausgesetzt, damit beginnen, uns mit diesem Antrag in den Ausschüssen zu beschäftigen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schnoor von der Fraktion der CDU.

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was erwartet uns eigentlich noch in der Hochschulpolitik? Wenn man seit 1997 das Hin und Her um die Zahnmedizin der Universität Rostock verfolgt, wenn man sieht, wie mit dem Landtagsbeschluss des Jahres 1999 umgegangen wird, wenn man sieht, auf welcher unwürdigen Weise in der Kenntnis eines offensichtlichen Fehlers weiter mit der Zahnmedizin umgegangen wird, wenn man den letzten Entwurf des Landeshochschulgesetzes mit all seinen weiter bestehenden Eingriffsmöglichkeiten in die Hochschulautonomie neben die Chronologie der Geschichte der Zahnmedizin seit 1997 legt – im Übrigen hat gerade die Universität Rostock dem Bildungsausschuss eine Liste mit 41 Aufsichtsregelungen durch das Bildungsministerium im Rahmen des Hochschulgesetzes übergeben – und wenn man sieht, wie Hochschulautonomie tatsächlich praktiziert wird oder praktiziert werden soll, wenn man heute dem Herrn Minister aufmerksam zugehört hat, dann weiß man und dann wissen die Hochschulen, was das neue Hochschulgesetz für Mecklenburg-Vorpommern wirklich bringen wird –

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Na ja, Sie haben ja auch nichts Besseres zustande gebracht.)

auf jeden Fall keinen Fortschritt und keine Innovation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Sie sollten
Ihr Geld woanders verdienen und
nicht als Politikerin der CDU.)

Meine Damen und Herren, dies ist keine ausschließliche Erkenntnis der CDU. Der Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald brachte dies am 22. Juni dieses Jahres in der „Ostsee-Zeitung“ noch deutlicher zum Ausdruck und ich möchte Ihnen dieses nicht vorenthalten. Ich zitiere: „Wenn die Ministerial-Bürokratie die Hochschulen als nachgeordnete provinzielle Bildungseinrichtungen des Landes führen will, dann wird sie mit dem in dieser Form vorgelegten Gesetz ein Instrument erhalten.“ So weit, meine Damen und Herren, die Ernst-Moritz-Arndt-Universität.

Die Diskussion um die Zahnmedizin und der nunmehr veröffentlichte Gesetzentwurf für ein neues Landeshochschulgesetz vermittelt das Gefühl, dass zwischen Juni/Juli 2000 und Juni diesen Jahres an Erkenntniszuwachs hinsichtlich des Begriffs „Hochschulautonomie“ beim Bildungsminister nichts passiert ist. Ich meine dabei vor allem das Landeshochschulgesetz, denn auf dessen Basis sollte ja die Universität Rostock alleine über die Wiedereinrichtung des Studiengangs Zahnmedizin entscheiden können.

Im Sommer vorigen Jahres machte die CDU-Fraktion einen ersten Entwurf des Bildungsministers zum LHG hochschulöffentlich. Die hochschulinterne Diskussion hat ergeben, dass die erste Vorlage nicht den Ansprüchen an Hochschulautonomie gerecht wurde. Das Gesetz wurde fortlaufend aktualisiert. Es wurde hier und da gebastelt. Herr Schlotmann und Herr Knapp, damals noch Abteilungsleiter für die Hochschulen im Bildungsministerium, heute Sonderbeauftragter bei der Finanzministerin, bereisten die Hochschulen. Aber der Frust dort wurde durch die Besuche und Beschwichtigungsversuche nicht gemildert.

(Harry Glawe, CDU: Der wurde eher größer. –
Reinhard Dankert, SPD: Das ist nicht korrekt.
Sie sind nie zusammen gefahren.)

Es zog sich dann weiter hin. Der Streit eskalierte ...

Ich habe nicht behauptet, dass sie händchenhaltend dort hingegangen sind, aber beide waren sie dort anwesend.

(Reinhard Dankert, SPD:
Sie sind nie zusammen gefahren.)

Das habe ich auch nicht gesagt.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie haben aber den
Eindruck erweckt. – Heiterkeit bei den Abgeordneten –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sehen Sie, Frau Schnoor! Sehen Sie!)

Ach wissen Sie, Herr Dankert, hören Sie zu, lesen Sie es nach und vielleicht verstehen Sie dann, was ich gesagt habe.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Also es zog sich weiter hin, der Streit eskalierte, die Streitparteien fanden sich auf Schloss Basthorst zusammen, einigten sich harmonisch, und zwar so harmonisch, dass die CDU fast keine Informationen mehr über die weitere Entwicklung bekam.

Dann bedurfte es zweier Kabinettsitzungen, um einen sehr umstrittenen Entwurf in die Verbandsanhörung zu bringen. Und was die Hochschulen über das Ergebnis dieser Diskussion denken, das hat der Greifswalder Senat sehr deutlich gemacht.

Ich komme nicht umhin zu sagen, dass Sie ein weiteres Jahr verschenkt haben. Die Debatte zur Zahnmedizin 1999 wurde ja vor allem auch im Zeichen der Hochschulautonomie geführt. Die sich abzeichnende Hochschulreform war die einzig verbleibende Hoffnung der Universität, der Medizinischen Fakultät und der über 100.000 Bürger zum Erhalt ihrer Zahnmedizin, nachdem übrigens 1997 eine erste Volksinitiative zum Erhalt der Zahnmedizin abgelehnt wurde, und ich sage hier ganz deutlich, auch von der CDU. Ich habe da an dem Punkt nichts zu verschweigen und das wissen auch alle.

Professor Kauffold sagte 1999 dazu vor diesem Plenum: „Die Vorstellung, daß Universitäten und Hochschulen völlig frei und auch ohne ... signifikante Einnahmen die Auflösung oder Einrichtung von Studiengängen beschließen sollen, muß sehr sorgfältig beraten und abgewogen werden.“ Meine Damen und Herren, das Ergebnis kennen wir. Wie es von der Greifswalder Universität beurteilt wird, wissen wir auch. Ich möchte dabei auf einen Aspekt ganz besonders aufmerksam machen. Professor Kauffold sprach 1999 von signifikanten Einnahmen, im Besonderen aber von fehlenden signifikanten Einnahmen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Gerade aber die Zahnmedizin sieht sich mit der Reduzierung auf 25 Studenten pro Jahr in der Lage, durch den Poliklinikvertrag mit der KZV und den Kassen jährlich 2,5 Millionen DM zu erwirtschaften und daraus einen erheblichen Teil des Stellenbedarfes zu finanzieren.

(Harry Glawe, CDU: Das sollte man nicht zu laut sagen. Das sollte eigentlich kostendeckend sein.)

Die KZV, die Kassenzahnärztliche Vereinigung, hat schon sehr deutlich gemacht, dass bei Auslaufen des Studienganges auch der Poliklinikvertrag gekündigt wird. Voraussetzung für einen solchen Vertrag ist nämlich, wie immer, dass Studenten vorhanden sind, genau wie in jedem anderen Klinikumsbereich der Hochschulmedizin. Mit der Schließung des Studienganges setzen Sie also 2,5 Millionen DM jährliche Einnahmen aufs Spiel.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Aufgrund dieser Tatsache könnte der Fall eintreten, dass Sie dem Land Mecklenburg-Vorpommern ab dem nächsten Jahr Mehrkosten in Höhe von jährlich insgesamt 2 Millionen DM bescheren, da ja die Stellen dann aus Landesmitteln zu finanzieren sind. Halten Sie weiter an den Plänen fest, die Zahnklinik zu einem Verwaltungsgebäude umzubauen, dann kostet es noch einmal mindestens 23 Millionen DM,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir haben ja nun die Mehreinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich.)

unabhängig davon, dass das Klinikum dem Konzept nach in der Zwischenzeit keine neuen Büroflächen mehr benötigt. Eine solche Vorgehensweise, meine Damen und Herren, ist wirklich nicht plausibel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu kommt dann folgendes Argument, das eine Wiedereinrichtung unterstützt: Die Zahnklinik ist hinsichtlich

ihrer Ausstattung durchaus konkurrenzfähig im Vergleich zu anderen Einrichtungen. Hier kann auf innovatives Potential zurückgegriffen werden. Die Greifswalder Zahnärzte und die Rostocker Zahnärzte sind ständig miteinander im Gespräch, um die inhaltliche Abgrenzung der Studiengänge zu wahren. Die Abgrenzung spielt auch im Konzept der Universität eine zentrale Rolle. Die Initiatoren der Volksinitiative, meine Damen und Herren, haben ihre Hausaufgaben gemacht. Sie haben unsere Bedenken aufgenommen und stellen sich der Verantwortung im Rahmen einer kommenden Hochschulautonomie, wie die Hochschulen und wie wir sie uns vorstellen.

Wenn Rostock weiter die Möglichkeit hat, Studenten auszubilden, wenn weiterhin 2,5 Millionen DM oder mehr durch spezielle Zahnbehandlungen erwirtschaftet werden können, warum soll das Hochschulklinikum auf einen solchen Zweig der Hochleistungsmedizin dann eigentlich verzichten?

(Dr. Manfred Reißmann, SPD: Haben Sie sich das nicht 1997 auch fragen müssen?)

Das Land hat insofern kein Problem damit, weil wir den Zuschuss für die Medizinische Fakultät für Forschung und Lehre nicht aufgrund eines solchen Landtagsbeschlusses und der universitären Beschlüsse erhöhen werden. Punkt. Aus dem Konzept geht auch hervor, dass sich die Medizinische Fakultät darüber im Klaren ist, dass bauliche Investitionen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz für die Zahnmedizin tabu sind. Punkt.

Es gibt vor allem eine Sicherheit: Der neue Verwaltungsdirektor des Klinikums in Rostock steht hinter dem Konzept. Wir sollten alle dabei nicht vergessen, dass der Bildungsminister ausdrücklich und mit viel Finesse am Rat der Medizinischen Fakultät vorbei einen Verwaltungsdirektor durch die Sana-Kliniken bestellen ließ. Für die Sana-Kliniken ist das Rostocker Universitätsklinikum ein Prestigeobjekt. Und jeder Schritt, den dieser Verwaltungsdirektor unternimmt, muss diesem Prestige zugute kommen. Gerade mit seinem Engagement für die Zahnklinik ist es Herrn Dr. Kalkhof in kurzer Zeit gelungen, durch Um- und Übersicht in der Medizinischen Fakultät Anerkennung zu erlangen. Das sollten auch der Landtag und die Landesregierung zu würdigen wissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Volksinitiative stellt kein Präjudiz dar. Wir werden nicht bei jeder Schließung eines Studienganges eine Volksinitiative zu erwarten haben. Mit ihren Initiativen übernimmt die Universität Rostock schon vor einer Gesetzesänderung die Verantwortung für Entscheidungen, die innerhalb der Universität getroffen werden. Mit der Einführung von globalen Haushalten in den Hochschulen werden diese mehr von ihrer Verantwortung übernehmen müssen. Sie werden sagen müssen, welche Studiengänge mehr, welche weniger gefördert werden. Sie werden sagen müssen, welche Studiengänge im Zuge der Profilierung ihrer Hochschulen geschlossen oder eröffnet werden sollen, und sie werden diese Entscheidungen selbst verantworten müssen.

Der Rektor der Universität Rostock hat dies erkannt und auf dem Parlamentarischen Abend der Hochschulrektoren eingeräumt, dass die Hochschulen mit der Hochschulreform auch auf einige Studiengänge verzichten werden müssen. Aber die Entscheidungen müssen die Hochschulen selbst treffen. Die Einmischung des Bildungsministers in der Frage der Schließung des Bauingenieurwesens an der Universität Rostock hat deutlich

gezeigt, wie sensibel die Hochschulen auf Eingriffe der Administration reagieren, weil hier der inneruniversitäre Diskussionsprozess nicht gesucht wurde, durch Rechenmodelle über den Verbleib von Stellen quasi ein erpresserisches Szenario aufgebaut,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Oh!)

eine Situation erzeugt wurde, in der der Rektor einer Hochschule im Gesamtinteresse seiner Einrichtung sich gar nicht mehr verweigern konnte, aber letztendlich der Prügelknabe von Senat und Fachbereichen wurde.

Meine Damen und Herren, ja, Universitäten sind schwer bewegliche Tanker. Das wird auch so bleiben, wenn die Landesregierung entscheidende Passagen des Landeshochschulgesetzes nicht ändern wird. So, wie es jetzt ist, dass der Landtag wieder über Eckwerte einer Hochschulplanung befinden soll, so werden wir in absehbarer Zeit wieder im Landtag über diesen oder jenen Studiengang zu befinden haben, weil wir es uns anmaßen, in die Strukturen der Hochschulen hineinzuregieren. Das will ich, das will die CDU nicht. Wir wollen ein konstruktives Miteinander mit den Hochschulen. Wir wollen mit den Hochschulstrukturentscheidungen beraten, die Motivation für die eine oder andere Entscheidung von ihnen erfahren. Das kann man mit einem Hochschulrat mit beratender Funktion sehr gut handhaben. Die Hochschulen werden sich auch nie einem Rat verschließen. Das weiß ich ganz sicher. Aber die endgültigen Entscheidungen müssen sie treffen und verantworten.

Ich will das Hochschulgesetz hier nicht weiter diskutieren und ich hoffe, dass wir nach der Sommerpause endlich ausreichend Gelegenheit dazu haben. Aber die grundsätzliche Frage der Hochschulautonomie, die mit der Beschlussempfehlung aus dem Jahr 1999 und mit unserem heutigen Antrag ja aufgeworfen wurde, machte einen längeren Exkurs hierzu nötig, um auch die Dimension dieser heutigen Debatte noch einmal zu unterstreichen und deutlich zu machen.

Der Landtag ist in der Verantwortung, wenn es die Regierung nicht kann, hier für Übergangslösungen einzutreten. Verantwortung tragen aber vor allem die Kollegen der Koalitionsfraktionen, die mit einer Novelle des Landeshochschulgesetzes vor zwei Jahren diese Hoffnungen geweckt und nicht erfüllt haben. Da gibt es nichts mehr zu prüfen, Herr Dr. Reißmann. Zum Prüfen haben Sie zwei Jahre lang ausreichend Zeit gehabt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion fordert Sie auf, diesem Antrag hier heute zuzustimmen. Es darf nicht noch mehr Zeit verstreichen.

(Reinhard Dankert, SPD: Das stimmt nicht.)

Studenten der Zahnmedizin müssen zum kommenden Wintersemester immatrikuliert werden, damit der Studiengang eine reelle Chance erhält. Dieser Zeitverzug gefährdet dieses Vorhaben, schafft Tatsachen, die letztendlich die Schließung von Studiengang und Zahnklinik besiegeln mit den genannten Konsequenzen für das Land, für die Universität Rostock und für die Zahnmedizin sowieso. Wir werden uns aber einer Überweisung dieses Antrages in die Ausschüsse im Interesse der Zahnmedizin nicht grundsätzlich verweigern. Allerdings müssen Sie uns zusichern, dass wir zeitnah diesen Antrag einer Beschlussfas-

sung auch zuführen können. Wir werden eines nicht tun: Wir werden den Antrag nicht unendlich in den Ausschüssen schmoren lassen, wie Sie es mit anderen Anträgen gerne tun, bis dann auch in diesem Falle Tatsachen geschaffen sind,

(Angelika Gramkow, PDS: Wir werden das auch nicht, Frau Schnoor.)

nämlich 100.000 Bürger der Region Rostock haben ein Recht auf ein klares Bekenntnis des Landtages in die eine oder andere Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, haben Sie bitte einmal den Mut, eine Entscheidung zu treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Ministerin Sigrid Keler: Das müssen Sie sagen! Das muss gerade Frau Schnoor sagen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schnoor.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Reißmann von der Fraktion der SPD.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin eigentlich, denke ich, in diesem Landtag für sachliche, ruhige und konkrete Ausführungen bekannt und angetreten. Ich muss aber zwei Vorbemerkungen machen, die diesem Anspruch vielleicht nicht ganz genügen:

Zunächst einmal zum Landeshochschulgesetz, zu dem sich Frau Schnoor hier sehr ausführlich geäußert hat. Alle Informationen, alle Äußerungen, die wir vor Übernahme der neuen Verantwortung, in neuer Konstellation erhielten, waren: Mit diesem doch wohl auch von Ihnen auf den Weg gebrachten Landeshochschulgesetz sind wir nicht mehr einverstanden. Macht ein neues!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, dann machen Sie doch! Schon zweieinhalb Jahre Zeit und noch nichts gemacht.)

Der zweite Aspekt zum Problem Studiengang Zahnmedizin: Meine Damen und Herren von der CDU, von der SPD! Die PDS hat sich konsequent gegen die Schließung des Studienganges Zahnmedizin ausgesprochen. Meine Argumente, sachlich vorgetragen in den Ausschüssen und in der Fraktion, haben damals keine Mehrheit gefunden. Der Studiengang ist 1997, auch mit Ihrer Hilfe, Frau Schnoor, geschlossen worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Da war Frau Schnoor Kultusministerin, wa?!)

Deswegen habe ich in diesen beiden Punkten – um die Ecke nach vorne rennen und sich an die Spitze der Bewegung stellen – für das C, das eigentlich für Glaubwürdigkeit und christlich steht,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, Herr Reißmann, das ist ein Quark! Erzählen Sie mal lieber, wer da das Finanzressort geführt hat!)

nur einen Begriff, den ich hier nicht ganz in der sonstigen Kontinuität meiner Art sehe: Das ist vergleichbar mit einem Chamäleon, Frau Schnoor, und dafür habe ich kein Verständnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Argumente, die Sie hier alle angeführt haben, mit wenigen Ausnahmen, sind alle 1997 auch schon angeführt worden. Die Patientennähe kleiner Studiengänge von der Zahnärztekammer, von der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Reißmann, hören Sie auf! Ich habe die Zahlen aus dem Jahr 1996 aus dem Finanzministerium im Kopf.)

Professor Wagner, die Orientierung auf Europa mit kleinen Studiengängen, die inzwischen vollzogen ist. Das ist neu, Herr Rehberg, dass andere Länder kleine Studiengänge eingeführt haben, in Basel, in der Schweiz, in den Niederlanden. Die Orientierung, sich nicht vom Wissenschaftsrat die Entscheidung vorgeben zu lassen, von Düsseldorf, von Marburg, von Dresden, von Homburg und Berlin, die sich nicht nach diesem Rat gerichtet haben und die Studiengänge aufrechterhalten haben, spricht ein Übriges. Schließen und später wieder Einführen des Studienganges ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Ich möchte gerne Frau Schnoor die Gelegenheit geben für eine Frage. Wenn Sie eine Frage haben, bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Schnoor, stellen Sie die Zwischenfrage.

Steffie Schnoor, CDU: Herr Dr. Reißmann, stimmen Sie mir zu, dass erstens 1997 die SPD in der Verantwortung der Kultuspolitik war,

(Peter Ritter, PDS: Wem nützt das? Wem nützt das?)

und zweitens, dass es hier nicht darum geht, dass der Landtag entscheidet, ob es die Zahnmedizin gibt oder nicht, sondern es hier einzig und allein um die Erfüllung eines Landtagsbeschlusses des Jahres 1999 geht?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig! Genau!)

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Frau Schnoor, darauf komme ich noch zu sprechen. Vielen Dank, dass Sie mich daran erinnern, dass ich auch einen Zeitfonds habe, den ich ausschöpfen muss. Selbstverständlich geht es um den Antrag vom Mai 1999

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Beschluss! Beschluss!)

und selbstverständlich geht es um Glaubwürdigkeit. Und da habe ich ein anderes Verständnis als das, was Sie hier geboten haben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Oh, das war nicht doll! –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Meine Damen und Herren, Patientennähe, kleine Studiengänge – zwei neue Aspekte vielleicht dazu:

(Unruhe bei Siegfried Friese, SPD,
und Eckhardt Rehberg, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Man ist davon ausgegangen im Wissenschaftsrat, dass man mit Betonung der vorbeugenden Wirkung in der Zahnmedizin möglicherweise nicht in dem Maße weiter Zahnärzte würde gebrauchen, weil die Menschen dann

gesündere Zähne haben würden. Aber die Menschen werden älter und die entsprechenden Erkrankungen tauchen später auf. Es war ein Trugschluss zu glauben, dass man mit reduzierten Zahlen an Zahnärzten den zahnärztlichen gesundheitlichen Stand halten kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Zweiter Aspekt dazu: Die 40 für das Land benötigten Zahnärzte insgesamt als Kalkulationsgröße, ich glaube, das sollte man doch an der Entwicklung in den Nachbarländern einmal ablesen, diese Orientierung scheint nicht mehr zu stimmen. Und die Entscheidung des Wissenschaftsrates seinerzeit mit dieser Empfehlung – es sind inzwischen mehrere Jahre vergangen und man kann davon ausgehen, dass auch der zahnmedizinische Sachverständigenrat, der inzwischen im Wissenschaftsrat vertreten ist, dort Einfluss nehmen wird auf Konzeptionen und Einschätzungen.

(Beifall Norbert Baunach, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Welche Befürchtungen hat es gegeben? Können wir sie heute entkräften? Verlust in der Qualität der Versorgung war eine Sorge, die viele zu der Unterschrift der Volksinitiative veranlasst hat. Komplexe Rehabilitation von Lippen-, Kiefer-, Gaumenspalten an einer Stelle, wo sie gut läuft, zerschlagen, an mehreren anderen erst aufbauen ist eine nicht logische Art des Umgangs mit dem Thema. Tumore im Kiefer-/Gesichtsbereich, Defekte, die in Kombination zwischen den Medizinern und Zahnmedizinern behandelt werden, zum Teil in der Klinik, zum Teil ambulant, verlangen, dass diese Einheit an einem Standort, einem zentralen Standort wie Rostock erhalten bleibt. Komplexe Traumata, Gebissanomalien, die zahnmedizinische Behandlung von Behinderten, die keinerlei Möglichkeiten einer Einflussnahme durch psychologische Betreuung, durch Ruhigstellung durch beruhigende Worte des Zahnarztes oder der Schwester haben, sondern zum Teil in Narkose behandelt werden müssen, verlangen eine solche wechselweise Einflussmöglichkeit zwischen Zahnklinik und angeschlossenen Polikliniken. Die Versorgung, wurde hier von einigen Rednern seinerzeit fast zynisch behauptet, sei nicht in Frage gestellt. Man könne ja auch nach Hamburg oder Greifswald, nach Lübeck oder Schwerin fahren. Stellen sie sich das für eine komplexe Betreuung von Kindern vor, diese Reiseaufwendungen – nicht akzeptabel.

Nun komme ich zur gegenwärtigen Situation. Der Beschluss vom Mai 1999, die Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin und der Erhalt der Klinik und Polikliniken für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an der Uni Rostock, ist durch eine Erweiterung der Hochschulautonomie mit der Novellierung des Landeshochschulgesetzes im ersten Quartal 2001 und der Fortschreibung des Hochschulgesamtplanes zu klären. Unterstützung des Bildungsministeriums war zugesagt. Die Strukturen offen zu halten war in der Absicht, und das ist zumindest erfolgt. Die Absicht, die intendierte, war, zum Wintersemester 2001 die Wiederzulassung zu ermöglichen, die Neuimmatrikulation zu ermöglichen.

Was ist inzwischen neu? Neu ist, dass sich sowohl der Rat der Medizinischen Fakultät einstimmig als auch der Senat der Universität Rostock einstimmig für die Wiederzulassung, für die Wiedereinrichtung des Studienganges ausgesprochen haben. Neu für mich ist auch, Frau

Schnoor hat es erwähnt, dass zwischen 1997 und 2000 jährlich 3,0, 2,85, 2,51, 2,62 Millionen DM erwirtschaftet worden sind, von denen insgesamt, auch wenn man Personalreduzierungen einkalkuliert in den nächsten Jahren, mit etwa 2,5 Millionen Einnahmen gerechnet, 23 Stellen finanziert werden können.

Neu sind auch für mich Vorstellungen, die der neue Verwaltungsdirektor in die Diskussion eingebracht hat, nämlich unter diesem Druck, Existenzbedrohung der Zahn-, Mund- und Kieferheilkundeausbildung in Rostock, und Druck auf die logische Symbiose zwischen Klinik und Ambulanzen. Das hat dazu geführt, dass neue und weitergehende Vorschläge über die Nutzung der räumlichen Möglichkeiten erarbeitet worden sind beziehungsweise in der Erarbeitung sind, angekündigt für die nächsten sechs Monate.

Meine Damen und Herren, die Äußerung, Willensäußerung von 100.000 Bürgern und die unter Druck zustande kommenden Möglichkeiten, finanzielle Chancen besser zu nutzen, zwingen dazu, auch zeitnah für uns genaue Informationen über den Hauptpunkt der Kritik, die sein darf und sein muss und sein kann, nämlich den der Kostenneutralität, zu erhalten, Gewissheit durch genaue Informationen. Ich stimme der Notwendigkeit, zeitnah über speziell diesen Aspekt in den zuständigen Ausschüssen zu beraten, voll zu.

Die Frage Bauinvestitionen, was ist zusätzlich nötig: Wenn seitens der zuständigen Gremien der Universität ausgeführt wird, es ist kostenneutral möglich, in den nächsten zehn Jahren sind keine Investitionen erforderlich, dann können wir diesen Studiengang ohne positives Votum des Wissenschaftsrates im Land wieder einrichten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und ich habe mich von meiner Vorstellung, von meiner Position zu dem Thema keineswegs entfernt. Allerdings muss ich auch zur Kenntnis nehmen, dass meine Versuche, rechtzeitig zu einem neuen Landeshochschulgesetz zu kommen, nicht zu dem Erfolg geführt haben, den ich mir gewünscht hätte und der die Realisierung dieses Antrages des Landtages vom 19. Mai bis zum ersten Quartalsabschluss 2001, über die Wiedereinrichtung selbst befinden zu können, zur Folge hätte haben können oder müssen. Ich bin mir dessen auch heute bewusst, dass es richtig und wichtig ist, diesen Zeitdruck aufzunehmen. Und hier unterscheide ich mich doch etwas von Minister Kauffold, denn die Möglichkeit, in der Zwischenzeit die vorhandenen Studienmöglichkeiten durch Wechsler von anderen Universitäten an die Rostocker Universität zu unterstützen – das Personal, die Laborplätze, die Praktikumsplätze sind vorhanden –, ist leider auch nicht genutzt worden. Das wäre eine hilfreiche Unterstützung für die Universität, für die Zahnklinik, die Ausbildung in Rostock gewesen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Ich sehe uns heute in der Pflicht, diesen Zeitdruck doch so aufzunehmen, dass wir nicht erst mit dem Auslaufen vor dem wesentlich teureren Wiedereinrichten, was später durchaus möglich sein kann, stehen. Das wird unvermeidbar teurer und dann hat sich diese Diskussion erübrigt. Ich stehe dafür, dass wir uns noch einmal zeitnah die aktuellen Informationen erläutern lassen, zu Gemüte führen. Und wenn Kostenneutralität in diesem Konzept nachweis-

bar ist, stimme ich der Wiedereinrichtung des Studienganges zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Hervorragend!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Reißmann.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2126 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist damit einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Deutsch-Polnisches Haus der Wirtschaft, Drucksache 3/2129.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Deutsch-Polnisches Haus der Wirtschaft
– Drucksache 3/2129 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das Deutsch-Polnische Haus der Wirtschaft in Stettin ist ein Projekt, das unter der Schirmherrschaft der IHK zu Neubrandenburg sowie der Wirtschaftskammer Nord in Stettin am 11. Oktober des letzten Jahres gegründet wurde.

Das Haus der Wirtschaft ist die Bezeichnung für ein Gebäude mit Büro- und Veranstaltungsräumen, die in einer stadteigenen Villa inmitten des Stadtzentrums Stettins angemietet worden sind. Unter anderem befinden sich in dem Haus weitere Einrichtungen wie das Zentrum für Europäische Integration, der Zweckverband der Kommunalgemeinschaft Pomerania, der Bevollmächtigte der Stadt Stettin für euroregionale Fragen, die Deutsch-Polnische Jugendwerkstatt sowie die Wirtschaftskammer Nord. Somit ergibt sich eine einzigartige Anlaufstelle, die im Hinblick auf grenzüberschreitende wirtschaftliche Beziehungen eine bedeutende Rolle einnimmt. Bei der Auswahl der Mitarbeiter wurde insbesondere Wert gelegt auf die Zweisprachigkeit, um die bestehenden deutsch-polnischen Sprachbarrieren zu überwinden.

Nicht nur durch die erfolgreiche Umsetzung eines anspruchsvollen Arbeitsprogrammes wurde in der wirtschaftlichen und politischen Öffentlichkeit eine breite Akzeptanz erreicht. Circa 360 Anfragen und Kooperationswünsche wurden den Mitarbeitern durch polnische und deutsche Unternehmen aus allen Branchen bisher angetragen. Schwerpunkte liegen hierbei insbesondere im Immobilienerwerb, dem Zollrecht, den Unternehmensgründungen und dem polnischen Arbeitsrecht.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der bevorstehenden EU-Osterweiterung und der Funktion des Hauses der Wirtschaft als Anlaufstelle für die Klärung der unterschiedlichsten wirtschaftlichen Fragestellungen muss dieses Projekt auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Der Punkt der Finanzierung des Hauses der Wirtschaft obliegt im Wesentlichen einem gesonder-tem Haushalt der IHK zu Neubrandenburg. Erfreulicher-

weise hat sich in der Zwischenzeit auch die IHK in Rostock bereit erklärt, sich zukünftig an der Finanzierung des Hauses der Wirtschaft zu beteiligen. Die Verhandlungen mit der IHK zu Schwerin laufen ebenfalls und lassen nach dem jetzigen Stand der Erkenntnis einen positiven Abschluss erwarten.

In diesem Jahr beläuft sich der Gesamtetat auf 240.000 DM. Im Vergleich dazu betrug der Etat im vergangenen Jahr gerade 100.000 DM und damit nicht einmal die Hälfte des diesjährigen Budgets. Dies ist meiner Meinung nach auch ein Beweis für den wachsenden Bedarf, dem sich das Haus der Wirtschaft in Stettin zu stellen hat. Das Land Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich über den Haushalt der Staatskanzlei an diesem Projekt. Allerdings, meine Damen und Herren, scheinen die 30.000 DM, die über Zuschüsse zur Förderung des Europagedankens sowie auswärtiger Beziehungen und Partnerschaften nach Stettin fließen, als zu gering veranschlagt.

Ich will an dieser Stelle auch gar nicht über eine bestimmte Höhe der zu veranschlagenden Mittel sprechen. Ich denke, das muss sorgfältig im Rahmen der bevorstehenden Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2002/03 erörtert werden. Vielmehr geht es mir darum, die Weichen heute richtig zu stellen, um so den großen bevorstehenden Aufgaben gut vorbereitet entgegenzutreten zu können. Da sollte es Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch nicht schwer fallen, unserem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ich will auch einmal sehr klar und deutlich darauf hinweisen, von diesen 240.000 DM tragen 210.000 DM verschiedene IHKs, die Sparkasse Vorpommern. Aber, meine Damen und Herren, 170.000 DM davon trägt die IHK in Mecklenburg-Vorpommern, die den strukturschwächsten Raum hat, nämlich die IHK Neubrandenburg. Und deswegen, wenn Sie die Relationen sehen, 170.000 DM IHK zu Neubrandenburg, 40.000 DM andere und nur 30.000 DM das Land Mecklenburg-Vorpommern, dann muss ich sagen, ist dieser Betrag mehr als zu gering.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung an dieser Stelle machen. Der fatalste Fehler der rot-grünen Bundesregierung war es, und das Land hat sich nach meinem Dafürhalten hier überhaupt nicht ausreichend eingesetzt, das Generalkonsulat in Stettin zu schließen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Alle machten in Polen deutlich, egal von welcher politischen Seite, ob von der Wirtschaft, von der Kommunalpolitik, dass zum einen der Standort mehr als günstig und richtig war und zum andern dort ein exzellenter Generalkonsul seine Arbeit geleistet hat. Übrigens, es war halt bezeichnend, zum ersten Tag ist der Generalkonsul aus Danzig, musste er aus Danzig nach Stettin kommen. Meine Damen und Herren, Fahrzeit fünf Stunden. Das heißt, diese wichtige Euroregion wird von Danzig aus betreut und nicht von Stettin, nicht von dort, wo eigentlich das Generalkonsulat hingehörte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja,
das ist Aufbau-Ost-Chefsache.)

Und deswegen ist es umso dringender, dass dieses Haus der Wirtschaft auch eine Art Ersatzfunktion in Teil-

bereichen für das von Rot-Grün abgeschaffte Generalkonsulat in Stettin übernimmt. Ich sage Ihnen das deswegen so eindringlich, wenn Sie sagen, Sie stellen sich den Chancen und Problemen der EU-Osterweiterung, dann packen Sie ein paar Mark drauf und lassen die IHK zu Neubrandenburg nicht alleine.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten, das ist ein Projekt, dessen politische Bedeutung kaum zu überschätzen ist. Willy Brandt hat einmal gesagt: „Für mich war und ist Europa ohne den Osten ein Torso.“

Wenn wir an die EU-Osterweiterung denken, so steht für uns Polen im Zentrum unserer Überlegungen. Als wichtiger Handelspartner, aber vor allem als unmittelbarer Nachbar spielt das Land für uns eine besondere Rolle. Der polnische EU-Beitritt betrifft uns wesentlich unmittelbarer als viele andere Bundesländer. Wir sind dicht dran, das ist ein Grund für manche Ängste der Menschen, vor allem in den Grenzregionen. Und das ist eine Chance, wenn gute Nachbarschaft in wirtschaftliche Zusammenarbeit mündet. Dafür wollen wir die Grundlagen legen.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sind uns alle einig über die Bedeutung des Hauses der Wirtschaft in Stettin. Dieses Haus ist ein konkretes Stück grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Das Haus der Wirtschaft ist in kurzer Zeit Anlaufpunkt für deutsche und polnische Unternehmer geworden, die Partner suchen und sich auf den jeweiligen anderen nationalen Märkten etablieren wollen. Seit der Eröffnung des Hauses der Wirtschaft in Stettin im Oktober des vergangenen Jahres wurden bereits rund 500 Anfragen und Projekte bearbeitet. Eine Vielzahl von Kontakten ist zustande gekommen, 65 Kooperationsangebote konnten bisher vermittelt werden. Das ist keine schlechte Bilanz, glaube ich, vor allem in der kurzen Zeit.

Meine Damen und Herren, der Standort Stettin ist ideal. Man braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um vorherzusagen, dass hier, in der Stadt und der Region um Stettin ein neues wirtschaftliches Zentrum entstehen wird. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, dass auch unsere Unternehmen hier Fuß fassen können und mit dabei sind. Das Haus der Wirtschaft ist vor diesem Hintergrund ein beispielhaftes Projekt.

Ich will an dieser Stelle noch einmal die Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg erwähnen und ihr danken und der Wirtschaftskammer Nord in Stettin, die sich für den Aufbau eines Hauses der Wirtschaft in Stettin eingesetzt haben. Das Land Mecklenburg-Vorpommern unterstützt diese Initiative der Wirtschaft und beteiligt sich an der Finanzierung des Deutsch-Polnischen Hauses der Wirtschaft. Wie Herr Rehberg schon erwähnt hat, stehen in diesem Jahr dafür 30.000 DM zur Verfügung.

Inzwischen konnte ja auch die IHK Rostock als Partner des Hauses der Wirtschaft gewonnen werden. Das begrüße ich außerordentlich. Mit der Beteiligung der Rostocker Kammer wird die finanzielle Belastung auf mehr Schultern verteilt. Auch die IHK Schwerin ist gefragt worden, ob sie sich engagieren will. Ich hoffe, dass sie das tut und sich an der gemeinsamen Sache beteiligt, denn die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen und die EU-Osterweiterung sind Themen, die das ganze Land angehen und nicht nur die Regionen in unmittelbarer Nachbarschaft zu Polen.

Meine Damen und Herren, die CDU fordert in ihrem Antrag, die Mittel für das Deutsch-Polnische Haus der Wirtschaft deutlich anzuheben. Allerdings begründet die Opposition nicht näher, welche Summe ausreichend wäre und warum die aktuell zur Verfügung stehenden Gelder nicht ausreichen. Zudem ist in dem Antrag nicht berücksichtigt, dass ja nun auch noch der finanzielle Beitrag der IHK Rostock dazukommt und vielleicht demnächst auch ein Beitrag der Schweriner Kammer.

Das Haus der Wirtschaft, und das ist ganz wichtig, das Haus der Wirtschaft ist aus Eigeninitiative der Wirtschaft entstanden.

(Beifall Sigrid Keler, SPD: Korrekt.)

Ich finde, das ist eine hervorragende Lösung und eine hervorragende Leistung, zu der unsere Wirtschaft fähig war.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Karsten Neumann, PDS, und
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Und das sollten wir jetzt nicht konterkarieren, indem sich der Staat ohne Not über Gebühr einmischt.

(Beifall Sigrid Keler, SPD: Genau.)

Herr Rehberg, ich frage mich, was wollen Sie jetzt eigentlich mit diesem Antrag. Sie wollen doch sicher nicht diese Initiative der Wirtschaft verstaatlichen oder vergesellschaften.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Harry Glawe, CDU:
Sie hören wohl gar nicht zu?!)

Ich kann mir das schwer vorstellen und ich kann mir auch schwer vorstellen, dass Eckhardt Rehberg und Dieter Dehm Arm in Arm hier auf Vergesellschaftungstour sind.

(Beifall Siegfried Friese, SPD)

Das darf doch nicht so gemeint sein, Herr Rehberg.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja ein Niveau,
das ist ja wirklich nicht mehr zu überbieten!)

Meine Damen und Herren, ich meine, eigentlich haben wir kein Problem.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist
wirklich nicht mehr zu überbieten! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist kein Minister.)

Mir ist nicht bekannt, dass diese partnerschaftliche Finanzierung des Hauses der Wirtschaft von irgendeiner Seite in Frage gestellt würde.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wie viel Schaden
wollen Sie dem Land eigentlich noch zufügen?)

Außerdem ist mir auch nicht bekannt, dass das Haus der Wirtschaft generell unter Finanzierungsproblemen leiden würde.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja furchtbar! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es gibt keinen Grund, mehr Mittel einzusetzen, als es nötig ist, und deshalb gibt es auch keinen Grund, diesen Antrag weiter zu behandeln. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist die absolute Steigerung dessen, was wir bisher hatten. Da ist Herr Holter dagegen noch besser. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Ich hab es ja schon gesagt, bayerischer Komödienstadl!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Karsten Neumann, PDS: Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, die Kameras sind weg, ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Entschuldigung, Entschuldigung. Frau Präsidentin!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber die Finanzministerin ist noch da.)

... die Kameras sind weg, dann haben wir ja vielleicht die Gelegenheit, das Thema etwas tiefergründiger zu diskutieren. Ich will auch nicht wiederholen, was Herr Rehberg hier gesagt hat oder was der Wirtschaftsminister gesagt hat, ...

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Nee, das würde ich auch nicht machen. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das Letzte bestimmt nicht.)

Na ja.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

... sondern ich will vielleicht mal einige meiner Beobachtungen im letzten halben Jahr Revue passieren lassen.

Erstens. Das Haus der Wirtschaft in Stettin, sicher aus der Not geboren, macht eine hervorragende Arbeit. Mit ihren Mitteln, Möglichkeiten, aber vor allem mit den vielen sehr engagierten kompetenten Partnern diesseits und jenseits der Grenze haben sie sich einer Aufgabe zugewandt, wo mancher von uns sagt, sie ist eigentlich so groß, dass sie nicht bewältigt werden kann. Und einer dieser Aktiven hat mir gesagt, Herr Neumann, uns helfen keine großen Reden, uns helfen keine großen Eröffnungen und Veranstaltungen und sonst was. Diejenigen, die wir in diesem Prozess des Beitritts Polens zur Europäischen Union mitnehmen müssen, sind die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch in Vorpommern, die eben nicht an diesen Veranstaltungen teilnehmen.

Und diese Bürgerinnen und Bürger erreiche ich manchmal sehr einfach. So hat der Unternehmerverband Vorpommern beispielsweise 15 Studentinnen und Studenten der Universität Stettin eingeladen zu Praktikas in Betriebe und Unternehmen. Und eine solche Einladung hat zwei

positive Effekte: Für die Studentinnen und Studenten ist es die Möglichkeit, ihre Sprachkenntnisse, die im Übrigen jedenfalls nach meinem Eindruck auf der polnischen Seite wesentlich besser sind als auf der deutschen Seite, vertiefen zu können. Sie können aber auch ihre Kenntnisse über Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, über Abläufe und Prozesse hier auf deutscher Seite vervollkommen. Für die deutsche Seite hat es den Vorteil, dass man tatsächlich Menschen jenseits der Grenze kennen lernt und ihre Probleme, auch mit dem Beitritt Polens zur EU, die wir nicht vergessen sollten, zu verstehen und nachvollziehen zu können. Ich war sehr begeistert, als ich selber noch als Student der Uni Greifswald an der Universität Stettin zu Seminaren über Europapolitik und Europarecht weilte, zu erkennen, dass zum Beispiel an der polnischen Universität Europarecht schon Pflichtfach war, als es bei uns noch ein Feld für Exoten war. Also ich denke, hier hat uns die polnische Seite einiges voraus, was wir auch nachmachen sollten. Und diese Begegnungen auf dieser Ebene schaffen viel mehr, als wir es mit Erklärungen und Reden schaffen können. Sie schaffen nämlich die Vertrautheit, die Normalität des Zusammenlebens zwischen Menschen auf der deutschen und polnischen Seite.

Wie können wir diese Normalität befördern? Das Haus der Deutschen Wirtschaft ist ein Weg. Die Deutsch-Polnische Wirtschaftsfördergesellschaft in Gorzów ist ein anderer Weg. Diese beiden Wege haben viele Vorteile, für mich einen wichtigen Nachteil, über den wir nachdenken sollten, nämlich, sie geben Informationen und Hilfestellungen immer denjenigen, die zu ihnen kommen, die also bereits erkannt haben, dass es Chancen auf der polnischen Seite gibt, die also bereits erkannt haben, dass sie zum Beispiel auf dem Markt in Stettin wirksam werden können und sollten und für ihre Zukunft auch müssen, die also den Kontakt aktiv von sich aus suchen.

Ich glaube, wir müssen aber auch die anderen erreichen, nämlich diejenigen, die sich heute noch sagen, hm, Polen ist weit – Polen ist nicht so weit –, die sich heute vielleicht noch sagen, na ja, vielleicht kommt's auch alles nicht. Denjenigen sollten wir ganz deutlich sagen, Polen wird beitreten zur Europäischen Union, und da ist es relativ unerheblich, ob das 2004 oder 2005 ist oder zu welchem Zeitpunkt. Aber es wird in den nächsten Jahren der Fall sein, dass die Republik Polen in der Europäischen Union mit uns gemeinsam auf einem einheitlichen liberalisierten Markt tätig sein wird, diese Unternehmen dort auf dieser Seite. Und darauf muss man sich vorbereiten und kann man sich auch vorbereiten, muss man heute die Chancen nutzen, darüber sprach ich schon.

Also wäre es aus meiner Sicht angebracht, zumindest darüber nachzudenken, wie wir mehr Informationen, mehr Wissen an unsere Unternehmen bringen können, wie wir ihnen auch deutlich machen können, dass sie, insbesondere die Unternehmen in Vorpommern und Stettin, erhebliche Chancen haben. Ein Beitrag dazu ist zum Beispiel die Broschüre aus Szczecin, die heute in allen Abgeordnetenbüros lag. Bitte nehmen Sie sie mit, jeder in seinen Wahlkreis, jede in ihren Wahlkreis, und geben Sie einfach diese Informationen weiter. Solche Initiativen, wie ein Greifswalder Verlag, ich glaube, Herr Mutzke, ergriffen hat, indem er nämlich in seiner Zeitung, die in Greifswald verteilt wird, regelmäßig ganz normale Informationen über Kulturleben, über politisches Leben aus der großen Nachbarstadt veröffentlicht, sind ungeheuer wichtig und sollten unterstützt werden. Und hierfür, glaube ich, brauchen wir einen breiten Kanon nicht von 100 Prozent Förderung

durch das Land in irgendeiner Sache, sondern einen breiten Kanon von Möglichkeiten, manchmal die fehlenden 1.500 oder 3.000 DM für Projekte, für Zusammenarbeit, für Kooperation zur Verfügung zu stellen. Und ich denke, dieses Thema werden wir tatsächlich in den Haushaltsberatungen sehr intensiv diskutieren müssen, denn da gehören sie auch hin, aber nicht in einen solchen separierten Antrag heute und hier. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Neumann.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Ebnet, Ihre Einlassung zur politischen Schlichtheit wird Sie noch lange verfolgen.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Ja, das kann man wohl sagen.)

Also, mit dem abwegigen Argument, unseren Antrag abzulehnen, ich wäre auf Vergesellschaftungstour

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

mit dem stellvertretenden PDS-Bundesvorsitzenden, und wenn Sie das am Beispiel Haus der Wirtschaft in Stettin festmachen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann kann man
die gesamte Förderpolitik einstellen.)

da muss ich Ihnen ehrlich sagen, bei aller Akzeptanz, die Sie bei mir bisher immer hatten, also schlichter geht's nicht, Herr Ebnet.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Es geht wirklich nicht schlichter, es tut mir Leid,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, an das
Niveau müssen wir uns gewöhnen.)

weil ohne Not über Gebühr fördern.

Was tun Sie denn jetzt bei diesem zentralen Punkt der Kooperation mit der Region Stettin? Sie setzen gut zehn Prozent ein, nicht mehr und nicht weniger, beschreiben aber selber, dass das in Anspruch genommen wird, dass es erst kurze Zeit läuft. Und Sie müssten doch eigentlich die Basis dafür legen, sicher mit anderen, ich bin ja auch froh, dass sich die IHK Rostock beteiligt, bloß den Betrag haben Sie nicht genannt, den kennen wir ja beide, der ist ja mal grade zwei Prozent des Gesamtetats. Auch mit den Schwerinern redet man über eine ähnliche Größenordnung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Und deswegen, 80 Prozent des Etats trägt die IHK zu Neubrandenburg.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.-
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Also mir geht es ja gar nicht darum, die IHK zu Neubrandenburg zu entlasten, sondern mir geht es darum, diese nicht weiter zu belasten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

aber gleichzeitig eine Basis, ein Fundament zu schaffen, dass zukünftige Aufgaben, die ja zunehmen, woran wir auch Interesse haben, dass die auch finanziell unteretzt sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Minister Ebnet, wenn Sie dann meinen, ich bin da auf Vergesellschaftungstour gemeinsam mit der PDS,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der kann doch
seine gesamte Förderpolitik einpacken.)

wenn Sie diese schlichten politischen Denkstrukturen haben, dann behalten Sie sie bitte. Ich will Ihnen eins sagen: Mich treibt eher um, dass uns gesagt wurde – ich kann es nicht nachprüfen –, dass von den 2.000 Jointventure in der Region Stettin weniger als 10 Prozent, manche sprechen nur von 120 Jointventure, von Unternehmen Mecklenburg-Vorpommern/Region Stettin betrieben werden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

dass aber 90 Prozent weit weg von uns sind. Das wäre doch Ihre Aufgabe als Wirtschaftsminister – Herr Neumann ist jetzt draußen, das ist nämlich auch das Defizit –,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

auf der deutschen Seite bei denen zu werben, die sich bisher nicht dafür interessiert haben, dass sie sich interessieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und bis zum EU-Beitritt Polens, es gibt dort schwieriges Eigentumsrecht, es gibt schwieriges Zollrecht, ist es doch Aufgabe von Politik, hier den Rahmen zu setzen, dass sich die IHKs Instrumente schaffen, dass sie das können.

Und es ist richtig, heute kommen nur die, die wirklich Interesse haben. Wir sollten auch ein Interesse haben, dass es nicht 500 sind, sondern 1.000, 2.000 pro Jahr, die Kontakt suchen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Das muss doch unser Interesse sein. Und da stehen Sie in der verdammtsten Pflicht, die Grundlagen dafür zu schaffen. Das ist nicht nur Sache der Wirtschaft, das ist Sache der Politik, die den Rahmen dafür setzen soll. Und da will ich Ihnen sagen, Herr Ebnet, hier bin ich gern auf Vergesellschaftungstour, wenn ich mich für einen solchen Rahmen einsetze.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und wenn Sie aus Bayern kommen und das meinen, das mag ja bayerisches sozialdemokratisches Gedankengut sein, das mag es ja sein, aber christdemokratisches Gedankengut aus Mecklenburg-Vorpommern ist das nicht. Ich sage, hier hat Politik Infrastruktur zu schaffen, sich mit zu beteiligen. Und dass das der Finanzministerin alles zu viel ist, das ist mir vollkommen klar.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Ebnet, ehe wir hier über Vergesellschaftung von Gesellschaften des Landes reden, durchforsten Sie mal das Wirrwarr der Gesellschaften, die wir im Land haben, und setzen Sie Gelder dort um, wo sie nötiger gebraucht werden!

(Beifall Friedbert Grams, CDU)

Hier sehe ich Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will noch mal auf eines eingehen. Herr Minister Ebnet, mich hat eins erschrocken gemacht: Manchmal bleiben ja auch bestimmte Unterlagen in der Straßenbahn liegen, so auch ein Protokoll einer Beratung zum Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit. Wie kann denn, Herr Ebnet, einer der Staatssekretäre in dieser Landesregierung davor warnen, sich mit der EU-Osterweiterung zu befassen, unter dem Motto: „Das ist ein politischer Klotz am Bein für uns.“?! Ich kann es Ihnen vorlegen, ich kann es Ihnen vorlegen. Solch ein Gedankengut bei Staatssekretären in dieser Landesregierung, das zeugt doch davon, wie dieses Thema teilweise bisher behandelt wurde. Ich sage nur, ich kann es Ihnen vorlegen. Es wurde auch zurückgewiesen, das ist korrekt, aber so was kann doch nicht im Ernst Gedankengut von Staatssekretären in dieser Landesregierung sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Reinhardt Thomas, CDU: Das ist aber so. –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, wie sieht es mit dem Wirtschaftswachstum im Augenblick in Polen aus?

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Es nimmt ab, das ist richtig, weil man sich zunehmend den marktwirtschaftlichen Gegebenheiten stellt. Es ist richtig, dass die Inflationsrate bei 10 Prozent liegt, sie lag allerdings im Jahre 1992 noch bei 43 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist regional sehr, sehr unterschiedlich und liegt bei 14 Prozent, im ländlichen Raum eher bei 40, in der Stadt Stettin unter 10 Prozent. Aber, meine Damen und Herren, wovon wir beeindruckt waren, ist, dass die Polen vier wichtige Reformen innerhalb von 24 Monaten umgesetzt haben,

(Harry Glawe, CDU: Ja, das stimmt.)

im Bildungswesen, im Rentensystem, im Gesundheitswesen. Und was mich besonders beeindruckt hat, ist, dass sie innerhalb von Monaten eine Verwaltungsreform durchgeführt haben, um kompatible Strukturen zu Deutschland zu haben. Das heißt, sie haben kommunale Selbstverwaltung im gemeindlichen Bereich, bei den Landkreisen, sie haben Woiwodschaften geschaffen, die sich in etwa mit Regierungsbezirken vergleichen lassen, und sie haben deutlich den Zentralstaat heruntergefahren. Vieles ist heute mit Standards im Westen nicht zu vergleichen, zum Beispiel der sich fast ausschließlich in staatlicher Hand befindende Wohnungsmarkt. Auf diese Chance bin ich schon eingegangen.

Für mich besonders beeindruckend war die Stadt Stettin mit 420.000 Einwohnern, wo man förmlich spürt und sieht, dass dieses eine ungeheure Chance ist für eine Region in Mecklenburg-Vorpommern, die zwischen 19 Prozent Arbeitslosigkeit in Ostvorpommern und 25 Prozent im Uecker-Randow-Kreis hat, die bei der Kaufkraft am untersten Ende liegt. Und ich glaube, wir sollten nicht mit platten Argumenten, wie Sie es eben gemacht haben, Herr Minister Ebnet, reagieren, sondern wirklich diese Chance nutzen. Ich sage auch mal ganz offen, dass alte historische Strukturen durchaus wieder aufbrechen, dass

alte Handelslinien sich auftun. Stettin war Hansestadt, gehört zum Ostseeraum. Sicher ist sie auch Konkurrent mit Hafen und Werft. Aber, Herr Dankert, wenn Sie dort eine Werft sehen, Standard DDR 1989,

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

noch mit 6.000 Beschäftigten, dann wissen wir beide eins: Dort wird sich die Produktivität erhöhen, aber auch die Sozialstandards werden sich erhöhen. Das ist eine parallele Entwicklung. Deswegen noch einmal mein Appell, dass wir nicht Kampagnen starten, das ist nicht der Grund, sondern dass viel zielorientierter gearbeitet wird und dass wir den Unternehmern gerade in dieser Region vor Ort helfen, Hilfestellungen geben, dass sie sich zurechtfinden und dass sie sich nicht, wenn sie den ersten Schritt nach Polen machen, gleich dabei das Bein verstauchen oder den Knöchel anknacksen, weil nämlich der Schritt nicht richtig gesetzt wird, denn das ist mehr als problematisch.

Meine Damen und Herren! Es gibt ein weiteres Aufgabengebiet für die Politik, Herr Minister Ebnet. Ich habe dazu von Ihnen keine Äußerung gehört, und zwar dazu, dass bis zum Jahr 2006 die EU-Mittel für die grenznahen Regionen im Infrastrukturbereich nicht aufgestockt werden sollen zur Vorbereitung der EU-Osterweiterung. Wir sollten tunlichst dafür sorgen, dass wir das Wohlstandsgefälle auf beiden Seiten im Bereich der Infrastruktur abbauen, dann wird es für beide Seiten leichter mit dem Beitritt. Ob das nun 2004, 2005 oder 2006 sein wird, das wird nicht die zentrale Frage sein, die Polen drängen sehr stark hinein.

Man muss den Polen aber auch eins sagen, das lassen Sie mich zum Schluss noch sehr, sehr deutlich machen, das ist meine persönlich Auffassung, und zwar dass Sie sich sicher sehr, sehr gut vorbereiten auf den Beitritt in die Europäische Union. Aber ich glaube, dass gerade wir Ihnen helfen können mit unserer Erfahrung der Jahre 1989/90 und später. Es gab zum Beispiel ein Rieseninteresse an der Arbeit der Treuhandanstalt, weil viele polnische Unternehmen nur scheinprivatisiert sind. Das sind keine privaten Strukturen, die da aufgebaut worden sind. Sie wollen wissen, wie das hier bewältigt worden ist im Osten Deutschlands.

Deswegen, glaube ich, ist es nicht politisch schlicht, ist es keine Vergesellschaftungstour, sondern das ist für mich politischer Rahmen, politische Infrastruktur, um ein Zukunftsproblem von Mecklenburg-Vorpommern so anzugehen, wie wir das alle wollen, dass es sich positiv für das Land Mecklenburg-Vorpommern auswirkt. Und wenn Sie den Antrag heute ablehnen, habe ich zumindest die Hoffnung, dass Sie in den Haushaltsberatungen bereit sind, mit uns noch einmal sachgerecht über dieses Thema zu diskutieren. Wenn dieser Antrag heute dazu führt, dass sich bei Ihnen ein Stück weit der politische Horizont zu diesem Thema geweitet hat, nicht so, wie Sie uns das unterstellt haben, Herr Minister Ebnet, sondern wie, glaube ich, der Rest hier die Debatte sachlich geführt hat, ich glaube, dann sind wir schon einen kleinen Schritt vorangekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion. Bitte.

Erhard Bräunig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, im Prinzip ist alles gesagt worden und ich möchte mich nicht wiederholen. Für die Bedeutsamkeit des Hauses, glaube ich, gibt es Einigkeit. Herr Rehberg, ich persönlich betrachte diesen Antrag nicht als Kampagne der CDU. Für mich hat er ein Fundament.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Was ich allerdings bemängeln möchte, ist Herr Rehberg, dass im Antrag nicht aufgezeigt wird, wo finanzielle Lücken sind und wie die geforderten Mittel eingesetzt werden. Es wäre natürlich gut gewesen, wenn das hier stehen würde. Wir wissen alle, wie wichtig dieses Haus ist. Ich habe selbst an der Anhörung in Pasewalk teilgenommen, als die IHK von Neubrandenburg und Rostock auch zugegen waren und als es um die Bildung dieses Hauses ging. Das ist im Allgemeinen von allen Fraktionsmitgliedern, die dort waren und meiner Meinung nach waren alle drei Fraktionen dort,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

einmütig begrüßt worden. Herr Born, Sie waren ja auch da.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wollen wir mal zusammen nach Stettin fahren? Da sehen wir sofort die Notwendigkeit.)

Die Notwendigkeit, Herr Dr. Born, die sehe ich auch so ein.

Ich will keine lange Rede halten, ich lege mein Konzept einfach mal zur Seite.

Herr Rehberg, ich glaube nicht, dass es maßgebend ist, jetzt diesen Antrag durchzubekommen. Politisch wäre es natürlich gut gewesen für die CDU, das ist richtig, das akzeptiere ich. Ich meine aber dennoch, Herr Dr. Born,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

dass dieser Antrag in den Finanzausschuss gehört, nämlich zur Beratung des Haushaltes, und ich bin fest davon überzeugt, dass die Mitglieder des Finanzausschusses hier eine Lösung finden werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Ich persönlich würde mich dafür einsetzen, dass wir die Summe erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

In welchem Maße weiß ich nicht, kann ich jetzt nicht sagen. Das wird die Diskussion im Finanzausschuss ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aber, Herr Bräunig, Sie sind dann in der Gefahr, dass Sie mit mir auf Vergesellschaftungstour sind. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ach, Herr Rehberg, hören Sie auf mit so was! Darüber brauchen wir uns doch nicht zu unterhalten. Ich meine einfach, dass die Gründe vorhanden sind, und ich sage es noch einmal: Herr Rehberg, wir lehnen heute Ihren Antrag ab,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Gegenüber dem Wirtschaftsminister war das gut.)

aber lassen Sie uns sachlich im Finanzausschuss über dieses Haus noch einmal reden, ich glaube, dass da eine Möglichkeit gegeben ist. – Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2129. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2129 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und zum Schutz vor zunehmend schlechterer Zahlungsmoral, auf Drucksache 3/2130.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Maßnahmen zur Bekämpfung der
Wirtschaftskriminalität und zum Schutz
vor zunehmend schlechterer Zahlungsmoral
– Drucksache 3/2130 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Rostocker Unternehmerstammtisch diskutierte am 11. April mit Justizminister Erwin Sellering zu Fragen der Zahlungsmoral. Ich würde gern aus den Erfahrungen anderer Unternehmer hinzufügen, dass es sich auch hier um extreme und vorsätzliche Zahlungsunwilligkeit handelt. Der Justizminister versprach in Rostock, dass wir einen Weg finden müssen – richtig so –, um mit der Unmoral fertig zu werden. Sein Hinweis, dass Unternehmer finanziell oft so unter Druck stehen, dass sie jeden Auftrag mit Konditionen annehmen, die man nicht unterschreiben sollte, bringt uns aber in der Sache, denke ich, nicht weiter. Andererseits müsste jeder Unternehmer jeweils zuerst den Auftraggeber überprüfen. Dafür hat er erstens keine Zeit und zweitens ist da noch der Datenschutz, über den wir in Deutschland schon genügend geredet haben.

Kritik kam und kommt aber von den Unternehmen vor allem zu dem Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen. Das Gesetz ist ihrer Meinung nach abseits jeglicher alltäglicher Praxis. Herr Sellering – Sie können sich sicherlich noch daran erinnern – hat vier Hauptkritikpunkte mitgenommen:

1. Der Schuldner kommt erst 30 Tage nach Zugang der Rechnung in Verzug.
2. Nachweisregelung zum Rechnungseingang
3. Vollzugs- und Fälligkeitsregelungen
4. Klärung des Problems der Abnahmeverweigerung

Allein im Amtsgerichtsbezirk Rostock wurden im vorherigen Jahr 769 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Das ist eine Steigerung um 15 Prozent gegenüber 1999. 30 Prozent der Insolvenzen entstehen durch mangelnde Zahlungsmoral. Im ersten Quartal dieses Jahres sind am Amtsgericht Rostock 137 Insolvenzverfahren eröffnet worden. Hinzu kommen noch 118 von kleineren Betrieben und Verbrauchern. Das ist eine Steigerung um 100 Prozent zum Vergleichszeitraum 2000. Diese Zahlen aus der Wirtschaftshauptstadt unseres Landes müssten uns alle beunruhigen.

Auch auf einer Veranstaltung der MIT Rostock am 25. April mit circa 75 Vertretern von geschädigten Unternehmen, Verbänden, Polizei und Politikern wurde deutlich, dass der Begriff „fehlende Zahlungsmoral“ die harte Realität nicht widerspiegelt. Hier geht es mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern um vorsätzliche, von langer Hand vorbereitete Zahlungsverweigerungen mit fließendem Übergang zur Wirtschaftskriminalität. Der behandelte Fall zeigte das. Aufgrund der Unterlagen und der privaten Recherchen – der privaten Recherchen der Handwerker auf eigene Kosten, ich betone das extra – konnten der Staatsanwaltschaft Rostock Akten mit Hinweisen auf fünf Straftatbestände übergeben werden. Die geschädigten Mittelständler haben trotzdem noch keine müde Mark gesehen.

In dem geschilderten Fall handelt es sich offenbar auch um einen Bauträger, der hier im Osten nur das wiederholt, was er in den alten Ländern schon geübt hat. Aus seinem vorherigen Wirkungskreis ermittelten die geschädigten Handwerker, nicht etwa Polizei oder Justiz, wiederum durch eigene Recherchen den Hinweis auf Vorstrafen, Gewerbeentzug und auf gleiche Praktiken, mit denen auch dort Handwerker geschädigt worden sind. Die Bestechung eines Grundbuchangestellten, erwähnt in den Medien, diente offenbar auch zur Informationsbeschaffung, als Einstieg zum Erwerb von über 70 Objekten allein in Rostock. Den fälligen Rechnungen für Leistungen an diesen Objekten in Millionenhöhe laufen die Handwerker seit langem hinterher.

Dass ein Bauleiter, der wegen dieser Machenschaften das Bauträgerunternehmen verließ und sich der Staatsanwaltschaft als Zeuge zur Verfügung gestellt hat, per Gerichtsurteil vom 18.06. zum Schweigen verurteilt wurde, zeigt, wie hilflos wir derzeit sind. Mit dieser Rechtsprechung wird doch eher der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt. Wenn arbeitsrechtliche Regelungen über das öffentliche Interesse an Zeugen für die Strafverfolgung gestellt werden, dann wird doch durch Rechtsprechung letztlich eine Straftat unter Umständen gedeckt. Das Zeugenproblem, über das wir gestern auch geredet haben, hat sich dann in Deutschland wohl gänzlich erledigt.

Solche Einzelfälle zeigen aber nur, dass es in der gesamten Baubranche riesige Probleme gibt. Die Zahlungsmoral ist nur die Spitze des Eisberges einer darunter wuchernden Schattenwirtschaft und das muss aber vor allem die Landesregierung bewegen. Hier geht es um die Vernichtung von Unternehmen und Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern und hier geht es offenbar auch um Korruption, Wirtschaftskriminalität, illegale Beschäftigung, illegale Arbeitnehmerüberlassung und so weiter. Und hier geht es vor allen Dingen auch um den Schutz der seriösen mittelständischen Unternehmen vor krimineller und steuerfreier Konkurrenz. Staatsanwaltschaften und Gerichte behandeln beim Problem Zahlungsmoral und Wirtschaftskriminalität, wenn überhaupt, jeden Fall von Geschädigten strafrechtlich und zivilrechtlich im Einzelfall. Sie erkennen dabei weder den zusammenhängenden Großfall noch das organisierte Vorgehen in Form von Wirtschaftskriminalität.

Mit der Verweigerung, Rechnungen zu bezahlen, fängt es zumeist an. Mit ständig neuen Firmen, die von Stroh Männern geführt werden, geht es weiter. Mit „Plattmachern“ – und das ist ein Ausdruck aus der Branche – endet diese Form der Wirtschaftskriminalität, die reihen-

weise Existenzen und Arbeitsplätze in unserem Land vernichtet. Der konsequenten Bekämpfung dieser Wirtschaftskriminalität, die mit Korruption und Betrug einhergeht, muss endlich auch bei uns oberste Priorität eingeräumt werden. Auch hier reden wir, wenn auch in veränderter Form, wieder über das Thema „Opferschutz“. Um das aktuelle Problem Wirtschaftskriminalität und Zahlungsmoral in den Griff zu bekommen, müssen wir erst einmal das auf den Weg bringen, was seitens des Landes getan werden muss, um weiteren Schaden von der mittelständischen Wirtschaft, von Handwerkern und Gewerbetreibenden abzuwenden. Vor dem Hintergrund dessen, dass zwei Drittel aller Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern Probleme mit der so genannten Zahlungsmoral haben, und dem Einblick in Einzelfälle ist die Errichtung einer so genannten Soko Bau beim LKA zur zentralen Ermittlung voll gerechtfertigt.

Das Kernproblem besteht aus unserer Sicht auch darin, dass Staatsanwaltschaft, Polizei und Gewerbeaufsicht nicht über komplexe Informationen zu Personen verfügen, die in diesem Gesamtkomplex schon einmal beziehungsweise mehrfach in unserem Land oder in anderen Bundesländern beziehungsweise im Ausland aufgefallen sind. Deswegen sprechen wir uns für die Errichtung einer so genannten Verdachtsgewinnungsdatei aus, mit der wir glauben, dass wir hier einiges auf den Weg bringen können. Die rechtlichen Grundlagen, denke ich, sollten wir dann, falls dieser Antrag angenommen wird, noch mal in den Ausschüssen bereden. In dieser Datei sollten als ordnungspolizeiliche Maßnahmen zivilrechtlich anhängige Verfahren und Urteile, strafrechtliche Ermittlungsverfahren, anhängige Strafverfahren und Urteile sowie Gewerbeentzug gespeichert werden. Für Gerichte, Polizei, Staatsanwaltschaften und Gewerbeämter muss diese Datei zugänglich sein. Bei Hinweisen auf Straftaten kann sofort ein Abgleich erfolgen und das gesamte Problem, zum Beispiel bei einem Bauträger, erkannt werden, was bisher ohne diese zentrale Datei kaum möglich ist, jedenfalls praktisch kaum möglich ist. Die Vernetzung mit ähnlichen Dateien beziehungsweise neuen in Deutschland zu errichtenden – und in einigen Ländern gibt es da schon Hinweise – ist unverzichtbar, weil gerade die Vorinformation zu den Akteuren, die hier im Land unsere Handwerker schädigen, fehlen. Bei dem Vorliegen eines berechtigten Interesses, zum Beispiel Gerichtsurteile zugunsten eines Handwerkers, sollte dieser ein eingeschränktes Informationsrecht erhalten.

Wenn wir Wirtschaftskriminalität in unserem Land effektiv bekämpfen wollen, dann ist natürlich vor allem die volle personelle Ausstattung des Sachgebietes Wirtschaftskriminalität der Kriminalpolizei sicherzustellen, aber bitte nicht so, wie derzeit oft üblich, dass die Beamten für Sonderkommissionen, die nicht in ihr Fachgebiet fallen, abgezogen werden. Im Bereich des Justizministers müssen wieder Schwerpunktermittlungen der Staatsanwaltschaft bei Wirtschaftskriminalität durch geeignete personelle Ausstattungen ermöglicht werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Na, haben wir etwa eine ungeeignete personelle Ausstattung bei unseren Gerichten und Staatsanwaltschaften?)

In Rostock gibt es eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die wegen Personalmangels nur eingeschränkt arbeiten kann. Von fünfeinhalb Stellen sind vier besetzt. Wer glaubt, dass diese vier mit Hochdruck im Bereich der Wirtschaftskriminalität ermitteln, der irrt. Abordnungen zur

Landesregierung sowie andere besondere Aufgaben sind an der Tagesordnung. Das ist leider so, Frau Gramkow. Der eigentliche Bedarf zur effektiven Ermittlungsarbeit beträgt in Rostock 8,8 Stellen. Ähnlich sieht es bei Gerichtsvollziehern und Richtern aus. In anderen Dienststellen unseres Landes ist es leider nicht viel besser. Hier kommen wir neben der Besetzung der Planstellen in den Staatsanwaltschaften wohl an Neueinstellungen, wenn auch zeitlich nur begrenzt, von Richtern und Gerichtsvollziehern nicht vorbei. Ich denke, es ist zu wichtig, um ...

(Peter Ritter, PDS: Das ist doch ein schönes ÖBS-Projekt, Herr Thomas.)

Das wird kein ÖBS-Projekt sein, aber wir müssen ja erst einmal das abarbeiten, was jetzt da liegt, und das sind Stapel.

(Peter Ritter, PDS: Doch, dafür gibt es öffentlichen Bedarf. Da sollte man ernsthaft drüber nachdenken.)

Nur so kann die beschleunigte Durchführung von Zivilsachen zum Beispiel und von Vollstreckungen im Bereich Bau abgesichert werden und da liegt ja einiges an. Statt 1998 die Verwaltung um 354 Stellen aufzubauen, hätte doch Herr Dr. Ringstorff hier mal für eine positive Änderung sorgen können.

Ergänzend zu diesen überfälligen Erstmaßnahmen sollte eine interministerielle Arbeitsgruppe

(Angelika Gramkow, PDS: Oh nein, wir haben nämlich schon zu viele.)

weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, vorsätzlicher Zahlungsunwilligkeit sowie Korruption erarbeiten und dem Landtag vorlegen. Hier geht es uns vor allem um verstärkte präventive Maßnahmen im Vergaberecht, bei Vergabepraktiken, aber auch um illegale Arbeitnehmerüberlassung und Korruption auf allen Ebenen in der Landes- und Kommunalverwaltung. Hier geht es auch – und darüber müssen wir reden – um einen Kodex für Kommunal- und Landespolitiker, Stichwort: Informationen an so genannte Baulöwen aus den zuständigen Gremien durch Mandatsträger.

Den bisherigen Äußerungen von Justizminister Selingering entnehmen wir, dass es ihm beim Thema Zahlungsmoral vor allem um zivilrechtliche Maßnahmen geht. Ich denke, das ist in Ordnung. Dann könnten Sie ja auch sicherlich unserem neuen CDU/CSU-Gesetzentwurf im Bund zustimmen.

Der alleinige Schwerpunkt auf das Zivilrecht greift aus meiner Sicht aber zu kurz. Bei strafrechtlich relevanten Sachverhalten muss Polizei und Staatsanwaltschaft mit Hochdruck ermitteln, um die mit dem Gesamtkomplex Zahlungsmoral verbundene Wirtschaftskriminalität und Korruption noch einigermaßen – ich betone, einigermaßen – in den Griff zu bekommen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Ehrlichen in unserem Land, vor allem im sensiblen Baubereich, nicht die Dummen sind und die Dummen bleiben. Den Zahlungsunwilligen und den Kriminellen in der Baubranche muss schnellstmöglich das Handwerk gelegt werden. Ich glaube, dass unser Antrag ein Beitrag dazu ist, und bitte um Ihre Zustimmung. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten verein-

bart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Justizminister Herr Selingering. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Erwin Selingering: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Stichwort „Zahlungsmoral“ bezeichnet ein ernstes, akutes Problem. Wir haben in der Tat alarmierende Zustände im Baugewerbe. Dass über möglichst lange Zeiträume hartnäckig Rechnungen nicht bezahlt werden, hat für viele unserer Handwerksbetriebe, die häufig nur eine dünne Kapitaldecke haben, verheerende Wirkung. Das führt oftmals zu Existenzgefährdungen oder sogar zu Existenzvernichtungen. Das ist ein ernstes Problem, dem wir uns aber auch ernst, seriös und ehrlich zuwenden müssen. Ehrlichkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass wir nicht den Eindruck erwecken dürfen, als könnten verstärkte Anstrengungen von Polizei und Justiz dieses Problem lösen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der CDU abzulehnen. Dieser Antrag ist in Wahrheit lediglich eine Unterstützungsmaßnahme für eine populistische Presseaktion eines einzelnen Rechtspolitikers.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Götz Kreuzer, PDS)

Ich finde, das ist keine angemessene Herangehensweise an dieses wichtige Thema. Bitte, Herr Thomas, reden Sie doch mit den Handwerkern und Unternehmern in diesem Lande.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Tun wir doch.)

Um zu erfahren, was wirklich los ist, ist das sehr hilfreich. Ich meine nicht, mal eine einzelne Veranstaltung zu besuchen, wo man die Pressemitteilung schon in der Hand hat, sondern ich meine, zuhören und den Dialog suchen.

Das Thema Zahlungsmoral ist kein Justizthema, jedenfalls nicht in erster Linie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja.)

Hauptursache der Probleme ist die allgemeine Lage der Baubranche in diesem Land. Die Goldgräberstimmung vom Anfang der 90er Jahre ist lange vorbei und wir müssen auch ehrlich sagen, dass sich in den ersten Aufbaujahren in unserem Land ganz erhebliche Überkapazitäten im Baubereich aufgebaut haben. Der Umsatz ist zuletzt laut „Nordkurier“ vom 27. Juni, innerhalb eines Jahres um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Das führt zu einem derart harten Existenzkampf der Firmen, dass sie sich zum Teil nicht kostendeckenden Angeboten gegenseitig unterbieten. Wegen der zu dünnen Kapitaldecke sind Firmen häufig leider auch erpressbar. Mir ist vielfach gesagt worden, dass es solche Angebote gibt wie: Natürlich kannst du dein Geld haben, wenn du mit 80 Prozent zufrieden bist, sofort, sonst dauert es.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und weil Handwerker dringend auf das Geld angewiesen sind, geben sie häufig klein bei.

(Ministerin Sigrid Keler: Das ist es.)

Genauso wagen es viele Handwerksunternehmen nicht mehr, auf Sicherheitsleistungen oder Abschlagszahlungen zu bestehen, in der Angst, dass sie dann den Auftrag verlieren oder jedenfalls in Zukunft keine Aufträge mehr bekommen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Götz Kreuzer, PDS –
Ministerin Sigrid Keler: Ja. –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Wenn Hauptursache des Problems Zahlungsmoral ist, dass sich ganz erhebliche Überkapazitäten entwickelt hatten, dann können hier nicht Polizei und Justiz helfen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Die Justiz schon.)

Auf die besonders dramatischen Umsatzeinbußen in der Zeit von Januar bis April 2001 hat die Bundesregierung reagiert und rund 1 Milliarde DM für ein Programm zur Stützung der Baubranche in Ostdeutschland zur Verfügung gestellt. Das ist eine sehr gute Sache und ich bin sicher, dieses Programm wird nicht ohne positive Folgen bleiben.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Wenn wir über das Problem Zahlungsmoral sprechen, dürfen wir aber auch nicht verschweigen – ich verschweige das auch nicht in den Versammlungen, die ich mit den Unternehmern selbst durchführe –, dass viele Baubetriebe sich durch schlechtes Baumanagement selbst in so große Schwierigkeiten bringen, dass ihnen am Ende niemand mehr helfen kann, auch kein schnell und gerecht urteilender Richter. Hier müssen, meine ich, die Kammern und Verbände helfen. Sie müssen ihren Mitgliedern klar machen, dass es nicht mehr ausreicht, nur einfach gute handwerkliche Arbeit zu leisten. Unsere Handwerker müssen sich auch davor schützen, mit legalen juristischen Mitteln – ich wiederhole, mit legalen juristischen Mitteln – übervorteilt zu werden. Deshalb müssen viele von Ihnen beraten werden bei der Vertragsgestaltung, der Vertragsabwicklung, auch wie man den Gang zum Gericht beschreitet.

Bei dieser Beratung hilft selbstverständlich auch die Justiz. Das Justizministerium erstellt zurzeit in Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden einen entsprechenden Ratgeber – wir sind da kurz vor der Fertigstellung – und der kann dann an alle Handwerker herausgegeben werden. Ich muss allerdings sagen – das kann ich vorwegnehmen –, der wichtigste Rat, den wir unseren Bauhandwerkern geben müssen, ist der, dass sie auf Abschlagszahlungen und Sicherheitsleistungen bestehen müssen. Das ist der beste Schutz vor faulen Kunden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Götz Kreuzer, PDS)

Was die Justiz beitragen kann und natürlich auch beiträgt, ist, in den Zivilgerichten und bei der Strafverfolgung von Wirtschaftsstraftätern gute und schnelle Arbeit zu leisten. Ich kann die Richterinnen und Richter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und auch die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz nur ausdrücklich loben und mich öffentlich hier für ihre engagierte Arbeit bedanken.

Übrigens, Herr Thomas, gibt es natürlich längst Fachkommissariate für Wirtschaftskriminalität bei der Polizei,

(Götz Kreuzer, PDS: Ja, das weiß
Herr Thomas doch aber nicht. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Na, na, na!)

Schwerpunktdezernate für Wirtschaftskriminalität bei jeder Staatsanwaltschaft und Schwerpunktstaatsan-

waltschaften für besonders umfangreiche Wirtschaftsstrafsachen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo sind
denn da die Ergebnisse?)

Längst wird außerdem natürlich, Herr Dr. Jäger, jeder Konkurs automatisch den Staatsanwaltschaften mitgeteilt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen wir selber.)

die dann prüfen, ob Ermittlungen aufgenommen werden sollen.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass wir uns in diesem Bereich darüber verständigen, was ist denn nun legal und was ist illegal. Vor kurzem war ein Bericht auf „N 3“, in dem der Bauführer – ich glaube, auf den haben Sie angespielt – zu Wort gekommen ist. Der hat gesagt – und das sollte dann der Beweis dafür sein, wie illegal dort vorgegangen wird –, dass seine Firma ihn beauftragt hat, nach Fertigstellung eines großen Werkes über die Baustelle zu gehen und genau zu schauen, ob es Mängel gibt. Zusätzlich ist er noch ermahnt worden, wirklich genau zu schauen, weil es um viel Geld gehe. Das ist in der öffentlichen Wahrnehmung dieses Beitrages so dargestellt worden, als sei das illegal, als sei das rechtswidrig, als sei das verbrecherisches Tun.

(Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD)

Das ist doch das Normalste der Welt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

Und wenn ich mit Handwerkern rede, muss ich auch ganz offen und ehrlich sagen, ein ganz wichtiger Schutz davor, dass euch durch das Einreden von Mängeln Geld nicht gezahlt wird, ist, mängelfreie Arbeit zu leisten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Es kann uns doch nicht darum gehen, in diesem Konflikt zwischen Bestellern und Handwerkern völlig einseitig zugunsten der Handwerker Partei zu ergreifen. Jeder von Ihnen wird jemanden kennen, der gebaut hat, oder selbst schon einmal gebaut haben und dabei die Feststellung gemacht haben, dass es häufig Leistungen gibt, die noch zu verbessern sind. Ich habe nicht vor, meine Hand dazu zu reichen, unser Rechtssystem in dieser Weise einseitig zu verändern. Das sage ich auch den Handwerkern, die, jedenfalls dann, wenn wir nicht mehr in großer Runde sind, deutlich zugegeben, dass wir selbstverständlich viele mangelhafte Leistungen im Bau haben.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich berücksichtige ich als Justizminister das Problem „Zahlungsmoral“ vor allem auch dann, wenn zu entscheiden ist, wo das der Justiz zur Verfügung stehende knappe Personal bevorzugt einzusetzen ist. Das sind schwierige Entscheidungen und, Herr Thomas, Sie haben Recht, die wären sicherlich leichter zu treffen, wenn wir zusätzlich in Größenordnungen Personal einstellen könnten. Aber auch in diesem Punkt müssen wir ehrlich zueinander sein. Es ist einfach nicht realistisch, dass wir zusätzliche Mittel für eine Personalaufstockung in der Justiz aufbringen können. Auf den öffentlichen Veranstaltungen fordern auch ab und zu die betroffenen Bauunternehmer, dass die Justiz mehr Personal einstellen soll. Wenn ich dann aber entgegenhalte, dass das Land jede Mark nur einmal ausgeben kann, und sie dann frage, wie würden Sie denn als

Unternehmer entscheiden, ob wir diese eine Mark lieber für Wirtschaftsförderung oder Investitionen ausgeben sollten oder zur Vermehrung des Personals in der Justiz, dann stellt sich schnell heraus, dass es auf diese Frage nur eine einzige Antwort gibt.

Meine Damen und Herren! Dieses Land muss mit seinen Mitteln sparsam umgehen. Das betrifft vor allem die Personalkosten und das gilt auch für die Justiz. Auch die Justiz muss alle Möglichkeiten der Effektivitätssteigerung ausschöpfen. Dabei ist es selbstverständlich meine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Personalausstattung zur Erfüllung der Aufgaben ausreichend ist. Das tue ich.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger?

Minister Erwin Sellering: Ich bin gleich mit meiner Rede am Ende und würde dann die Frage beantworten.

Das gilt auch für den Bereich der Gerichtsvollzieher, in dem wir allerdings, das muss ich offen sagen, Probleme haben, unsere Stellen vollständig zu besetzen, und zwar deshalb, weil es in ganz Deutschland an ausgebildeten Gerichtsvollziehern fehlt. Ich könnte das im Einzelnen erläutern, warum das so ist. Wir haben darauf reagiert und in diesem Jahr bereits neun Justizbedienstete zur Verstärkung vorübergehend mit Gerichtsvollzieheraufgaben betraut. Meine Forderung, aus dem, was sich in den letzten Jahren in Deutschland entwickelt hat, ist, dass wir die Ausbildung der Gerichtsvollzieher verändern müssen. Wir werden in den kommenden Jahren 30 Gerichtsvollzieheranwärter in die Ausbildung geben.

Meine Damen und Herren! Als Fazit dessen, was ich Ihnen vorgetragen habe, kann ich nur sagen: Verabschieden Sie sich von Ihrem Antrag! Mit solchen populistischen Forderungen, die entweder unehrlich sind oder zum Teil auf Unkenntnis beruhen, wecken Sie völlig unrealistische Erwartungen. Damit ist den Handwerkern wahrlich nicht gedient. Das ist einfach unseriös. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Justizminister, Sie haben das, was ich fragen wollte, ganz am Schluss angesprochen. Ich möchte eine ergänzende Frage stellen. Teilen Sie denn wenigstens meine Auffassung, dass wir in Zukunft sehr viele Insolvenzen vermeiden könnten oder in der Vergangenheit hätten vermeiden können, wenn wir rechtzeitig dafür gesorgt hätten, dass Gerichtsurteile in unserem Lande – ich meine jetzt Urteile der Zivilgerichte – auch wirklich vollstreckt werden können, indem wir entsprechend in der Zeit, die Ihren Amtsvorgängern zur Verfügung stand, dafür gesorgt hätten, dass Gerichtsurteile auch durch Gerichtsvollzieher vollstreckt werden?

Minister Erwin Sellering: Ich will auf Ihre Frage hin jetzt nicht tief in das Gerichtsvollzieherproblem einsteigen. Nur so viel: Die Gerichtsvollzieherprobleme sind durch eine Gesetzesänderung 1998 entstanden und in der Folge haben sich Dinge entwickelt, da müsste man in der Tat mal genauer nachsehen, ob sich das schon so dramatisch ausgewirkt hat, wie Sie das jetzt sagen. Anfang des Jahres habe ich die Situation als dramatisch empfunden und deshalb reagiert.

Dr. Armin Jäger, CDU: Okay, danke.

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Friese von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Friese.

Siegfried Friese, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mich würde einmal interessieren, wie viel Fälle von wirklicher Wirtschaftskriminalität in diesem Sinne es in unserem Lande wirklich gibt. Die CDU versucht zu suggerieren, dass in jedem Fall, wo ein Kunde eine Rechnung nicht sofort oder nicht in der ausgewiesenen Höhe bezahlt, gleich ein Fall mangelnder Zahlungsmoral vorliegt. Aber ich frage: Wer kennt nicht auch zumindest einen Fall, in dem Forderungen von Handwerkern aufgrund von Mängeln nicht oder nicht ganz bezahlt wurden? Kennen wir nicht alle Häuslebauer, die mit irgendeinem Handwerker über Kreuz liegen, weil die Arbeit nicht ordnungsgemäß ausgeführt wurde? Ich denke, wir sind uns einig, dass in solchen Fällen nicht von mangelnder Zahlungsmoral gesprochen werden kann. So selbstverständlich scheint mir diese Feststellung nicht. Wenn ich einmal die Presse hierzu verfolge, stelle ich fest, zum Thema „mangelnde Zahlungsmoral“ kann man jede Woche etwas in den Zeitungen lesen. Es ist allemal ein populäres Thema und Zeitungen müssen und wollen verkauft werden. Die so genannte mangelnde Zahlungsmoral kann doch nur in solchen Fällen vorliegen, in denen die Forderung des Handwerkers unbestritten ist, der Kunde auch zahlen kann, dieses aber nicht tut. Über diese Fälle müssen wir uns Gedanken machen und nach Lösungen suchen.

Mir fiel im Zusammenhang mit Ihrem Antrag ein Zitat von Kurt Tucholsky aus dem Jahre 1929 ein, das bezeichnenderweise aus der Geschichte „Der verengte Gesichtskreis“ stammt und wo zu lesen steht: „Leute erwarten auch mitunter zu viel vom Gesetz.“ Ich möchte fragen: Wer glaubt denn ernsthaft, dass mit Gesetzesänderungen die Moral geändert werden kann? Die SPD-geführte Bundesregierung ist bereits gesetzgeberisch tätig geworden mit dem Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen aus dem Jahr 2000. Wenn ich es recht sehe, erfüllt dieses Gesetz nicht alle Erwartungen, die an es geknüpft wurden. Nun, meine Damen und Herren, dann lassen Sie uns dieses Gesetz prüfen und gegebenenfalls verbessern. Dazu sind wir bereit. Inzwischen liegt auch eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr vom 29. Juni 2000 vor.

Mir scheint, das Problem der mangelnden Zahlungsmoral liegt auf anderen Gebieten. Zum einen hängt es damit zusammen, dass ein wesentliches Problem im Baubereich eben auch mit dem zurzeit anhängenden Verdrängungswettbewerb zu tun hat. Die Baubetriebe kämpfen einfach um ihre wirtschaftliche Existenz, um ihr Überleben. Um jeden neuen Auftrag wird hart gerungen. Das führt dazu, dass die Betriebe Angebote abgeben, die hart an der Grenze dessen sind, womit sie überhaupt ihre Kosten decken können. In einer solchen Situation ist doch kaum daran zu denken, dass der Unternehmer Abschlagszahlungen und Sicherheitsleistungen verlangen oder geschweige denn durchsetzen kann. Die Auftraggeber sind doch auch durch den anhaltenden Wettbewerb in der Situation, dass sie problemlos Unternehmen finden, die ohne Abschlagszahlungen und Sicherheitsleistungen bereit sind, den Auftrag zu übernehmen. Es scheint mir hier weniger an rechtlichen Regelungen zu fehlen, sondern an der real gegebenen wirtschaftlichen Konkurrenzsituation. Das können wir auch durch neue Gesetze nicht

ändern oder will die CDU mit ihrem Antrag Marktmechanismen hier bei uns außer Kraft setzen?

Wenn es dann zum Streit vor Gericht kommt, weil es für den Auftraggeber vermeintlich oder tatsächlich günstiger ist,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

einen langwierigen Prozess zu führen, dann und genau dann sehe ich die Richter unseres Landes in der Pflicht, möglichst schnell zu entscheiden. Hier hat die Justiz eine Aufgabe, der sie noch besser nachkommen kann, aber der Justizminister ist ja bereits darauf eingegangen, wie die Situation ist.

Meine Damen und Herren! Ich bin der festen Ansicht – und da sehe ich das Justizministerium auch aktiv –, dass das Problem mangelnder Zahlungsmoral selbstverständlich auch bei Entscheidungen berücksichtigt wird, wo die der Justiz zur Verfügung stehenden knappen Personalmittel bevorzugt eingesetzt werden sollten. Schwerpunkt müssen aus meiner Sicht die Amts- und Landgerichte zur Bearbeitung dieser Streitfälle und die Staatsanwaltschaften sein, soweit es um Wirtschaftskriminalität geht. Soweit ich den Justizminister bislang verstanden habe, gibt es in seinem Haus besondere Anstrengungen, um durch Fortbildung und besondere Schulungen den Mangel an ausgebildeten Gerichtsvollziehern zu beheben. Wenn ich aber – und das muss ich an dieser Stelle einmal sagen dürfen, Herr Präsident – in dem Antrag lese, dass als ordnungspolitische Maßnahme alle zivilgerichtlichen, hören Sie zu, anhängigen Verfahren und Urteile, strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, anhängigen Strafverfahren und Urteile gespeichert und eine Einsichtnahme durch Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, Gewerbeämter und in eingeschränktem Maße auch Privaten möglich sein soll, dann, meine Damen und Herren, kommt mir die Galle hoch. Ich bin geradezu enttäuscht von Ihnen, Herr Thomas, dass Sie diese Liste nicht noch um beantragte Mahnbescheide und Vollstreckungsbescheide erweitert haben. Haben Sie schon einmal etwas vom Rechtsstaat, von Datenschutz und von Unschuldsvermutungen gehört? Ich frage die Juristen der CDU-Fraktion: Wo ist denn Ihre Fürsorgepflicht gegenüber wild entschlossenen Anträgen dieser Art? Ist Ihnen wirklich fast jedes Mittel recht, um den großen Verschwörungen, die einige Abgeordnete in Ihren Reihen hinter jeder Ecke lauern sehen, nicht nur entgegenzutreten, sondern sie auch mit den unverhältnismäßigsten Mitteln geradezu niederzuwalzen?

Halten wir an dieser Stelle fest: Die SPD-Fraktion hat zu dem vorgelegten Problem – und das ist ein Problem – klare Vorstellungen und die beziehen sich auf Rechtsstaatlichkeit. Ich frage Sie, Herr Thomas, der Sie unermüdlich auf vermeidlicher Verbrecherjagd sind: Kennen Sie Initiativen in den neuen Bundesländern wie zum Beispiel den Ostdeutschen Selbsthilfeverein zum Schutz vor Insolvenzen, OSSI genannt? Die neuen Bundesländer sind in der Diskussion, meine Damen und Herren von der CDU, zu diesem schweren Thema längst weiter, als die hiesige CDU mit ihrer Verdachtsgewinnungsdatei uns glauben machen will. Man kann den Ruf eines Landes auf verschiedene Art und Weise schädigen.

Wenn wir nach den Ursachen mangelnder Zahlungsmoral fragen, meine Damen und Herren, möchte ich den Aspekt der Unternehmerpersönlichkeit einmal in Ihr Blickfeld rücken. Seit Einführung der Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern ist über dieses wichtigste Subjekt

eben dieser Gesellschaftsform sehr wenig öffentlich gedacht und geschrieben worden. Aber wer verweigert denn in vielen Fällen notwendige Zahlungen? Sind es nicht auch Unternehmer selber, die ihren Mitkonkurrenten diese Schwierigkeiten bereiten? Herr Thomas wird sofort aus den Ergebnissen seiner CDU-Foren einige namentlich benennen können. Wenn das so ist, muss man da nicht einmal die Frage nach Anforderungen an die Unternehmerpersönlichkeit, nach ihrem Selbstverständnis, nach Ethiken heutzutage gültiger und moderner Unternehmensführung stellen?

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich stelle die These auf: Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern eine ungenügend entwickelte Unternehmenskultur, die den Anforderungen der sozialen Marktwirtschaft nicht entspricht.

Meine Damen und Herren, ich könnte dazu noch weitere Ausführungen machen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Christian Beckmann, CDU: Verschonen
Sie uns doch bitte! – Harry Glawe, CDU:
Das reicht! Das reicht!)

will mir das angesichts der Zeit aber ersparen. Ich verweise Sie, meine Damen und Herren von der CDU, aber auf Hanns-Martin Schleyer, eine Unternehmerpersönlichkeit, die sich verdient gemacht hat. Lesen Sie nach, was er schreibt zur Ethik eines Unternehmers, zur Verantwortung eines Unternehmers. Dort war die soziale Marktwirtschaft noch in Ordnung, soweit die Unternehmerpersönlichkeit angesprochen ist. Ich will Sie darauf hinweisen,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

versuchen Sie, ein Problem nicht immer nur mit der Keule zu lösen, sondern versuchen Sie, ein Problem rechtstaatlich anzugehen und mit einer Unternehmenskultur, die auf der Höhe der Zeit ist. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Ministerin Sigrid Keler: Gut, Siegfried!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Kreuzer von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Kreuzer.

Götz Kreuzer, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Solange es Geld gibt, gibt es Zahlungen. Solange es Zahlungen gibt, gibt es Zahlungsmoral und damit auch eine sicherlich schlechte Zahlungsmoral. Damit ist die Zahlungsmoral auch so alt wie die Menschheit selbst und damit auch die schlechte Zahlungsmoral. Es ist durchaus nicht so, dass solche Begriffe, die damit im Zusammenhang stehen, wie betrügerischer Konkurs oder Ähnliches, Neuzeiterfindungen, das heißt Erfindungen von nach der Wende wären. Schlechte Zahlungsmoral hat mit Sicherheit auch in der Ära der CDU-Regierungen stattgefunden, im Bund und im Land Mecklenburg-Vorpommern. Nur, wie schlecht die Zahlungsmoral damals war, das ist den Kolleginnen und Kollegen der CDU offensichtlich erst bewusst geworden, nachdem der Altbundeskanzler Herr Kohl nicht mehr auf dem Sockel stand und plötzlich schwarze Koffer mit ihren Problemen

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und mit ihren Unmoralitäten, die damit verbunden waren, ihnen regelrecht um die Ohren geflogen sind.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU –
Beifall Karsten Neumann, PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Wo sind denn die
schwarzen Koffer 1989 alle geblieben?)

Und plötzlich haben Sie für sich mit einer Riesensachkompetenz auch das Thema schlechte Zahlungsmoral erkannt.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Wo
sind denn die roten Koffer von 1989 alle?)

Ja, die hat keiner gefunden, Herr Dr. Born.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Dr. Christian Beckmann, CDU:
Also hat es welche gegeben. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja, ja!)

Herr Dr. Born, Herr Thomas hat ja extra dafür gesorgt, dass der Innenausschuss seine erste Auslandsreise in die Schweiz gemacht hat, um dort mit einer Aussprache mit dem zuständigen Leiter des Landeskriminalamtes in Zürich festzustellen, dass irgendwelche illegalen Zahlungen – Sie sagen, rote Koffer – in der Schweiz sind. Darüber haben die gelacht und gesagt:

1. Es sind keine da.
2. Wären welche da, würden wir es euch nicht sagen.
3. Würden wir es jemandem sagen, dann mit Sicherheit nicht euch in Meck-Pom, sondern dann würden wir das ganz anders irgendwo in Bonn oder so anbringen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dann sollten Sie darüber reden, was in Ihrer Partei verschoben wurde.)

Also hören Sie bitte auf mit roten Koffern, das hat sich längst als Jux der Weltgeschichte aufgelöst. Ihr Problem sind die schwarzen Koffer und Ihre Problemlösung heißt: Haltet den Dieb! Die im Bau sind, sind alle kriminell. Das ist das Schlimme dieses Antrages, lieber Herr Kollege.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Reinhardt Thomas, CDU: Oh! Oh!)

Wer so tief im Sumpf solcher kriminellen Verstrickungen steckt wie gegenwärtig die CDU, sollte bitte schön nicht allzu sehr auf die Pauke hauen und das größtmögliche Blech schlagen. Die hiesige CDU möchte mal wieder in die Rolle sozusagen des empörten Richters von Betroffenen schlüpfen, eine Rolle, die ihr auch hierzulande ganz einfach nicht zukommt. Dieses Mal möchte die CDU ausnahmsweise mal nicht – oder vielleicht doch – Geldspenden auf ihre Parteimühlen lenken,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

sondern Moralin, das heißt moralisches Wasser, damit sich die Propagandamühle besser drehe. Sie gibt auch vor, den Unternehmen der Bauwirtschaft, vor allem den mittelständischen Betrieben, helfen zu wollen. Allerdings besteht bei der CDU wie allzu oft ein ganz großer Unterschied zwischen dem, was gesagt wird, und dem, was gemeint ist. Wohin der Schuss eigentlich gehen soll, hat man denn auch schon der Presse entnehmen können. „Die rot-rote Landesregierung müsse ...“, so hieß es bei-

spielsweise im „Warnow Kurier“, ich zitiere auszugsweise, „... aufwachen, die verheerende Lage wahrnehmen und handeln.“ Gott sei Dank, könnte man sagen, dass wir die CDU haben, die uns jetzt wachrüttelt, indem sie kräht wie der Hahn auf dem Mist, das heißt auf dem eigenen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Irene Müller, PDS)

Und es ist doch wohl amüsant und grotesk zugleich, wenn wir ausgerechnet von der CDU stramme Sprüche über fehlende Zahlungsmoral, über Korruption, über organisierte Wirtschaftskriminalität und so weiter und so fort hören. Alles große Schweinerei, liest man zwischen den Zeilen des Antrages, und die Regierung hat von Tuten und Blasen keine Ahnung und lässt alles so laufen, wie es läuft, sagt die CDU. Und was ist dazu zu sagen? Nun, meine Damen und Herren von der CDU, die gegenwärtige Lage in der Bauwirtschaft ist gewiss schlimm. Wie es dazu gekommen ist, dass die Situation so ist, ist von meinen Vorrednern dargestellt worden, muss ich nicht noch weiter ausdramatisieren. Ich sehe sie ebenfalls als ganz schlimm an. Und da haben Sie als Antragsteller selbstverständlich Recht. Aber ich lenke Ihre geschätzte Aufmerksamkeit auch darauf, dass Ihre öffentliche Bindung der Begriffe „schlechte Zahlungsmoral“ und „Bau“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was ist denn jetzt
los? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

eine Diskriminierung ist aller derjenigen, die im Bau eine ordentliche und eine saubere Arbeit leisten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Haben Sie sich, Herr Thomas, schon mal überlegt, was Sie mit einem solchen Begriff „Soko Bau“ eigentlich anstellen? Das ist doch eine Diskriminierung, wie sie schlimmer nicht stattfinden kann, das heißt, schlimmer als von Ihnen nicht stattfinden kann. Auch daran, dass die marktwirtschaftliche Wildbahn so aussieht, wie sie heute ist, daran haben Sie als CDU selbstverständlich Ihre Verdienste. Und gegen die sinkende Zahlungsmoral in der ganzen Kohl-Ära ist nichts gemacht worden, sondern erst in der rot-grünen Regierung in Berlin. Und dass sich der Landtag mit Neuregelungen zur Entschuldung in Insolvenzverfahren beschäftigt, ist ebenfalls erst in dieser Wahlperiode und mit dieser neuen rot-grünen Koalition im Bund und der rot-roten Koalition hier zustande gekommen. Aber ich will hier nicht in Eigenlob abtauchen, ich will nur in aller Bescheidenheit sagen, dass wir selbstverständlich die schlimme Lage bestens kennen, wenigstens genauso wie die CDU, dass wir allerdings nicht dazu neigen wie die CDU, irgendeinen zerstörerischen Aktionismus vom Zaun zu brechen, der letzten Endes nichts bringt als nur weitere Zerstörungen.

Das Problem schlechte Zahlungsmoral hat so viele Facetten, Nuancen und Ursachen, dass es wohl auch letzten Endes keine hundertprozentige Therapie und nur ein einziges Allheilmittel, das da hieße „draufhauen“, wie es die CDU favorisiert, gäbe. Was soll man denn mit einem solchen – mit Verlaub – Bockmist anfangen, wenn Herr Thomas in dem bereits genannten Zeitungsblättlein dröhnt: „Staatsanwaltschaften und Gerichte behandeln, wenn überhaupt jeden Fall von Geschädigten strafrechtlich und zivilrechtlich als Einzelfall.“ Na, wie denn sonst, werter Herr Kollege Thomas, wenn nicht als Einzelfall? So steht es in der Strafprozessordnung, so steht es in der

Zivilprozessordnung. Grund für gerichtliches Tätigwerden ist nun einmal im konkreten Einzelfall ein konkreter Tatverdacht beziehungsweise eine Klage und nicht plötzlich und unerwartet auftretende Moralanfälle der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Angelika Gramkow, PDS: Götz,
du bist aber wieder streng heute.)

Unzufrieden könnte man allerdings vielleicht mit der Justiz sein, wie mit den zahlreichen Einzelfällen des CDU-Sumpfes umgegangen wird, aber das nur am Rande. Aber es geht Herrn Thomas doch um anderes. Er will nämlich offenbar seine außerordentliche Befähigung als, na ja, sagen wir mal, begnadeter Strafrechtslehrer unter Beweis stellen. Ich zitiere wieder: „Staatsanwaltschaft und Gerichte erkennen dabei weder den zusammenhängenden Großfall noch das organisierte Vergehen als Form von Wirtschaftskriminalität.“ In der Tat, das ist eine Phrase aus der tiefsten Ebene einer Gedankenwelt, was uns Herr Thomas hier anbietet, die mir im Wesentlichen fremd ist. Also in Kurzform: Alle sind potentiell kriminell. Und genau das war die Schlussfolgerung, Herr Thomas, die ich bei einer Reihe Ihrer Anträge schon mal hier ziehen musste.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
PDS – Reinhardt Thomas, CDU:
Bringen Sie Argumente!)

Jeder Mensch ist potentiell kriminell, deswegen muss jeder Mensch in irgendeine Datei, deswegen muss jeder Mensch in irgendeiner Form verfolgt werden, auch ereignisunabhängig. Und dagegen wende ich mich ganz, ganz eindeutig, aber das wissen Sie ja.

Was ist sonst noch los mit Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der CDU? Also zunächst nicht viel an Substanz und danach spannen Sie einen großen Bogen. Sie wollen die Wirtschaftskriminalität und die zunehmend schlechte Zahlungsmoral bekämpfen. Mächtig gewaltig, wenn man das so liest. Ich glaube schon, die CDU wollte gleich die ganze Wirtschaftskriminalität einschließlich der CDU-Korruptions- und -Bimbewirtschaft ausrollen, aber letzten Endes geht es Ihnen doch bei dem großen Wort „schlechte Zahlungsmoral“ nur um den Bereich Bau. Dann hätten Sie es auch gleich sagen sollen, dass Sie sich so eingrenzen wollen. Und was beliebt, frage ich. Nun zunächst eine „Soko Bau“ beim Landeskriminalamt und eine Arbeitsgruppe beim Justizministerium wohl nach dem Motto: „Wenn du nicht weiter weißt, mein Sohn, dann bildest du eine Sonderkommission.“?

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Siehe Bündnis für Arbeit.)

Nun, ich bin überzeugt, dass das LKA und die zuständigen Minister Sinn und Unsinn von Sonderkommissionen, Sonderstaatsanwälten und Arbeitsgruppen aus der Praxis kennen und eine Handreichung durch ein Blatt CDU-Papier nun wirklich nicht benötigen. Wie es bei uns abläuft, hat ja Herr Justizminister SELLERING auch ausführlich gesagt. Selbstverständlich hat es Sonderkommissionen und Arbeitsgruppen gegeben und es wird sie immer wieder geben. Dazu bedarf es keines politischen Kikeriki.

Über die Allgemeinplätze des Antrages, wie beispielsweise, dass das nötige Personal in Polizei und Justiz bereitzustellen sei, dass gegebenenfalls Richter, Staatsanwälte und Gerichtsvollzieher neu eingestellt werden sollten, lohnt es sich nicht weiter zu reden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Allgemeinplätze lösen kein Problem.

Und dann wollen Sie noch, sehr verehrte Damen und Herren von der CDU – und die Idee haben Sie mit einiger Sicherheit doch wieder woanders einfach abgekupfert –, eine Verdachtsgewinnungskartei. Die Sache ist ja schon hinlänglich durch die Presse gegangen. Ganz zu schweigen davon – und ich wiederhole das an der Stelle ausdrücklich –, dass so etwas angesichts des verfassungsmäßigen Rechts auf informelle Selbstbestimmung völlig unrealistisch ist und derartige illegale Versuche unterbunden worden sind, wollen Sie es nun offenbar auch noch, wie Sie formulieren, als ordnungspolizeiliche Maßnahmen ins SOG implantieren. Und das schlägt dann doch dem Fass den Boden aus, die Polizei sozusagen als flächendeckende Beobachtungsstation qualifizieren oder eher disqualifizieren zu wollen. Das hatten wir schon, lieber Herr Kollege Thomas.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das haben wir längst überwunden. Ich möchte keinen Rückfall in diese Zeiten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sagen
Sie das mal Ihren Genossen!)

und in diese Situationen. Ja, das sage ich Ihnen ausdrücklich und vor dem Hintergrund Ihrer Ambitionen des Antrages. Ich habe einen ganz einfachen Vorschlag: Vielleicht könnte die CDU ja erst einmal auf freiwilliger Basis, also nicht als ordnungspolizeiliche Maßnahme, sondern sozusagen als Selbstversuch, in einer Selbsthilfegruppe

(Harry Glawe, CDU: Was?)

eine Verbunddatei anfertigen zu unredlichen kriminellen Parteispenden in den eigenen Reihen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Erkenntnisse wären sicherlich ganz aufschlussreich, auch für die Behandlung eines solchen Themas dann in weiteren Teilen der Gesellschaft. Diese Datei würde, wenn Sie es denn ernstlich betrieben, recht umfangreich, mit hochdelikativen Namen und Adressen gespickt sein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehen Sie mal lieber zu,
dass Ihr Parteivermögen wieder zurückkommt!)

Das wäre interessanter und lesenswerter als Ihre Datei der Zahlungsunwilligen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nee, tut mir Leid, da habe ich keinerlei Erfahrungen, auch keine Ambitionen in diese Richtung, die haben Sie ja offensichtlich.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Die gruppenspezifischen
Prozesse wollen wir auch mal erleben.)

Nein, ich habe auch keine Anlässe dazu.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Freilich, Probleme in der Zahlungsmoral gibt es nach Eigenansicht der CDU offensichtlich nicht.

Sie lachen noch darüber. Sie nehmen das offensichtlich ganz locker, was eine Gesellschaft mit viel Abscheu zur Kenntnis nimmt. Aber bitte schön, das ist Ihre Moral.

Ja und da findet beispielsweise Herr Leisler Kiep mal so eben auf seinem Konto – es könnte auch unter dem Bettvorleger sein oder so –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wollten Sie nicht etwas zur Bauwirtschaft sagen?)

ein Millionchen und zahlt es, weil er denkt, das kann nur der CDU gehören, plötzlich auf ein CDU-Konto ein. Also liebe Leute, das ist eigentlich unter normalen Gesichtspunkten nicht zu verstehen, auch dass der Ex-Bundeskanzler Herr Kohl eben prompt und bar auf die Hand 300.000 Mark bezahlt. Moral ist, wie sich so zeigt, wenn man sich moralisch zeigt. Und darüber, meine Damen und Herren von der CDU, sollten Sie sich aufregen, bevor Sie uns Maßnahmen ans Herz legen,

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

die allerdings einem Polizeistaat alle Ehre machen, und da möchte ich nicht hin.

Und auch hier gäbe es dennoch eine Möglichkeit, Ihnen vielleicht zu helfen. Wie Sie vielleicht bemerkt haben, laufen die Sonderstaatsanwaltschaften „DDR-Regierungskriminalität“ ja aus,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Jaja, die haben Sie sehr gestört, ja.)

und zwar mangels Gegenstand. Wäre Ihnen denn nicht gedient, meine Damen und Herren, diese Kapazitäten der Aufdeckung Ihres Parteispendensumpfes zugute kommen zu lassen?

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Es wäre da reichlich zu tun.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben Sorgen heute! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Als Schlussfolgerung aus dem von mir Genannten geht hervor, dass zum vorliegenden Antrag ich Ihnen wegen Unbrauchbarkeit Ablehnung empfehle. Am Thema selbst,

(Harry Glawe, CDU: Da waren Sie gar nicht dran. Das haben Sie gar nicht erkannt.)

Herstellung von Zahlungsmoral und Überwindung derartiger schlimmer Auswüchse und Gegenstände, wie sie zurzeit sind,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben nicht mal das Physikum bestanden.)

müssen wir ernsthafter weiterarbeiten. – Ich bedanke mich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Justizministers waren leider sehr verharmlosend und werden der dramatischen Wirklichkeit der wirtschaftlichen Situation in unserm Land in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Auf alles andere lohnt es sich nicht einzugehen, weil Sie ja nicht einmal mehr bereit sind, sich mit einem solch

brisanen Thema überhaupt inhaltlich auseinander zu setzen.

Es kann gar nicht bestritten werden, dass durch eine immer raffiniert und aggressiver werdende Wirtschaftskriminalität und ein sich geradezu dramatisch verschlechterndes Zahlungsverhalten gerade in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern immer mehr Unternehmensexistenzen bedroht und zugrunde gerichtet werden und damit zwangsläufig Arbeitsplätze in großem Umfang vernichtet werden.

Der erheblichen und immer brutaler werdenden kriminellen Energie gilt es, mit allen geeigneten Mitteln entschlossen entgegenzutreten. Dabei gilt es entsprechend dem Täterverhalten, alle Möglichkeiten privaten wie staatlichen Handelns sowohl präventiv wie auch repressiv, flexibel und konsequent auszuschöpfen und zum Schutz der Betroffenen zur Geltung zu bringen. Mir geht es bei dieser Diskussion vor allem um das Problem der, wie es im Grunde genommen zu Unrecht verharmlosend heißt, schlechten Zahlungsmoral. In Wirklichkeit hat dies mit mehr oder weniger schlechter Moral überhaupt nichts zu tun, sondern wir reden hier über nicht mehr und nicht weniger als schlicht über besonders gemeinschaftsschädigendes Verhalten.

Um es noch einmal ganz deutlich hervorzuheben: Das Problem, über das wir hier sprechen und dem sich unser Antrag zuwendet, liegt nicht bei der leider auch immer noch wieder vorkommenden schlichten Zahlungsunfähigkeit, sondern vielmehr in der hartnäckigen Zahlungsunwilligkeit,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

ein Thema, das beileibe nicht neu ist, aber nun endlich wegen seiner inzwischen flächendeckenden Dimension mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entschlossen angepackt werden muss. Bereits vor zwei Jahren hat die Vereinigung der Unternehmensverbände unter Mitwirkung des Justizministeriums, der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin sowie des Bauindustrieverbandes bei den Unternehmen des Landes eine Umfrage gestartet, deren Ziel es war, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion zu leisten, aber auch konkrete Ansatzpunkte und Hinweise zur Abhilfe des Problems zu geben. Die Umfrage lieferte erstmals solide Daten zum Thema Zahlungsmoral und ist in dieser Art, soweit bekannt, deutschlandweit nach wie vor einzigartig.

Wer sich vor Augen führt, dass in Mecklenburg-Vorpommern nahezu drei Viertel der Unternehmen kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten sind, dem wird schnell deutlich, dass gerade bei uns der Handlungsbedarf am größten ist, denn besonders die kleinen Handwerker und der Mittelstand sind von der besorgniserregenden Verschlechterung der Zahlungsmoral am härtesten betroffen. In Deutschland wird beispielsweise mittlerweile jede vierte Insolvenz durch Zahlungsverzug und rund jede fünfte aufgrund einer durch vorgehende Insolvenzen hervorgerufene Kettenreaktion ausgelöst. Aufgrund der häufig geringen Kapitalausstattung sind es natürlich gerade die in den neuen Bundesländern überproportional stark vertretenen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die durch Forderungsausfälle in ihrer Existenz gefährdet werden.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Will man eine Branche im negativen Sinne hervorheben, so sind es eben vor allem Bauindustrie und Baugewerbe,

die besonders stark betroffen sind. Auf der einen Seite ist dieses sicherlich dadurch bedingt, dass existierende Überkapazitäten dazu führen, dass ein ausgeprägter starker Konkurrenzdruck die Position des Bauunternehmers gegenüber der des Auftraggebers immer schwächer erscheinen lässt. Andererseits ist dies natürlich zum Teil auch ein hausgemachtes Problem, denn – auch auf die Gefahr hin, mich an dieser Stelle zu wiederholen – die aktuelle Politik von SPD und PDS trägt einen nicht unerheblichen Anteil dazu bei. Wer konsequent die Personalausgabenquote in die Höhe schraubt und dies zu Lasten der insbesondere für die Bauwirtschaft so wichtigen Investitionen finanziert,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Herr Dr. Born, das ist doch gar nicht wahr! Erst fordern Sie mehr Staatsanwälte und Richter und sagen, das ist für die Wirtschaft und dann erzählen Sie so einen Unsinn!)

treibt damit zwangsläufig Unternehmen einer ganzen Branche, die eben sehr stark auch auf öffentliche Investitionen angewiesen ist, ...

Also, Frau Gramkow, von Wirtschaft verstehen Sie nicht allzu viel.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU: Richtig! – Barbara Borhardt, PDS: Aber Sie, Herr Born! Aber Sie! – Angelika Gramkow, PDS: Sagen Sie doch mal, wer eine Bilanz besser aufstellen kann! Ich oder Sie? – Ministerin Sigrid Keler: Das haben wir doch gar nicht zurückgefahren, Frau Gramkow!)

Von Finanzen möglicherweise ja, aber sicherlich mehr vom Sparen oder vom Kaputtsparen, als vom Zur-Verfügung-Stellen der notwendigen Mittel, damit öffentliche Investitionen wieder stattfinden können in diesem Land.

... in eine Misere, deren Nährboden doch die Grundlage bildet für die Symptome, die wir hier debattieren und bekämpfen wollen. Ich stelle fest, die Finanzministerin ist wieder auf der Regierungsbank

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Sie ist die ganze Zeit schon da gewesen.)

und wie immer, wenn man zu Recht darauf hinweist, dass die Investitionsquote zu gering ist in diesem Land, meldet sie sich, aber sie trifft nicht die notwendigen Maßnahmen und zieht nicht die Konsequenzen, dass die Investitionsquote wieder erhöht werden muss.

(Ministerin Sigrid Keler: Ach, Herr Born!)

Wir wären also schon einen ganzen Schritt weiter, wenn sich die Landesregierung auf einen entschlossenen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Anhebung der Investitionsquote auf das frühere Niveau von 27 Prozent anstelle ihrer dramatischen Absenkung auf unter 20 Prozent verständigen würde. Damit würde ein spürbarer wirtschaftlicher Aufschwung nachhaltig initiiert und somit ein entscheidender Beitrag zur Gesundung der gesamten Bauwirtschaft geleistet.

Ich komme noch einmal auf die erwähnte Umfrage der Unternehmensverbände zurück. Ich denke, es sind Zahlen, die die gegenwärtige Situation plastisch darstellen und den Handlungsbedarf verdeutlichen. In nahezu drei Viertel der betroffenen Unternehmen im Land wird die

Liquiditätslage durch die so genannte schlechte Zahlungsmoral in mäßigem bis starkem Ausmaße beeinträchtigt. Unternehmen, die angaben, in starkem Ausmaß betroffen zu sein, beschäftigen allein rund 10.000 Mitarbeiter, so dass diese Arbeitsplätze als direkt gefährdet angesehen werden können. Der durchschnittliche endgültige Forderungsausfall beträgt rund 5 Prozent, in nicht wenigen Fällen liegt der Wert noch deutlich darüber. In 82 Prozent der verweigerten Zahlungen werden den Gläubigern keine sachlichen Einwände entgegengehalten, das heißt, die Forderungen sind unbestritten.

Als alarmierend angesehen werden muss die Tatsache, dass in zunehmendem Maße auch der Dienstleistungsbereich betroffen ist. Gerade weil in dem Bereich das größte Potential für Existenzgründungen gesehen und propagiert wird, ist dieses als besonders problematisch anzusehen. Auch wenn 71 Prozent das Zahlungsverhalten von öffentlichen Auftraggebern als zufriedenstellend bis gut bezeichnen, während 58 Prozent der Unternehmen der Meinung sind, das Zahlungsverhalten privater Auftraggeber sei schlecht bis sehr schlecht, ist dies kein Grund, die öffentliche Hand über die Maßen zu loben, denn auch hier lässt sich zunehmend eine Entwicklung erkennen, die nicht akzeptiert werden kann.

Aber wie ist es überhaupt möglich, dass in der täglichen Praxis Zahlungen so massiv und nachhaltig verweigert werden können? Nun, dies liegt in erster Linie an der für die Schuldner oder, um es deutlicher zu formulieren, Täter geradezu berechenbar folgenlosen Möglichkeit, berechnete Forderungen schlicht nicht zu begleichen, also säumig zu bleiben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

zum einen, weil die zwangsweise Verfolgung berechtigter Ansprüche sich einerseits für viele Gläubiger als schlicht zu kostspielig und zum anderen als viel zu langwierig darstellt.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

In der Praxis ist es doch mittlerweile gang und gäbe, dass Schuldner auf berechnete Mahnungen wie folgt reagieren: Wenn ihnen die Mahnungen lästig werden, zücken sie einen Scheck und zeigen ihn dem Gläubiger. Der Scheck lautet auf günstigstenfalls 70 bis 75 Prozent der Schuldsomme. Natürlich wird er nur herausgerückt, wenn der Gläubiger gleichzeitig anerkennt, dass damit alle seine Forderungen restlos beglichen sind. Falls er sich darauf nicht einlassen will, wird ihm bedeutet, er könne ja ruhig klagen, dann werde er ja schon sehen, wie weit er damit komme. Dabei weiß der Schuldner nur zu gut, dass der Gläubiger nicht in der Lage ist, die teuren Prozess- und Anwaltskostenvorschüsse aufzubringen,

(Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

und mit einem rechtskräftigen Urteil ohnehin frühestens nach vier bis fünf Jahren zu rechnen wäre.

Meine Damen und Herren, der Gläubiger kann sich verhalten, wie er will. Ob er sich darauf einlässt oder nicht, über kurz oder lang ist er schlicht pleite, denn wenn er dreimal auf 25 Prozent verzichtet, dann ist sein Unternehmen auch am Ende.

Versuche, immerhin möglicherweise doch einmal erlangte Titel zu vollstrecken, gleichen in unserem Land einem Abenteuer, auf das sich viele wegen des zusätzli-

chen, erheblichen Zeitaufwandes verständlicherweise erst gar nicht einlassen. Ein Vollstreckungszeitraum von durchschnittlich zehn Wochen ist schlicht nicht akzeptabel. Das sind zehn oder mehr Wochen Zeit für Schuldner, um Geld, das sie schulden, beiseite zu bringen.

Wie ist dem überhaupt beizukommen? Auch die Wirtschaft selbst muss unter Mithilfe der Politik stärker als bisher wirksame Maßnahmen ergreifen, um wirtschaftlich schwache Gläubiger gegenüber kriminellen Schuldnern zu schützen.

Bereits vor Jahren habe ich einen Selbsthilfefonds der Wirtschaft vorgeschlagen. Sinn des Ganzen ist, dass wirtschaftlich schwache Gläubiger in Form eines Gläubigerschutzfonds einen starken Partner bekommen, der in der Lage und entschlossen ist, berechnete Forderungen einzutreiben und notfalls auch über mehrjährige Gerichtsverfahren durchzusetzen. Der Fonds zahlt dem Gläubiger sofort 75 Prozent des zu Recht geforderten Betrages aus, nach erfolgreicher Eintreibung die restlichen 25 Prozent und begleicht seine eigenen Kosten aufgrund der angefallenen Verzugszinsen, die dem Fonds verbleiben. Übrigens, der damalige Wirtschaftsminister Ringstorff – das war für mich ein ganz außergewöhnliches Ereignis, deshalb ist es mir so gut in Erinnerung – hat damals von dem Platz aus, wo jetzt Herr Dankert sitzt, mir zugerufen: Dieser Vorschlag ist gut. Wir sollten ihn endlich in die Tat umsetzen. Das war 1996, passiert ist bis heute nichts.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, das müssen Sie erst mal beweisen, dass er das gesagt hat. Das ist so lange her.)

Das Wesentliche ist, dass allein das Bestehen eines solchen Fonds das stärkste Mittel ist, um schlicht zahlungsunwillige Schuldner davon abzuhalten, ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachzukommen, weil dies rein wirtschaftlich nicht nur keinen Sinn mehr macht, sondern zukünftig für säumige Schuldner, wenn der Fonds sie sogar noch mit Gerichtsverfahren überzieht, richtig teuer wird. In viel stärkerem Maße als bisher muss von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, Schiedsgerichtsklauseln zu vereinbaren, weil dann nämlich in der Tat schnell und sachkundig entschieden werden kann und es sich dann auch nicht mehr lohnt, einfach Schulden nicht zu begleichen.

Was kann das Land konkret tun, um der zunehmenden Kriminalisierung in wirtschaftlichen Abläufen entgegenzuwirken?

1. Dem Erpressungspotential muss mit verstärkter Aufklärungskapazität begegnet werden. Dazu gehören neben Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die auch entsprechend personell ausgestattet sein müssen für Wirtschaftskriminalität, betriebswirtschaftlich gut geschulte Spezialfahnder der Kriminalpolizei.

Übrigens, ein ganz konkretes Beispiel dafür, wie ein erstklassiger Experte hier sinnvolle Arbeit leisten kann, ist der Oberstaatsanwalt Schneider-Brinkert, der leider von sinnvoller Tätigkeit durch unsinnige Tätigkeit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss dieses Parlaments abgehalten wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

2. Die Gerichtsverfahren müssen drastisch verkürzt werden. An den Landgerichten müssen Zivilkammern mit betriebswirtschaftlich besonders ausgebildeten Rich-

tern zur beschleunigten Durchführung von Zivilverfahren gegen säumige Schuldner gebildet werden.

3. Die Zahl gut geschulter Gerichtsvollzieher muss deutlich erhöht werden.

Herr Minister, wenn Sie feststellen, dass 1998 eine Gesetzesänderung die Missstände erhöht hat, dann müssen Sie auf zweierlei Weise tätig werden, und zwar erstens dafür sorgen, dass dieses Gesetz wieder geändert wird, so dass die Missstände beseitigt werden, die Sie erkannt haben, und zweitens müssen Sie darum kämpfen, dass Sie von dieser Finanzministerin mehr Mittel erhalten, um die personelle Ausstattung zu erhöhen, damit wir mehr gut geschulte Gerichtsvollzieher in diesem Land haben. Sie können von mir aus den Gerichtsvollziehern erhöhte Anreize zur nachhaltigen Verfolgung dadurch bieten, dass die ihnen erteilten Aufträge, wenn sie die gut erfüllen, dadurch honoriert werden, dass sie eine erhöhte Prämie bekommen. All das kann man machen, aber es reicht nicht aus, einen Zustand zu beschreiben und dann zu sagen, wir arbeiten daran, dass das anders wird. Darauf kann die Wirtschaft in diesem Land nicht warten, hier ist sofortige Hilfe nötig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

4. Das Land sollte ernsthaft versuchen durch eine einmalige Einlage in Höhe von 50 Millionen DM in einen revolvingierenden Gläubigerschutzfonds die zur Verfolgung berechtigten Forderungen einem entsprechenden Fonds entgegen in Gang zu setzen.

Ich sage noch einmal ausdrücklich, es geht um berechnete Forderungen, es geht ja nicht darum, dass dort, wo Mängel objektiv vorhanden sind, die volle Summe gezahlt wird, sondern hier, und das weiß jeder, der tatsächlich einmal mit Handwerkern und Unternehmern spricht, haben wir es doch mit einem Phänomen zu tun, dass Mängel behauptet werden, die gar nicht vorhanden sind.

Und, Herr Minister, wenn Sie das tatsächlich täten, was Sie von uns verlangten, unsere Vorschläge beruhen ja ausschließlich auf den Gesprächen mit den Betroffenen, wenn Sie das machen, nicht nur dort hingehen, sondern zuhören, dann müssten Sie doch selbstverständlich anerkennen, dass diese Probleme so nicht gelöst werden können, wie das die Regierung offensichtlich für angebracht hält, nämlich einfach auf die bestehenden Gesetze zu verweisen und zu sagen, ansonsten seht selber zu, wie ihr klarkommt. Hier gehen Unternehmen reihenweise in die Pleite, weil sie eben allein gelassen werden mit den Problemen.

5. Die Vorschläge zur Bestandssicherung der Unternehmen, die der Arbeitskreis des Rostocker Unternehmerverbandes kürzlich vorgelegt hat, sind zügig auf ihre Realisierbarkeit hin zu prüfen und, sofern machbar, so schnell wie möglich umzusetzen.

Herr Minister, Ihnen sind doch diese Vorschläge bekannt. Das sind alles Vorschläge, die den Bereich des Justizministers betreffen. Und ich kann es nicht nachvollziehen, wenn Sie hier sagen, die Justiz hat damit nichts zu tun. Es ist allenfalls eine Sache, die sich im Bereich der Wirtschaft niederschlägt. Vom Wirtschaftsminister haben wir nach den heutigen Vorstellungen nun wahrhaftig gar nichts mehr zu erwarten für die Besserung der Situation in diesem Land, also appellieren wir an Sie, denn Sie gehen ja wenigstens noch auf Tatbestände ein und leugnen die nicht einfach. Wenn das der Wirtschaftsminister schon

nicht macht, dann nehmen Sie sich wenigstens dieser dringenden Probleme an. Es kann nicht so sein, dass die Unternehmen allein gelassen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Im Interesse einer nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sowie der Verbesserung des Klimas für Existenzgründungen und insbesondere der Existenzsicherung kleinerer und mittlerer Unternehmen besteht, und das kann ernsthaft niemand bezweifeln, der das nicht mit einer rosaroten ideologiegefärbten Brille sieht, wie das offensichtlich beim Bürgermeister von Bad Kleinen der Fall ist, dringender Handlungsbedarf. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam mit der Wirtschaft entsprechend unserem Antrag das konkret Machbare unverzüglich anpacken. Und, meine Damen und Herren, verschließen Sie nicht die Augen vor den Problemen in diesem Land!

Reden Sie mit den Betroffenen, dann werden Sie feststellen, dass hier Unternehmen wegbrechen, weil sie allein gelassen werden und weil die Politik nicht das ihr Mögliche tut. Wenn Sie das wenigstens tun würden, dann wären wir schon ein ganzes Stück weiter und man könnte mit der Wirtschaft gemeinsam auch einiges anpacken. Aber es geht nicht umgekehrt, dass Sie sagen, seht zu, wie ihr klarkommt, wir haben Gesetze und an die müsst ihr euch halten. Nein, es ist eben leider so, dass die schwarzen Schafe sich nicht an die Gesetze halten. Hier muss mit allen Mitteln der Prävention und der Repression von Seiten des Staates reagiert werden und darüber hinaus müssen die Vorschläge, die von den Betroffenen gemacht werden, aufgegriffen und nicht nur an Stammtischen diskutiert werden,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

sondern dann muss ganz konkret gehandelt werden. Dazu dient dieser Antrag.

Ich hoffe sehr, dass Sie es nicht so machen, wie Sie es sich angewöhnt haben, dass Sie unangenehme Themen dadurch zu verdrängen versuchen, dass Sie einfach die Überweisung in die Fachausschüsse ablehnen. Die Themen werden Sie nicht in Ruhe lassen und wir werden dafür sorgen, dass Sie mit diesen Themen weiter konfrontiert werden, auch wenn Sie heute nach der üblichen Tour wieder den Antrag schlicht ablehnen sollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ha, ha!)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2130. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der

Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2130 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor Sie in Ihre wohlverdiente Sommerpause gehen, bitte ich noch um einen kurzen Moment Aufmerksamkeit.

Herr Johann Scheringer hat mir mitgeteilt, dass er zum Ende des kommenden Monats aus unserem Parlament ausscheiden möchte. Mit ihm, denke ich, verliert das Parlament einen Kollegen, der das Parlament aus nahezu allen Blickwinkeln kennen gelernt hat. Er war Fraktionsvorsitzender, Vizepräsident und jetzt ist er Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses. Noch wichtiger als seine Funktionen im Parlament ist aber, dass mit ihm jemand aus dem Parlament ausscheidet, der nicht nur wegen seiner besonderen Mundart Farbe in dieses Haus gebracht hat und über alle Fraktionsgrenzen geschätzt ist. Für seinen Ruhestand wünsche ich ihm alles Gute und vor allem viel Gesundheit.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Herr Seidel hat heute mir gegenüber mit Ablauf des 19. Juli sein Mandat niedergelegt. Nach dem Ergebnis der Wahlen der Landräte und Bürgermeister gehe ich davon aus, dass außerdem unsere Kollegen Bräunig und Dr. König im Herbst nicht mehr Mitglied unseres Hauses sein werden, weil sie zu Landräten beziehungsweise zum Oberbürgermeister gewählt sind. Ich gratuliere Ihnen dreien an dieser Stelle noch einmal zu Ihrem Wahlerfolg. Für Ihre Mitarbeit und Ihr Engagement bei der Vertretung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes im Landtag danke ich Ihnen recht herzlich und wünsche Ihnen Glück und viel Erfolg bei Ihren neuen Aufgaben.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Familien einen erholsamen Sommer. Ich habe eben schon drei Sondersitzungsanträge unterschrieben,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

so dass die Arbeit durchaus im Sommer weitergeht. Trotzdem erholen Sie sich gut und kommen Sie gestärkt nach der Sommerpause wieder in diesen Landtag.

Wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 19. September 2001, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.14 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Till Backhaus, Rudolf Borchert, Dr. Arthur König, Heinz Müller, Bärbel Nehring-Kleedehn, Dr. Harald Ringstorff, Klaus Schier, Volker Schlotmann, Gabriele Schulz, Karla Staszak und Minister Dr. Wolfgang Methling.